



Das neue Jahrtausend steht vor der Tür! Mehr Freiheit mag eintreten!



Das neue Jahrtausend steht vor der Tür!

Acht Ausgaben *eigentümlich frei* mit einem Volumen von 292 Seiten sind im ausgehenden Jahrtausend noch erschienen. Mit den Schwerpunktthemen „Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus“, „Menschenrechte“, „Demokratie“, „Geld“, „Kultur“, „Strategie“, „Kosovo“ und jetzt „Umwelt“ wurden kontroverse und oft anhaltende Diskussionen aus freiheitlicher Perspektive angeschoben. Einmal mehr gilt mein besonderer Dank dabei allen Autoren, die stets unentgeltlich *eigentümlich freie* Thesen zur Diskussion stellen.



Mit dem neuen Millennium wird auch *eigentümlich frei* sich widerwillig der neuen, unsinnigen, staatlich aufoktroyierten Rechtschreibung anpassen müssen, wenn nicht irgendwann nur noch in dieser Zeitschrift eine Sprache benutzt werden soll, die nirgends sonst mehr geschrieben oder gelesen wird. Das wollen und können wir unseren Lesern nicht zumuten. Benutzen wir also mit dieser Ausgabe ein letztes Mal das gute alte „ß“ in vielen Worten: Dann Tschüß!

Die Abonnentenentwicklung gibt Anlaß zu Optimismus. Langsam aber stetig steigen die Zahlen an. Dennoch ist für dieses Jahr eine Kostendeckung noch nicht ganz erreicht worden, lediglich das jährliche Defizit konnte nicht zuletzt dank zweier großzügiger Spenden stark verringert werden. Bei dieser wirtschaftlichen Bilanz wird *ef* (noch) nicht mit Beginn des neuen Millenniums als Monatszeitschrift erscheinen können. Dieses Ziel soll jedoch keinesfalls aus den Augen verloren werden. Wir haben uns in den letzten Monaten über sehr viel Zuspruch und ideelle Unterstützung unserer Leser freuen können. Aber für ein solides Fundament benötigen wir darüberhinaus finanzielle Planungssicherheit. Deshalb mußte moderat der Bezugspreis erhöht werden. Denn wir sind davon überzeugt, daß für Ideen der Freiheit in Deutschland eine potentielle Nachfrage besteht. Helfen Sie uns dabei, ein überzeugendes Angebot zu schaffen, welches dieses verborgene Reservoir erreichen kann. Helfen Sie uns, aus Interessenten an der Freiheit dauerhafte Freunde der Freiheit zu gewinnen. **Schon kleine regelmäßige Unterstützungszahlungen oder auch eine einmalige Beihilfe könnten zusätzlich zum Abonnement die positive Entwicklung dieser Zeitschrift beschleunigen.** Wir würden gerne den Bekanntheitsgrad libertärer Ideen in diesem Lande verbreitern; mit angedachten weiteren Werbemaßnahmen für *eigentümlich frei*. Es wäre schön, wenn Sie uns - auch finanziell - dabei unterstützen würden.

Mit dem neuen Jahr wird *eigentümlich frei* ein zusätzliches Produkt anbieten. In unregelmäßigen Abständen werden zukünftig auch Taschenbücher in der neuen Reihe *edition ef* erscheinen. **ef-Abonnenten werden die Taschenbücher selbstverständlich zum Vorzugspreis erstehen können!** Der Jahresbezugspreis 1999 für 4 Ausgaben *eigentümlich frei* wird inklusive Zustellung innerhalb Deutschlands DM 44,— betragen. Aufgrund sehr hoher Portokosten beträgt der Bezugspreis für Rest-Europa DM 65,— und für Übersee DM 88,—. Das Abonnement gilt in jedem Fall genau für ein Kalenderjahr - Sie verpflichten sich zu keinem darüberhinausgehenden Bezug. **Bitte teilen Sie uns Ihren Wunsch für ein Abonnement im Jahr 2000 einfach durch Überweisung der Gebühr mit.** Bei einem *eigentümlich frei* von Ihnen erhöhten Betrag aus oben genannten Gründen erhalten Sie Bücher aus der Reihe *edition ef* vom jeweiligen Autor persönlich signiert und gewidmet!

Sie haben die Wahl: Abonnieren Sie *eigentümlich frei* im Kalenderjahrgang 2000 frei Haus

- als regelmäßiger Förderer zu DM x (≥ 10,--) monatlich,
- als einmaliger Förderer zu DM y (≥ 100,--) für das Kalenderjahr,
- als Abonnent Inland zu DM 44,-- für das Kalenderjahr,
- als Abonnent im europ. Ausland zu DM 65,-- für das Kalenderjahr,
- als Abonnent in Übersee zu DM 88,-- für das Kalenderjahr.

Redaktionsschluß für die kommende Ausgabe mit dem Schwerpunktthema „Sicherheit“ wird am 15. Januar sein. Ich freue mich schon sehr auf Beiträge zu diesem Thema und wie immer auch zu anderen Fragestellungen. Die kommenden voraussichtlichen Schwerpunktthemen, deren Reihenfolge von eingehenden Beiträgen abhängt, werden des weiteren sein: „Drogen“, „Kommunales“, „Kunst“, „Parteien“, „Revisionismus“, „Objektivismus“, „USA“ und „Verkehr“. Ich freue mich auf ein Wiedersehen in einem freiheitlicheren Jahrhundert! Denn:

Mehr Freiheit mag eintreten!

Ihr Herausgeber



Impressum

eigentlich frei
**Marktplatz für Liberalismus,
 Anarchismus und Kapitalismus**

erscheint vierteljährlich
 Einzelpreis/Probeheft Inl.: 10,00 DM + 3,00 DM Porto/Vp.
 Jahresbezugspreis Kalenderjahr Inland: 44,00 DM
 Jahresbezugspreis Kalenderjahr Europa: 65,00 DM
 Jahresbezugspreis Kalenderjahr Übersee: 88,00 DM

Herausgeber, Redaktion und Layout:

André F. Lichtschlag
 email: Lichtschlag@mail.online-club.de
 Web: <http://www.online-club.de/m0/Lichtschlag>
 Tel. 02181-72237

Verlag:

G+L Verlag - Gabriele Becker
 Lerchenweg 55
 41516 Grevenbroich
 Tel. 02181-72237
 Fax. 02182-855205

Bankverbindung:

Gabriele Becker
 Sparkasse Neuss
 (BLZ 30550000)
 Kto.-Nr. 442 415 94

*Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den
 Autoren selbst verantwortet und geben nicht in jedem Fall
 die Meinung des Herausgebers wieder.*

Druckerei: A&M Copy-Druck Haus, 53113 Bonn
 Tel.: 0228 / 21 54 92

Internet: <http://www.der-markt.com/ef>

**Bisherige *eigentlich freie*
 Autoren und Interviewpartner:**

Bernd Anders, Roland Baader, Joscha Bach, John P. Barlow,
 Kristof Berking, Stefan Blankertz, Dirk van den Boom,
 Hardy Bouillon, Marianne Bröcker, Wolfram Clauß, Rein-
 hard Deutsch, Claus Diem, Alexander Dilger, Detmar
 Doering, Wolf Doleys, Hans-Wolff Graf, Jörn Grunert, Gerd
 Habermann, Werner Habermehl, Jörg Guido Hülsmann,
 Marc D. Joffe, Michael Kastner, Stefan Kopp, Hermann
 Kraus, Lazarus Long, Martin Matz, Jens P. Meiners, Ste-
 fan Metzeler, Michael Miersch, Ulrich Motte, Karl Nagel,
 Gerard Radnitzky, Ingo Resch, Roland Pimpl, Alban
 Schmid, Frank Seibert, S. Fred Singer, Sascha Tamm,
 Andreas Thüngen, Uwe Timm, Halil Ibrahim Türkdogan,
 Erich Weede, Ulrich Wille, Andreas K. Winterberger

Titelkarikatur: Andreas Wichmann

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

Inhalt

	Schwerpunktthema
★	
256	Die gnadenlosen Retter des Planeten <i>Michael Miersch</i>
259	Gibt es eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen? <i>Detmar Doering</i>
264	Umwelt und Ressourcen <i>Alban Schmid</i>
★	
	Das Interview
267	Die Klima-Katastrophe findet nicht statt! <i>Interview mit S. Fred Singer</i>
269	Politisch korrekte IHK-Verweigerung <i>Interview mit Andreas Thüngen</i>
★	
	Beiträge zur Diskussion um die Freiheit
271	Ein Versuch über Monarchie <i>Werner Habermehl</i>
276	10 Jahre Fall der Mauer - aus libertärer Sicht <i>André F. Lichtschlag</i>
277	Leserbriefe
★	
	(A)soziale Marktwirtschaft
279	Die Krankheit zum Tode - Kleines Lexikon des Staatlichen Gesundheitswesens <i>Roland Baader</i>
★	
	Denker der Freiheit
282	Julian L. Simon 1932-1998 <i>Claus Diem</i>
★	
	Projekte der Freiheit
286	Eigentlich frei in Costa Rica <i>Stefan Metzeler</i>
★	
	Bücher zur Freiheit
288	Radikale Erkenntnisse aus der Parteienforschung <i>André F. Lichtschlag</i>
289	Die liberale Tradition in Deutschland <i>Jens P. Meiners</i>
★	
	Service/Fragebogen
291	Übergeschnappt Redaktion <i>eigentlich frei</i>
291	14 Fragen an <i>Detmar Doering</i>



Die gnadenlosen Retter des Planeten

Viele Intellektuelle aus der Frühzeit der Umweltbewegung hatten ein gestörtes Verhältnis zu Freiheit

von Michael Miersch



Ohne Urlaub und ohne Dusche

Als es im Sommer 1999 ein paar Wochen lang ziemlich heiß war, erklärte das Bundesumweltministerium, zwar herrsche in Deutschland keine Wasserknappheit, aber man solle vorsorglich schon einmal so tun als ob. Staatssekretärin Gila Altmann empfahl den Bundesbürgern eindringlich, nicht länger als sechs Minuten zu duschen. Solche Anmaßungen grüner Volkserzieher werden von den meisten Bürgern inzwischen eher amüsiert zur Kenntnis genommen und nicht mehr weiter beachtet. Vorbei sind die Zeiten, als eine grüne Hinterbänklerin noch für Aufregung sorgte, weil sie den Deutschen vorschreiben wollte, wie oft sie in den Urlaub fliegen dürfen.

Es lohnt kaum, sich über solchen Unsinn groß zu empören. Schließlich droht weder in Deutschland noch in irgendeinem anderen demokratischen Land eine Öko-Diktatur. Dennoch sind die anti-freiheitlichen Ausfälle mancher Ökologen mehr als nur dumme Ausrutscher. Sie sind symptomatisch für eine Ideologie, die durchaus totalitäre Züge trägt. Ein Blick auf das intellektuelle Begleitpersonal aus der Aufbruchzeit der modernen Umweltbewegung zeigt die geistigen Wurzeln von Dusch- und Urlaubsverboten.

Vom herrschenden Bewußtsein

Im Gegensatz zu den anderen beiden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts mangelt es den Ökologismen am Zustrom der Massen. Das Volk, „der große Lämmel“, ahnt, was ihm blühen würde, wenn grüne Ideologen das Sagen hätten. Doch grüne Parteien und Umweltschutzverbände bilden eine geistige Elite, die in vieler Hinsicht den moralischen Diskurs westlicher Gesellschaften prägt. Das herrschende Bewußtsein wird so stark von einem irrationalen Ökologismus beherrscht, daß offenbar Unsinn von großen Mehrheiten brav nachgebetet wird.

• So sind die meisten Deutschen davon überzeugt, daß sie kränker und von Schadstoffen belasteter seien als ihre Vorfahren (obwohl die Lebenserwartung steigt).

• Das ausgebliebene Waldsterben wird nicht als Irrtum realisiert, sondern zum unsichtbaren Waldsiechtum umgedeutet.

• Bei einer bundesweiten Umfrage (Ende 1997) behauptete die Mehrheit der Bürger, daß Luft und Wasser in den vergangenen zwei Jahrzehnten schmutziger geworden wären (das Gegenteil ist - für jedermann offensichtlich - der Fall).

Zur Erziehungsdiktatur

Der Soziologe Karlheinz Messelken entwarf eine Art Typenlehre der totalitären Ideologen. Die Ökologen ordnet er darin dem „hypermoralischen Typus“ zu. Dieser Charakter, so Messelken, empfindet ein hohes Maß an Verantwortung für den Lauf der Welt. Die Menschen - da ist sich der Hypermoralist ganz sicher - dürfen keinesfalls sich selbst überlassen werden. Ein solches Laissez-Faire führe mit Sicherheit in den Abgrund. Deshalb komme es darauf an, die ahnungslosen Massen aufzurütteln und ihnen den drohenden Weltuntergang nachdrücklich vor Augen zu führen. Das Verantwortungsbewußtsein des grünen Hypermoralisten ist höchst elitär. „Weil es überlegene Einsicht in das kosmische Getriebe zu besitzen glaubt,“ so Messelken, „begehrt er Autorität und geistige Führung.“

Wer nicht hören will, dem kann mit ein wenig Erziehungsdiktatur geholfen werden. Jens Reich wünschte sich öffentlich einen mächtigen „Ökorat“, der ohne Rücksicht auf das „Legislaturperioden-Gewusel“ und die „impotenten politischen Strukturen“ seine Entscheidungen trifft. Dem verdienstvollen Bürgerrechtler Reich mag dieser Ausrutscher aus Sorge um die Umwelt unterlaufen sein. Der Ruf nach autoritärer Führung war jedoch unter den Intel-

lektuellen aus der Gründerzeit der Öko-Bewegung sehr beliebt.

Nordkorea in grün

Idealtypisch für diesen „Totalitarismus in grün“, den die Autoren Richard Herzinger und Hannes Stein in ihrem Buch „Endzeit-Propheten“ beschreiben, ist Luise Rinser. Das große Idol der Schriftstellerin hieß in den achtziger Jahren Kim Il Sung (was eine gewissen Lebenskontinuität bezeugt, denn die junge Rinser verfaßte Oden auf Adolf Hitler). 1987 beschrieb die Öko-Katholikin den inzwischen verstorbenen nordkoreanischen Diktator in der Umweltzeitschrift „natur“ folgendermaßen: „Bei einem Waldspaziergang sah ich, wie der Präsident Kim Il Sung in einem Bach fischte. Schließlich hing eine besonders große Forelle an der Angel. Er befreite sie mit größter Behutsamkeit und warf sie ins Wasser zurück. Warum das? ‘Sie haben’, sagte er, ‘nicht gesehen, daß es ein weiblicher Fisch war, den wir zur Reproduktion brauchen.’“ Offenbar war Kim nicht nur ein Grüner, sondern auch noch Feminist. Frau Rinser empfiehlt jedenfalls: „Ein halbes Jahrhundert Erziehung des nordkoreanischen Volkes müßte ein international wirksames Beispiel sein.“ Sie fragt sich besorgt: „Wie bringt man dem pervertierten Westen eine gesunde Moral bei?“, und ist bekümmert darüber, daß „...in den westlichen Parlamenten sehr viel Zeit, Kraft und Volksvermögen vergeudet“ wird. Eine Sorge, die offenbar auch den grünen Hausphilosophen Hans Jonas drückte. Der Naturfreund war sich sicher, daß Demokratie „auf die Dauer nicht die geeignete Regierungsform ist.“ Dann doch lieber eine deftige Diktatur, wie sie sich der Öko-Stalinist Wolfgang Harich wünschte. Er war davon überzeugt, daß die dummen Menschen zum grünen Glück gezwungen werden müssen, und forderte eine Weltregierung, die „selbst vor Umsiedlung großer Menschenmassen nicht zurückschreckt.“ Gunnar Sohn, Autor des Buches „Die Ökopharisäer“ schreibt dazu: „Der öko-



logische Kahlschlag, der seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in allen Ländern des ehemaligen Ostblocks zu besichtigen ist, beweist die Heuchelei der Ökopharisäer Harich und Jonas. Die Zerstörung von Umwelt und Natur gedeiht vor allem unter diktatorischen Verhältnissen.“

Die Ideen des Hardliners Harich verdünnt Fernsehprediger Franz Alt zur gefälligen Light-Version: Er fordert den „Gegenentwurf zum real existierenden westlichen System“, das „psychisch kränker als frühere Gesellschaften“ sei. Diesen Gegenentwurf könnte sich der fromme Christ Alt etwa in Form einern „ökologischen Weltrevolution“ vorstellen. Kim Il Sung läßt grüßen. Franz Alt wäre übrigens ein prima Kandidat der Grünen zur nächsten Wahl des Bundespräsidenten. Jens Reich und Luise Rinser hatten ja bereits das Vergnügen.

Grüne K-Gruppen gegen den Kapitalismus

Rinser stand mit ihren seltsamen Sympathien keinesfalls allein da. Kim Il Sung, Pol Pot, Mao und Stalin waren in den siebziger Jahren die Idole vieler K-Gruppen-Anhänger, die, wie Jürgen Trittin, heute Führungsposten bei den Grünen bekleiden. Anfang der achtziger Jahre liefen den K-Gruppen die Mitglieder weg. Viele Kader fanden daraufhin ein warmes Plätzchen bei den Grünen. Selbstreflektion - die man von den Nazi-Vätern immer eingefordert hatte - fand nie statt. Man tauschte nur ein paar Formeln aus. „Proletariat“ wurde zu „Umwelt“, „Kapitalismus“ zu „Industriegesellschaft“ und schon konnte es munter weitergehen. „Die neurotische Grundstruktur der K-Gruppen“, schreibt Götz Warnke in seinem Buch „Die grüne Ideologie“, „wurde als hysterische Form des Marxismus beim Übertritt zu den damaligen Grünen teilweise mittransportiert. Die neuer Partei ermöglichte den K-Leuten, ihren eigenen Anspruch, etwas besonderes, eine Art Elite zu sein, selbst nach dem Scheitern ihrer Ideologie aufrecht zu erhalten.“

Der totalitäre Kern, der grüne, rote und auch braune Freiheitsfreunde verbindet, ist der Anti-Kapitalismus. „Kapitalismus“, schreibt Messelken, „ist die institutionalisierte Versuchung zur moralischen Niedrigkeit.“ Im Kapitalismus löst sich der Einzelne aus der großen Ordnung, hört auf einem Zweck zu die-

nen, jagt materiellen Gütern hinterher und gibt sich der Selbstsucht hin. Vielen Intellektuellen ist diese Oberflächlichkeit ein Graus. Sie wollen tieferes Glück, die Herrschaft des Geistes über den schnöden Gütergenuß. Am besten in Form einer Herrschaft der Intellektuellen über das niedere Volk. „Die Intellektuellen und Glaubenskämpfer“, schreibt Messelken, „verlangen das Sagen über Produzenten und Händler - nach dem altehrwürdigen Programm aus Platons 'Politeia.'“

Apokalyptische Herrenreiter

Nicht nur vor Kim Il Sung, auch vor der Apokalypse sind alle Menschen gleich. Linke, die gestern noch die Diktatur des Proletariats als wünschenswerte Zukunftsvision anpriesen, schwenkten im Zeitgeist um, und entdecken den Weltuntergang als neue Utopie. Wie Marx die kommunistische Gesellschaft als historisch zwangsläufig darstellte, so ist auch das globale Finale nicht abzuwenden und sollte nicht durch ökologische Reformen und andere Mätzchen verwässert werden.

Apokalyptische Herrenreiter von heute galoppieren durch Vernissagen und Premieren. Im vollsubventionierten „Café Endzeit“ sitzen Theaterdirektoren, Chefredakteure und Kulturbeamte, verkünden den nahen Untergang. Der schriftstellernde Gärtner Jürgen Dahl urteilte in der „Zeit“, die Marktwirtschaft floriere, „offensichtlich um so besser, je mehr Armut und je mehr Leichen sie produziert.“ Deshalb würde uns nichts vor dem Weltuntergang bewahren, außer ein „in seinen Dimensionen heute kaum vorstellbarer Abbau all dessen, was wir als Inbegriff zivilisierten Lebens zu sehen gewohnt sind.“ Und da sage noch einer, Gartenarbeit diene dem seelischen Ausgleich.

Endzeitgeraune

Besonders viel Zuspruch erntet der rüstige Gärtner Dahl unter Altersgenossen. Im Herbst des Lebens verfallen Intellektuelle offenbar gern in düsteres Endzeitgeraune. Die weißhaarige Version von Messelkens „hypermoralischem Typus“, hält sich für so bedeutend, daß sie den nahenden eigenen Tod mit dem Weltuntergang verwechselt. „Zu spät, ich sehe keine Hoffnung mehr.“ konstatierte der Verhaltenspsychologe Skinner, als er 77 war. Der Psychoanalytiker und Philosoph Erich

Fromm war im Alter überzeugt, daß „die endgültige Weltkatastrophe eine rationale und wissenschaftlich fundierte Vision“ sei.

Der führe CDU-Abgeordnete und Mitbegründer der Grünen, Herbert Gruhl, umriß die Lage der Umwelt kurz vor seinem Tod mit den Worten: „Der Patient stirbt, deshalb braucht man auch keine Therapie mehr.“ Sein letztes Buch nannte er „Himmelfahrt ins Nichts“. Hoimar von Ditfurth empfahl auf dem Titel seines Alterswerkes zwar, Apfelbäumchen zu pflanzen. Es blieb aber bei dieser didaktisch vorgetäuschten Trotz-alledem-Attitüde. Sein eigentliches Resümee war ziemlich hoffnungslos. Endzeitguru Rudolf Bahro raunte im Sterbebett von drohender „Selbstausröttung“. Sogar Heiner Müller, sonst eher für sarkastische Pointen bekannt, klagte kurz vor seinem Tod, daß ökologische und sonstige Unbill „keine Vorstellung von Zukunft mehr“ ließen. Horst Stern zog sich resigniert nach Irland zurück und erklärt verbittert: „Es war dieser Gesellschaft niemals wirklich ernst mit dem Naturschutz.“ Der Pionier des deutschen Umweltjournalismus hofft nur noch auf eine „Vielzahl flächendeckender Kleinkatastrophen.“

Die Katastrophe als Hoffnung

Die Katastrophe als Hoffnung, darauf muß man erst mal kommen. Einzelne Menschenleben spielen natürlich keine Rolle, wenn es um die große Sache geht. Ohne Menschen wäre es ohnehin viel schöner auf der Welt. Das Titelblatt des „Greenpeace-Magazins“ zeigte Mitte der neunziger Jahre eine Menschenmenge aus der Vogelperspektive. Ein Wort ist in großen Lettern über die Gesichter gedruckt: „ZUVIEL“. Der „Stern“ wählte für ein Extra-Heft den Titel „Zeitbombe Mensch“ und warnte darin vor einem „Untergang im Menschenmeer“. Welche Denkweise sich da bei grünen Gutmenschen eingenistet hat, verrät ein „Ökowitz“ den das Monatsmagazin „Spiegel-Special“ einem Bericht über internationale Umwelt-Institute voranstellte: „Treffen sich zwei Planeten im Weltall. Sagt der eine: 'Du siehst aber schlecht aus. Fehlt Dir was?' Sagt der Zweite: 'Ach mir geht's gar nicht gut. Ich hab Homo Sapiens.' Tröstet ihn der andere: 'Mach Dir keine Sorgen. Hatte ich auch mal. Das geht schnell vorbei.'“

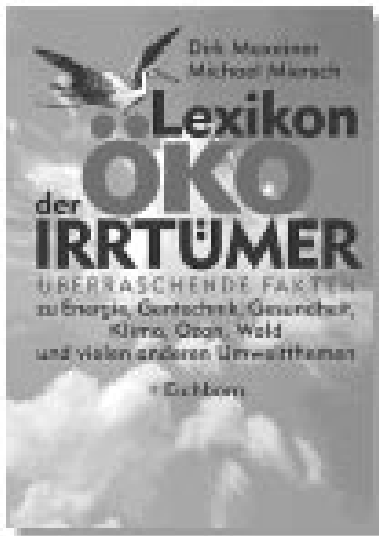


Bild: Bestseller-Buch des Autors

In manchen naturtrüben Kreisen gehört es mittlerweile zum guten Ton, den Menschen als parasitären Störenfried, Hautkrankheit der Erde oder Seuche anzuprangern. Wer das tut, befindet sich in bester Gesellschaft. Der Verhaltensforscher und Umweltaktivist Konrad Lorenz bekannte in einem seiner letzten Interviews: „Gegen Überbevölkerung hat die Menschheit nichts Vernünftiges unternommen. Man könnte daher eine gewisse Sympathie für Aids bekommen.“

Menschenverachtende Naturfreund-Eliten

Zuviel sind natürlich immer die anderen. Niemand kam bisher auf den Gedanken, daß es vielleicht einen Überschuß an moralisch korrekten, sauberen und umweltbewußten Mittelstandsfamilien in Baden-Württemberg geben könnte (dabei besitzt West-Deutschland die gleiche Bevölkerungsdichte wie Indien). „Es zeigt sich“, so Lorenz, „daß die ethischen Menschen nicht so viele Kinder haben und die Gangster sich unbegrenzt und sorglos weiterreproduzie-

ren.“ Dem internationalen Vergleich der Geburtenraten ist zu entnehmen, daß demnach in Tansania und in Burkina Faso folglich viel mehr „Gangster“ leben müssen als im schönen Österreich, der Heimat des seligen Konrad Lorenz.

Haß auf die Massen zieht sich als Leitmotiv durch die Weltanschauung elitärer Naturfreunde. Menschenverachtende (und im Kern völkische) Rhetorik hat ihren festen Platz in der gängigen Ökoprosa - doch kaum jemand regt sich darüber auf. Einige Vordenker fordern unverblümt, die lästige Menschheit endlich auf ein in ihren Augen verträgliches Maß zu vermindern. So schlagen die beiden amerikanischen „Tiefenökologen“ (Anhänger einer grün-fundamentalistischen Denkrichtung die auf den norwegischen Philosophen Arne Naess zurückgeht) Bill Deval und George Sessions ernsthaft vor, der Natur zuliebe die Zahl der Menschen auf der Welt auf etwa hundert Millionen zu reduzieren. Vermutlich sind die beiden fest davon überzeugt, daß sie zu den Auserwählten gehören, die in perfekter Harmonie mit Tieren und Pflanzen weiterleben dürfen. Von dort ist der Weg geebnet zu David Foreman, dem Anführer von „Earth First“, einer gewaltbereiten Öko-Terrorgruppe. Foreman sieht in der Menschheit schon mal ein „Krebsgeschwür“ und ist ein Freund totalitärer und freiheitsfeindlicher Schlußfolgerungen. Der Dichter Gottfried Benn spöttelte einmal über die Nazis: „Wer lebt, dient dem Feind.“

Die falsche Spezies?

Der Mensch hat keine gute Presse. Seine Ankunft gilt vielen als schwärzeste Stunde auf Erden. Auch der weltbekannte Biologe und Insektenforscher Edward O. Wilson bezeichnet die Menschheit schon mal als ökologische „Abnormalität“ und hält es für möglich, daß Intelligenz „in der falschen Art von Spezies“ eine fatale Kombination für die Biosphäre sein könnte. Franz Alt hält

uns für „todkrank“ und meint: „Mit unseren heutigen Mächten zerstören wir die Ordnung der Natur, die mit dem einzigen Kreislauf von Stirb und Werde das Leben aufrechterhält“. Damit darf er Peter Gauweiler die Hand reichen: „Die Entnatürlichung des Menschen treibt Blasen“, schrieb der CSU-Politiker in einem Gast-Kommentar für „Bild“ (Was steht da einer schwarz-grünen Koalition eigentlich noch im Wege?).

Solches Denken hat Tradition. Bereits die Theoretiker der alten Naturschutzbewegung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstand, verachteten die Massen. Über die angeblich abgestumpften Großstadtmenschen urteilte ein Redner auf dem Deutschen Naturschutztag 1927: „Diese Leute sind für uns so gut wie tot.“

Umweltschutz unter dem Hakenkreuzbanner

Da wundert es nicht, daß manche Ideologen der ersten Naturschutzbewegung sich später jenen Kräften anschlossen, die angebliche Untermenschen ausrotten wollten und dies dann auch taten. „Keine Zeit“, so erklärte ein großer deutscher Naturschutzverband 1933, „war für unsere Arbeit so günstig wie die jetzige unter dem Hakenkreuzbanner der nationalen Regierung.“

Umweltschützer von heute machen sich ihre Wurzeln nur selten bewußt, schrieb der Historiker Thomas Adam. Sie „betrachten sich vielfach - ungeachtet der älteren Naturschutzbewegung - als etwas völlig Neues in der europäischen Geschichte und laufen damit Gefahr, manchen Fehler ihres wahren Ahnen (der alten Naturschutzbewegung, M.M.) zu wiederholen.“ Zwar ist der Totalitarismus in grün keine Massenbewegung geworden, doch einige seiner Vertreter haben sich einen Teil vom Kuchen der Macht gesichert. Dort besitzen sie genug Einfluß, um die „Fehler ihrer wahren Ahnen“ nochmal auszuprobieren.

Michael Miersch, Jahrgang 1956, studierte Medienwissenschaften und Sozialarbeit und volontierte bei der taz. Dort, bei „Chancen“ und „natur“ war er Redakteur. Heute schreibt er als freier Autor für Zeitschriften und Magazine (u.a. Brigitte, Geo, Merian, Der Spiegel, Die Zeit) und erstellt Drehbücher für Dokumentarfilme (u.a. für die sechsteilige WDR-Reihe „Kundschafter im Tierreich“ und den Vierteiler „Reporter der Schöpfung“). Außerdem konzipiert und realisiert er im Team mit Dirk Maxeiner und anderen Publikationen für Verbände und Unternehmen. Reportagen und Bücher von Miersch erhielten Auszeichnungen in den USA und in Deutschland. Sein gemeinsam mit Dirk Maxeiner verfaßtes Buch „Öko-Optimismus“ wurde in den deutschsprachigen Medien heftig diskutiert und zum „Wissenschaftsbuch des Jahres 1996“ gewählt. Ihr „Lexikon der Öko-Irrtümer“ stand 1998 monatelang auf den Bestsellerlisten. Mierschs Spezialität sind Tier- und Naturthemen. 1999 erschien das populärwissenschaftliche Buch „Das bizarre Sexualleben der Tiere“.



Gibt es eine Verantwortung gegenüber künftigen Generationen?

von Detmar Doering



Appelle an die Verantwortung gehören zum Lieblingsvokabular der Politik. Früher war es vor allem die altbekannte „soziale“ Verantwortung, die oft und gerne als Kampfbegriff gegen die Marktwirtschaft eingesetzt wurde. In den letzten Jahren ist eine neue Form von Verantwortung in den Mittelpunkt gerückt. Es sind vor allem zwei Grundfragen, bei denen heute das Wort von der „Verantwortung für zukünftige Generationen“ fällt: erstens, die Umweltpolitik; zweitens, die Frage von Staatsverschuldung/Kosten der sozialen Systeme. Beide im gleichen Atemzug zu nennen, erzeugt Begriffsverwirrungen. Sie werden dadurch verstärkt, daß in der Öffentlichkeit das Umweltproblem als das gravierendere Problem der „Verantwortung für künftige Generationen“ gesehen wird.

Man kann die Sache an zwei anschaulichen Alltagsbeispielen erläutern. Beispiel 1: Sie gehen in einen Laden und kaufen sich einen warmen Mantel. Danach sagen Sie dem Verkäufer, sie würden eigentlich nur ungerne zahlen. Er solle doch die Rechnung einfach dem nächsten eintretenden Kunden zwecks Zahlung in die Hände drücken. Dieser Kunde - wer immer es sei - wäre nun verantwortlich für die Zahlung.

Beispiel 2: Sie gehen in den Laden, kaufen den Mantel und zahlen auch die Rechnung. Der nächste Kunde, der eintritt, stellt fest, daß dies wohl der letzte Mantel im Angebot war. Er argumentiert, daß er immer viel mehr als Sie fröre, daher sollten Sie ihm den bereits gekauften Mantel herausdrücken. Sie wären für sein Wohlergehen bei kaltem Wetter verantwortlich.

Beide Situationen enden mit einem Appell an die Verantwortung. Der erste Fall („Laßt gefälligst den nächsten Kunden zahlen“) gleicht moralisch dem der Verschuldung, die wir heute in verschiedener Form künftigen Generationen aufbürden. Daß dies alles in höchsten Maße verwerflich und unverantwortlich

ist, ist eigentlich völlig offenkundig und bedarf keines weiteren Argumentes. Daß man seine Nachkommen nicht zwingen darf, von einem selbst gemachte Schulden zu zahlen, wurde schon seit Jahrhunderten als naturrechtlich einwandfrei belegt gesehen. Auch heute kann niemand nach geltendem Recht zur Annahme eines Testamentes gezwungen werden, daß nur aus Schulden besteht.

Wir wissen heute, daß sich der Staat an diese Maxime nicht hält. Durch sein Gewaltmonopol kann der Staat so etwas wie eine vertragliche Verpflichtung schaffen, die Schulden der Vorgeneration zu zahlen. Er bedient sich dabei so verschleiender Begriffe wie dem des „Generationenvertrages“, so als ob man legitimerweise mit einer noch nichts von ihrem Unglück wissenden und nichtexistierenden Generation Verträge schließen könne, die diese Generation auch noch schädigen. Leben auf auf Kosten anderer, wäre die richtige Bezeichnung.⁽²⁾ Die scheinbare Gewißheit, daß ein anderer - „der nächste Kunde“, sozusagen - zahlen wird, hat uns und unseren Staat zu unverantwortlicher Ausgabenpolitik animiert. Eine größere moralische Empörung, als wir sie im Augenblick vernehmen, wäre angebracht.

Über ein mangelndes Ausmaß an Empörungswillen kann sich zur Zeit die Öko-Bewegung nicht beklagen. Der Ruf, daß wir mit unserem Verbrauch von „nicht-erneuerbaren“ Ressourcen auf Kosten künftiger Generationen leben, erschallt seit den Gründungstagen des *Club of Rome* ständig in aller Ohren. Seit dem UN-Umweltgipfel in Rio 1992 ist „Nachhaltigkeit“ (sustainability) das Modewort geworden⁽³⁾, mit dem man versucht, diese unsere ökologische „Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen“ argumentativ zu untermauern. Begriffliche Klarheit wird dadurch aber ebenfalls nicht geschaffen. Trotzdem kann sich kaum ein Politiker seinem „appeal“ entziehen: Wir müß-

ten unsere Bedürfnisse für die unserer Nachfahren zurückstellen, und so unserer Verantwortung gegenüber ihnen gerecht werden. Drastische politische Maßnahmen - einige wollen sogar die Ökodiktatur - seien notwendig. Aber was ist an all dem dran? Weniger als man vermutet. Im Grunde genommen handelt es sich bei den „Sünden“ unserer Generation um den gleichen Fall wie in Alltagsbeispiel Nr. 2. Erinnern wir uns: Sie haben rechtsgültig einen Mantel erstanden und der nächste Kunde will ihn für sich einfordern. So formuliert ist die Sache klar. Der nächste Kunde hat überhaupt kein Recht auf Ihren Mantel. Sie sind nicht zur Herausgabe verpflichtet, selbst wenn es der letzte Mantel auf Erden war. Warum sollte er ihn kriegen und sie nicht?

Ein Gesellschaftsvertrag zwischen den Generationen?

Dennoch, man sollte trotz des Mißbrauchs, der mit diesem Begriff getrieben wird, den Begriff der „Verantwortung für zukünftige Generationen“ nicht zur Gänze verwerfen. Die Schuldenproblematik, wie sie zuvor geschildert wurde, zeigt, daß es offenbar doch legitime Anwendungsfelder für ihn gibt. Er bedarf also vor allem einer genauen theoretischen Formulierung. Sie müßte von einer Untersuchung der Möglichkeit universell gültiger Verpflichtungen gegenüber zukünftigen Generationen, die moralisch zwingend politisch erzwingbar und dauerhaft institutionalisierbar sein müssen, ausgehen. Hier wäre also die Frage nach einer entsprechenden Vertragstheorie gestellt.

Es ist erstaunlich, daß - trotz des offensichtlich bestehenden Bedarfs einer solchen Theorie - sich die Philosophen eher zurückgehalten haben. Es handelt sich um ein recht wenig bearbeitetes Problem.

Der Vater der neuzeitlichen liberalen Vertragstheorie, *John Locke*, sieht den *Gesellschaftsvertrag* noch weitgehend -



obwohl er natürlich einen auf Dauer eingerichteten Staat begründet - als eine Manifestation geradezu „zeitloser“ Rechte.(4) Diese gelten immer und unabhängig von der Frage der Generation, der ein Individuum angehört. Da sie keine materiellen Ziele haben, sondern nur das zum Inhalt haben, was heute wohl individuelle Selbstbestimmung heißt, können auch keine materiellen Umverteilungselemente in den Gesellschaftsvertrag eingebaut werden. Die Konsequenz daraus müßte wohl lauten: man dürfte demnach keine Kosten zulasten zukünftiger Generationen (in Form von Schulden etc.) abwälzen; könnte aber auch nicht zu entsprechenden materiellen Opfern zugunsten dieser zukünftigen Generationen gezwungen werden.

Aufgenommen wird das Thema noch einmal von dem englischen Staatsmann und Philosophen *Edmund Burke* bei seiner Kritik der Französischen Revolution, die er u.a. in seinen berühmten *Reflections on the Revolution in France* (1790) äußert. Zwar behält er wesentliche Elemente der Lockeschen Rechtstheorie bei (etwa das Recht auf persönliche Unversehrtheit und auf persönliches Eigentum), doch ergänzt (bzw. verwässert) er dies durch die Hinzufügung von Elementen aus der „vormodernen“ klassischen Naturrechtslehre antiker Herkunft. In ihr - und damit auch in Burkes Werk - spielt das Verhältnis zwischen den Generationen eine wichtigere Rolle als bei dem „modernen“ Locke. Der Staat ist bei Burke eine Gemeinschaft der vergangenen, der gegenwärtigen und der zukünftigen Generation. An andere Stelle spricht Burke von einem „ewigen Bund“ (permanent covenant)(5), der durch einen Vertrag besiegelt wird, womit er an *Ciceros* Idee von einem „consilio quodam regenda est, ut diuturna sit“(6) anknüpft. Da man nun die Welt der Zukunft (ja, nicht einmal die politische Welt der Gegenwart) kaum in ihren Einzelheiten kennen und verstehen könne, sind die Grenzen des staatlichen Zwangs für ihn nicht so klar zu ziehen. Es könnten immer wieder unerwartete Probleme auftreten. Um das Recht als Ganzes zu erhalten, muß der Staat auch weitergehende Möglichkeiten zum Handeln besitzen. Burke will als gemäßiger Liberaler die Möglichkeit zu Reformen aufrechterhalten. Dies ist eine Frage der Klugheit der Staatmänner. Indes, der Burkesche Gedanke einer Gemeinschaft der Generationen hat nichts mit intergenerationaler Umver-

teilung zu tun, sondern nur etwas mit der Permanenz der Rechtsherrschaft. Im Grunde unterscheidet er sich hier nur unwesentlich von Locke, obwohl seine Theorie der Rechte des Bürgers weniger strikt ist. Tatsache ist, daß Burke Umverteilung per se ablehnt und den Schutz des Eigentums gegenüber der Nivellierung des Eigentums vorzieht. Trotz seines Appells an die, „die noch geboren werden“(7), gilt dies auch für das Verhältnis der Generationen zwischen denen er keine Umverteilung gerechtfertigt sieht. In seiner Schrift *Thoughts and Details on Scarcity* (1795)(8) kann er sich sogar als ein solch überzeugter Marktwirtschaftler präsentieren, daß er dabei sogar seinen Freund *Adam Smith* noch in den Schatten stellt.

Jeffersons Lösung: Permanente Revolution

Der einzige Denker, der sich explizit vertragstheoretisch mit den Problemen intergenerationaler Gerechtigkeit und den Umverteilungsaspekten, die sich daraus ergeben könnten, befaßt hat, ist *Thomas Jefferson*, der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776). Jefferson, der die marktwirtschaftlichen Klassiker wie *Adam Smith* oder *Jean Baptiste Say* hoch schätzte, treibt dabei den Lockeschen Ansatz individueller Rechte auf die Spitze und kombiniert ihn zugleich mit einem radikalen Bekenntnis zur majoritären Demokratie. Aus der Lockeschen Prämisse, daß Eigentum unveräußerlich sei und daher schon vor innergenerationaler Gewalt geschützt werden müsse, folgert er in einem Brief an *James Madison* 1790 logisch: „Die Erde gehört den Lebenden und nicht den Toten.“(9) Daraus leitet er klar ein Verbot für die Überlassung von öffentlichen Schulden ab. Obwohl er selbst als dritter Präsident der USA eher erfolglos gegen die öffentliche Verschuldung kämpft, gehört das Verschuldungsverbot zu seinen beständigsten politischen Forderungen: „Keine Generation kann mehr Schulden abschließen als im Laufe ihrer Existenz gezahlt werden kann.“(10) Das Problem, daß Jefferson dabei wohl sieht, ist, daß er sich hier im Bereich öffentlicher - also kollektiver - Entscheidungen bewegt. Zwischen Individuen verschiedener Generationen bestehen klare Verhältnisse. Bei Großkollektiven, z.B. Staatsvölkern, sind die Generationen hingegen vermischt. Diese Unklarheit spricht aus einer liberalen Sicht dafür, daß möglichst viele Kollektiv-

scheidungen wieder zu Individualentscheidungen umgewandelt werden müssen (Privatisierung). Der dauerhaft institutionalisierte Staat als Instrument von Kollektiventscheidungen behindert diese Umwandlung indes beträchtlich. Gerade seine Dauerhaftigkeit begünstigt sogar noch das Abwälzen von Verantwortung zwischen den - vermischten - Generationen. Jeffersons Antwort darauf ist die permanente demokratische Revolution. Konsequentermajoritär denkend, meint Jefferson, daß die Sterbeverzeichnisse (tables of mortality) uns definitiv sagen könnten, wann denn die Generation, die ein bestimmtes institutionelles Arrangement beschlossen hat, innerhalb der Bevölkerung in die Minderheit geriete. Es wäre dann demokratisch legitim, dieses Arrangement aufzukündigen. Nicht einmal Verfassungen seien, so Jefferson 1816, „zu heilig, um angefaßt zu werden.“(11) Damit setzt Jefferson die Axt an die Wurzel intergenerationaler Unrechts- und Zwangsverhältnisse, nämlich an die Permanenz des Staates. Dies erklärt auch Jeffersons wiederholt öffentlich geäußerte Sympathie für Rebellionen und Aufstände (so z.B. anläßlich von *Shays Rebellion*, 1787) Nicht ohne Grund gibt es nicht wenige Biographen, die ihn für einen libertären Anarchisten halten.(12)

Alles dies ist natürlich nicht völlig unproblematisch. Damit soll nicht nur auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Bevölkerungsentwicklung natürlich auch in die andere Richtung hinwirken kann. Die Überalterung - ein Phänomen unserer Gegenwart - hat zum Beispiel dazu geführt, daß die Generationen, die „auf Kosten anderer Generationen“ leben, gegenüber den anderen Generationen zunehmend die Mehrheit ausmachen. Die Rentenproblematik, wo die heutigen Rentner zulasten der späteren Generation abgesichert sind, liefert das passende Beispiel. Vielmehr zeigt sich, daß die Vermischung von verschiedensten Generationen in einem Volk die Wirksamkeit des von Jefferson postulierten Rechtes von Generationen, die Bürden anderer Generationen abzuschütteln, stark schmälert. Die moderne *Politische Ökonomie* (Public Choice) hat nachgewiesen, daß sich innerhalb demokratischer Systeme z.B. Interessenkoalitionen bilden können, was die Wahrnehmung von „natürlichen Rechten“ durch ökonomische Anreize unterläuft. In der Tat könnte in einem modernen komplexen Umverteilungssystem niemand mehr erkennen, ob er nun einer



begünstigten Gruppe oder einer „ausgebeuteten“ angehören. Es bleibt also kaum etwas anderes übrig, als von vornherein - also schon für die gegenwärtige Generation - Verantwortungsabwälzungen und politische Umverteilungen zu verhindern. Striktere Verfassungsregeln gegen Neuverschuldung wären eine der zu diskutierenden Möglichkeiten. Sind nämlich erst einmal Schuldenabwälzungen etabliert, nutzt auch das permanente Revolutionsrecht kommender Generationen wenig. Dies ändert aber nichts daran, daß Jefferson den Zusammenhang von individuellen Freiheitsrechten und intergenerationaler Gerechtigkeit klarer erfaßt hat als irgendjemand vor (und nach?) ihm. Weder dürfen demnach gegenwärtige Generationen sich durch Verschuldung o.ä. zu Lasten der künftigen Generationen bereichern, noch dürfe im Namen einer künftigen Generation die gegenwärtige Generation belastet, d.h. um das Recht auf freie Verwendung ihres Eigentums(13) gebracht werden. Denn: „Diese körperliche Welt und alles, was darauf ist, gehört den gegenwärtigen körperlichen Bewohnern während ihrer Generation.“(14)

„Soziale“ Gerechtigkeit zwischen den Generationen?

Es zeigt sich also, daß die klassischen Denker, die sich der Frage der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen widmen, die Idee, die Politik müsse den Bürger materielle „Ressourcen“ abzwängen, um sie späteren Generationen zur Verfügung zu stellen, weitgehend für unververtretbar halten. Sie tun gut daran.

In der Tat ist es eine Idee ausgesprochen jungen Datums, künftige Generationen hätten Anspruch auf die von uns genutzten und in unserem Eigentum befindlichen Ressourcen. Sie ist durchaus problematisch. Was und wieviel soll man für die Zukunft übriglassen? Diese philosophische Frage behandelt wohl erstmals der Amerikaner *John Rawls* erstmals in seiner *Theory of Justice* 1971. Rawls versucht dabei - grob gesagt - die klassische Vertragstheorie mit einer Theorie der „sozialen“ Gerechtigkeit zu verbinden. Er meint, daß eine Gesellschaft ihre grundlegenden institutionellen Prinzipien so formulieren müsse, als ob jeder einzelne unter dem „Schleier des Nichtwissens“(15) mitformuliere. Er solle nicht wissen, welchen konkreten Vor- oder Nachteil er aus dem so Konstituierten zöge. So entstünde ein ge-

rechter Gesellschaftsvertrag. Dieser beinhalte - neben den formalen Freiheiten - unter anderem, daß jenes System gewählt würde, das den Ärmsten die bestmöglichen materiellen Bedingungen einräume. Dies gelte auch für Generationen untereinander. Vor dem „Schleiers des Nichtwissens“ seien sie alle gleich, keine dürfe benachteiligt werden, weshalb für die heutige Generation eine zumutbare „Sparrate“ festgelegt werden müsse. Im Gesellschaftsvertrag müsse, so Rawls, dafür gesorgt sein, daß die Ärmsten auch in Zukunft gesichert seien, zugleich solle daher im Namen der Gerechtigkeit auch festgelegt werden, wo die Grenze des Zumutbaren in Sachen „Sparrate“ für die heutige Generation liege.(16)

Undefinierbare Verteilungsgerechtigkeit

Rawls selbst sieht ein, daß das eigentlich nicht geht: „Nun glaube ich, daß es jedenfalls zur Zeit unmöglich ist, die richtige Sparrate genau festzulegen.“(17) Damit wird ein generelles Problem deutlich. Die Idee gerechter Umverteilung läßt sich unter der Hypothese des „Schleiers der Unwissenheit“ kaum realisieren. Sie setzt konkretes Wissen über konkrete Situationen voraus - und dies noch in bezug auf die Zukunft. Damit leidet sie an der gleichen Schwäche, die der liberale Ökonom *Friedrich August von Hayek* für alle Theorien der „sozialen“ Gerechtigkeit (Verteilungsgerechtigkeit) ausmachte. Diese basierten auf recht inhaltsleeren und illusorischen Annahmen.(18) Für sie ließe sich nämlich kein wirklich allgemein verpflichtender Standard formulieren, zumal sie in diesem Falle ja die intergenerationalen „Ansprüche“ noch mit den innergenerationellen kombinieren müßte. Dies ist schwierig - nicht nur, weil es in der Praxis schlecht operationalisierbar ist. So fragte der bekannte englische Umweltökonom *Wilfred Beckermann* kürzlich zu Recht, wie man denn Wohlfahrtsgewinne der zukünftigen Generationen, für die wir politisch „die Verschmutzung der Atmosphäre“ verhindern, mit dem möglichen Verlust „der Steigerung der wirtschaftlichen Wohlfahrt, die sonst über die Zeit hin stattfinden würde als Ergebnis der normalen stetigen Rate technischen Fortschritts und der Kapitalakkumulation“(19) zu verrechnen sei. Man könnte auch anders fragen: Ist der Nutzen, den künftige Generationen von unserem „Verzicht“ nicht möglicherweise geringer einzuschätzen als der Wert des

„Verzichtetes“ für unsere Generation?

Außerdem: Generationen sind kein homogenes Ganzes. Daher, so *Beckermann*, stelle sich das Problem, ob wir etwa für das spätere ökologische Wohl unserer Nachfahren in den Wohlstandsgesellschaften - vorausgesetzt dies wäre überhaupt vorherbestimmbar - heute die Armen der Dritten Welt zum Verzicht zwingen dürften, wenn dies der einzige Weg zur Erreichung des Ziels sei.(20)

Ein weiteres Problem intergenerationaler Umverteilung ist es, daß die Zeit nur in eine Richtung fließt. Daraus erwächst die Frage, was denn unsere Nachfahren für uns tun. Die Frage ist keineswegs dumm. Wir haben sicherlich viele Vorteile gegenüber den Verfahren des 17. Jahrhunderts. Eine Verpflichtung gegenüber ihnen haben wir trotzdem nicht. Umgekehrt: Wissen wir, ob das, was wir für künftige Generationen „aufsparen“, von diesen überhaupt so gebraucht wird? Vielleicht geht es den künftigen Generationen um so viel besser wie uns im Vergleich zu den Menschen des 17. Jahrhunderts. Wenn wir unter großem Verzicht das Falsche oder zuviel des Richtigen an Ressourcen für die künftigen Generationen sparen, sind wir von dieser künftigen Generation „geschädigt“, ohne daß diese es uns wiedergutmachen kann. Es zeigt sich also, daß keine klar formulierte Vertragstheorie - allen Versuchen von Rawls zum Trotz - in der Lage sein kann, „Gerechtigkeitsstandards“ für intergenerationale Umverteilung zu setzen. Die Standards, die von den Klassikern der Vertragstheorie (Locke bis Jefferson) gesetzt wurden, bleiben daher noch weitgehend intakt und weiterhin gültig.

Zukunftssicherung ohne Marktwirtschaft?

Die klassischen Theoretiker legen mit ihrer Argumentation zugleich auch die naturrechtlich-philosophische Basis für ein marktwirtschaftliches System, daß ja immer auf dem Austausch rechtlich gesicherter individueller Eigentumsrechte begründet sein muß. Diese Verbindung von Naturrecht und Ökonomie wird auch meistens so von den Klassikern erkannt - selbst wenn bei ihnen die ökonomische Effizienz nicht gegen das Naturrecht ausgespielt werden darf.

Damit bleibt die Frage weiterhin legitim, welches Wirtschaftssystem denn die ressourcenpolitische „Verantwortung



für künftige Generationen" am besten realisieren könnte. Die Marktwirtschaft als offenes System des Wissens- und Wohlstandserwerbs kann ein solches Versprechen per se nicht geben. Zwar garantiert sie mit Sicherheit auch für die Zukunft die effizienteste Ressourcennutzung, doch steht sie als prozeßorientiertes Modell zu jedem Gegenmodell in Widerspruch, das einen spezifischen Verteilungszustand erstrebt.

Die Verfechter einer ökologisch motivierten „Verantwortung für künftige Generationen“ müssen daher in irgendeiner Form auf planwirtschaftliche Denkmuster zurückgreifen. Die *Anmassung des Wissens*(21) (Hayek) gehört zu den Hauptmerkmalen vieler Denker der Öko-Bewegung. Sie glauben - ganz ähnlich den Ideologen der Planwirtschaft - die konkreten Bedürfnisse der Menschen der Zukunft zu kennen, die Gleichgewichte des weltweiten Ökosystems ausbalancieren zu können, und obendrein die Harmonie zwischen beidem herzustellen in der Lage zu sein.(22) Die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, vor der eine politisch planende „Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen“ steht, lassen sich u.a. auf drei Faktoren zurückführen, nämlich der Dynamik natürlicher Prozesse, der Dynamik menschlicher Bedürfnisse und der Fähigkeit der Menschen, für knappe Güter „Substitute“ zu finden oder erfinden.

Dynamische Naturentwicklung...

Kein Mensch, der dem Begriff Natur eine klare Bedeutung geben will, kann die Natur als etwas „Statisches“ definieren, sondern muß sie als etwas Dynamisches oder Evolvierendes betrachten. Natur bedeutet offener Prozeß.(23) Daraus ergibt sich, daß es keinen „Stand der Natur“ gibt, der nun zwingend für immer und so wie er ist erhalten werden muß. Was wir erhalten wollen, ist daher meist eine allenfalls konventionelle (meist aber eher offen willkürliche) Festlegung. Auch wird gerne übersehen, daß menschliche Zivilisation und Natur sich oft durchdringen. Tatsächlich gibt es in Westeuropa kaum ein Stück Natur, das nicht Menschenwerk ist (z.B. ist der Schwarzwald ein wiederaufgeforsteter „künstlicher“ Wald).

Ein Beispiel: Wir könnten uns aus „Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen“ dagegen wehren, daß im Naturpark des Siebengebirges eine moderne Verteidigungseinrichtung (etwa

eine Kaserne in Betonbauweise) gebaut wird. Gegen die Verteidigungsanlagen, die dort vor Jahrhunderten gebaut wurden (sprich: mittelalterliche Burgen) würde aber wohl kaum jemand demonstrieren. Sie werden bereits als Teil der dortigen natürlichen Umwelt gesehen. Wer weiß, ob nicht zukünftige Generationen auch die moderne Betonkaserne als „romantisch“ und „naturgerecht“ empfinden. Es bedarf der Hypothese der „zukünftigen Generationen“ nicht. Es läßt sich viel besser begründen, warum wir jetzt, hier und heute keine Betonkaserne im Siebengebirge haben möchten. Das alleine zählt.

...und dynamische menschliche Bedürfnisse

Dies zeigt, daß auch die dynamische Natur menschlicher Bedürfnisse oft nicht angemessen berücksichtigt wird. Trotzdem soll aber für unbekannte Bedürfnisse der zukünftigen Generationen „Verantwortung“ erzwungen werden. So werden uns das Sparen womöglich dereinst nutzloser Ressourcen und neue Steuern für orakelnde Zukunftsforschungsprojekte aufgezwungen. Auch wissen wir nicht, ob unsere heutige Einschätzung der Gewichtung zwischen „wirtschaftlichem Wohlergehen“ und „derzeitigem/künftigem Umweltstandard“ für kommende Generationen noch gültig ist. Warum sollten sie nicht andere Prioritäten setzen? In den 1960er Jahren war uns die Wirtschaft wichtiger als die Umwelt, obwohl die Umwelt oft schlimmer dran war.

Dies ist kein Plädoyer gegen Umweltpolitik. Es soll nur gezeigt werden, daß der Begriff der „Verantwortung für künftige Generationen“ im Bereich „Ökologie“ oft mißbraucht wird, während im Bereich der „Verschuldung“ das Problem heruntergespielt wird. Umweltprobleme sind viel konkreter und präsenter als angenommen. Hier ist Spielraum für gute Politik. Es bedarf dafür keiner Katastrophenszenarien über künftige unbekannte Generationen. Mit der Verantwortung für unsere heutigen Probleme sind wir gut beschäftigt. Dazu bedürfte es vor allem einer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik, die, um es mit Beckermann auszudrücken, „jene heutige Politik demontiert, die den unwirtschaftlichen Gebrauch von fossilen Energien subventioniert.“(24) Auch die Privatisierung öffentlicher Güter, die heute meist sehr ineffizient staatlich/kollektiv verwaltet und bewirtschaftet werden (Flüsse, Land, Tierarten etc.)

böte sich als Methode an.(25)

Substituierbarkeit von Gütern

Mit der dynamischen Natur menschlicher Bedürfnisse wird von den Verfechtern der ökologischen Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen zugleich auch die dynamische Natur des durch technischen Fortschritt möglichen „Substituierungsprozesses“ zwar ignoriert, trotzdem uns das „nachhaltige Sparen“ womöglich später einmal nutzloser Ressourcen aufgezwungen oder Steuergelder für vage Zukunftsforschung und -technologie abgezwungen. Für den „Substituierungsprozeß“ nur ein Beispiel: Falls wir alles Erdöl verbraucht haben, hat Ford bereits ein Auto entwickelt, das auf Soja-Basis fährt. Als es erfunden wurde, war es wegen der noch bestehenden Überfülle des Angebots an Öl zu teuer. Wenn dies nicht mehr der Fall ist, werden Investitionen für ein preisgünstigeres Soja-Auto vielleicht rentabel. Es handelte sich übrigens um kein staatlich subventioniertes Forschungsprodukt, das auf der modischen Öko-Welle politisch bequem reitet (Anm.: Die allgemeine ökologische Weltuntergangshysterie wird besonders oft von jenen Forschern angeheizt, die sich davon Subventionen für ihre Lieblingsprojekte erhoffen). Das Projekt stammt nämlich aus den 1930er Jahren.

Ein Gedankenspiel zum Thema „Substituierung“: Was hätten denn nun die Menschen des 17. Jahrhunderts für uns aufgespart, wenn sie an eine solche „Verantwortung für zukünftige Generationen“ geglaubt hätten? Vielleicht Kerzenwachs. Sollten wir die Menschen der Zukunft im Dunkeln sitzen lassen, hätten sie gefragt. Woher sollten die Menschen damals vom „Substitut“ Glühbirnen wissen? Wäre der Verzicht, den sie übten, gerechtfertigt?

Nun haben neuere Verfechter der „Nachhaltigkeit“ versucht, ihre Theorien zu retten, ohne in den Fehler zu fallen, Substituierungsprozesse zu leugnen. Immer noch von recht willkürlich gesetzten normativen Prämissen(26) über die „Verantwortung für zukünftige Generationen“ ausgehend versuchen sie sicherzustellen - wie es in einem ökonomischen *Lexikon* heißt -, daß „nicht erneuerbare Ressourcen wie Mineralien oder Erdöl nur in dem Maße ausgebeutet werden, wie Ersatz beispielsweise durch erneuerbare Alternativen, geschaffen wird.“(27)



Das klingt nach einem sehr rational formulierten Prinzip, ist es aber bei näherem Hinsehen nicht. Alleine die Nutzungsbeschränkung bei den nicht erneuerbaren Ressourcen, kann theoretisch so kapitalkonsumierende Nebeneffekte hervorbringen, daß dadurch gerade die Entwicklung von Substituten behindert wird. Außerdem besteht die Gefahr, daß angesichts der Komplexität von ökonomischen und ökologischen Systemen die Substituierungsprozesse nicht wirklich durch die Politik erfaßt werden.

Für das Bestehen der Marktwirtschaft als effizienter Wirtschaftsform und - vor allem - für die naturrechtliche und vertragstheoretische Begründung intergenerationaler Gerechtigkeit spielt dies sowieso eine geringere Rolle als man gemeinhin erwartet. Selbst auf nicht-substituierbare und endliche Güter (die eigentlich es allerdings im Bereich von Ressourcen kaum gibt! Allenfalls einzigartige Kulturgüter - etwa das Original *Mona Lisa* - könnten als „unerneuerbar“ und „endlich“ definiert werden) kann eine künftige Generation keinen Anspruch geltend machen. Warum sollte uns der Genuß verwehrt bleiben? Was berechtigt die zukünftigen Generationen zu mehr Freude als sie uns zusteht? Abgesehen davon hätte diese zukünftige Generation nichts von ihrem „Besitz“, da sie ja wiederum eine „soziale“ oder „ökologische“ Verantwortung für die übernächste Generation hätte, ebenso wie diese gegenüber der überübernächsten. Die „umverteilende“ Gerechtigkeitstheorie gegenüber zukünftigen Generationen führt in den unendlichen logischen Regreß.

Ein doppeldeutiger Begriff

Was bleibt, ist die heute übliche doppeldeutige Verwendung des Begriffes „Verantwortung für künftige Generationen“. Im Kontext der Abwälzung von Schulden und Kosten auf die Nachkommen ist er als Instrument zur Kritik und Abwehr staatlicher Eingriffe in persönliche Eigentumsrechte überaus sinnvoll. Er kann dabei zur Fundierung marktwirtschaftlicher Reformen in der Sozialpolitik (z.B. die Umstellung des Rentensystems auf Kapitaldeckung) dienen. In der ungleich populäreren „ökologischen“ Verwendung hat der Begriff al-

erdings keine so klare Tendenz zur Förderung der Marktwirtschaft. Die Unklarheit der damit verbundenen Ansprüche dient eher der Aushöhlung denn der Sicherung von Eigentumsrechten. Sie kann zur Rechtfertigung unüberschaubarer Interventionen dienen. Ob diese dann wenigstens eine wirklich effiziente Umweltpolitik zur Folge haben, darf bezweifelt werden.

Der Wunsch, den Nachkommen etwas zu hinterlassen, entstammt der Sphäre der Kleingruppe, deren Mitglieder ihre konkreten Bedürfnisse kennen. Hier erfüllt er eine sinnvolle Funktion zur Stabilisierung ökonomischer Strukturen. Er gehört zu den tragenden Säulen unserer Kultur. Wahrscheinlich verdankt die „ökologische“ Agitation ihre Anziehungskraft dem Appell an diesen tief verwurzelten Kulturwert intergenerationaler Solidarität. Allerdings begehrt sie dabei eine unzulässige Übertragung einer persönlichen Solidarität in den Bereich des überpersönlichen Politischen. Damit werden die zuvor kontrollierbaren Umverteilungsentscheidungen der persönlichen Eigenverantwortung entzogen und politischer Willkür ausgeliefert.

Vielleicht haben wir es hier mit einer neuen chiliastischen Heilslehre zu tun, die (wie zuvor der Marxismus) von der heutigen Generation harte Opfer erzwingen will, um so die vage Utopie eines künftigen Paradieses auf Erden zu realisieren. Dagegen wäre höchste Vorsicht geboten.

Fußnoten:

- ¹ Dieser Beitrag ist zuerst erschienen in der Zeitschrift *Aufklärung und Kritik*, Ausgabe Nr. 1/1997.
- ² siehe hierzu: Detmar Doering, *Es gibt kein Recht, auf Kosten anderer zu leben*; in: *Aufklärung und Kritik*, 1. Jg., Bd. 2, 1994, S. 50ff
- ³ Dazu treffend: „Zusammenfassend läßt sich ... feststellen, daß *Sustainability*, gemessen an seriösen wissenschaftlichen Begründungsstandards, bislang über den Status einer intuitiven Idee nicht hinausgekommen ist.“ Karl Homann, *Sustainability: Politikvorgabe oder regulative Idee?*; in: Lüder Gerken (Herausgeber): *Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit*, Baden-Baden 1996, S. 33
- ⁴ Um diese Rechte zu wahren, schließen die Menschen, so Locke 1689, einen staats- und rechtskonstituierenden Gesellschaftsvertrag ab. In ihm vereinigen sie sich „zur gegenseitigen Erhaltung ihres Lebens, ihrer Freiheiten und Güter, was ich ganz allgemein Eigentum nenne.“ John Locke, *Über die Regierung*, übers. v. D. Tidow, Stuttgart 1974, S. 96

⁵ Edmund Burke, *Appeal from the New to the Old Whigs*; in: ders., *The Works*. Twelve Volumes in Six Reprint der Ausg. London 1887), Hildesheim 1975, IV S. 165

⁶ Cicero, *De Re Publica*, I 26

⁷ Edmund Burke, *Reflections on the Revolution in France*; in: *Works*, op.cit., III S. 359

⁸ siehe hierzu: Detmar Doering, *Edmund Burke und die aristokratische Theorie des freien Handels*; in: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung*, 3. Jg., 1991, S. 11ff und ders., *Ein unbeirrbarer Verteidiger der Marktwirtschaft. Edmund Burke - ein verkannter Vordenker der liberalen Ökonomie*; in: *Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 253, 31. Oktober 1995, S. 11

⁹ A. Koch/J. Peden (Hrsg.), *The Life and Selected Writings of Thomas Jefferson*, New York 1944, S. 492 (Übers. DD)

¹⁰ ebd., S. 489

¹¹ ebd., S. 674

¹² So etwa der amerikanische Publizist Albert Jay Nock in seiner 1926 erstmals erschienen Biographie Jeffersons, in der er ihn als Verfechter einer „anarchist polity“ bezeichnet. Siehe: Albert Jay Nock, *Mr. Jefferson*, hrsg. v. E. Opitz, Delavan 1983, S. 176

¹³ Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, daß Jefferson hier ein kollektives Generationseigentum meinen könnte, sei angemerkt, daß die Eigentumsrechte einer Generation, die etwa durch die Verschuldung vorheriger Generationen bedroht sein könnte, bei ihm nichts anderes als die Summe der individuellen Eigentumsrechte ist.

¹⁴ A. Koch/J. Peden (Hrsg.), *The Life and Selected Writings of Thomas Jefferson*, op.cit., S. 676

¹⁵ John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, übers. v. H. Vetter, Frankfurt 1979, S. 159

¹⁶ ebd., S. 332f

¹⁷ ebd., S. 320

¹⁸ siehe: Friedrich August von Hayek, *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*; in: ders., *Die Anmaßung von Wissen*. Neue Freiburger Studien, hrsg. v. W. Kerber, Tübingen 1996, S. 193ff

¹⁹ Wilfred Beckermann, *Small is Stupid. Blowing a Whistle on the Greens*, London 1995, S. 152 (Übers. DD)

²⁰ ebd., S. 96

²¹ So der Titel von Hayeks Nobelpreisvorlesung (*The Pretence of Knowledge*) 1974; Wiederveröffentlicht in: Friedrich A. von Hayek: *Die Anmaßung von Wissen*; in: *Die Anmaßung von Wissen*, op.cit., S. 3ff

²² Zur wissenschaftstheoretischen Kritik dieser akademischen Selbstüberschätzung der „Ökologen“: Gerhard Engel, *Philosophische Ökologiekritik*; in: *Aufklärung und Kritik*, 1. Jg., Bd. 2, 1994, S. 78ff

²³ Daher meint Christian Watrin, *Der Wettbewerb der Ordnungen als Entdeckungsverfahren für eine nachhaltige Entwicklung*; in: Lüder Gerken (Herausgeber): *Ordnungspolitische Grundfragen einer Politik der Nachhaltigkeit*, Baden-Baden 1996, S. 104, daß gerade die Tatsache, daß das „Raumschiff Erde“ ein „offenes System“ sei, marktwirtschaftliche Politik im Umweltbereich nahelege.

²⁴ Wilfred Beckermann, *Small is Stupid*, op.cit., S. 174

²⁵ Zu dem - zugegebenermaßen nur in begrenzten Fällen einsetzbaren - Ansatz der „property rights“ als Mittel des Umweltschutzes gibt es besonders in den USA grundlegende Studien; z.B.: Terry L. Anderson/Donald R. Leal, *Free Market Environmentalism*, San Francisco 1991, S. 164ff

²⁶ Karl Homann, *Sustainability: Politikvorgabe oder regulative Idee?*, op.cit., S. 33, meint daher zurecht, „daß diese Normativität gewissermaßen frei vagabundiert und so überall Unordnung und Verwirrung stiftet.“

²⁷ Jürgen Lackmann, *Sustainable Development*; in: Hermann May (Hrsg.), *Lexikon der ökonomischen Bildung*, München/Wien 1996, S. 479

Detmar Doering, Dr.phil., geb. 1957, studierte Philosophie und Geschichte in Köln und London. Promotion 1989 über die Philosophie Edmund Burkes. F.D.P.-Mitglied und Gründungsvorsitzender der Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen (1980-82). Heute Stellvertretender Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen (darunter „Kleines Lesebuch über den Liberalismus“, 4. Aufl. 1999) und Artikel in Fachjournalen und Tageszeitungen. Verheiratet und Vater einer Tochter. Wohnhaft in Köln (ab 2000 Berlin).



Umwelt und Ressourcen



von Alban Schmid

Heutzutage liegt die Umweltschutz-Bewegung im Trend und immer mehr Menschen machen sich Sorgen um unsere Umwelt. Diese weitverbreitete Besorgnis beruht unter anderem auf der Furcht, daß die Lage unserer Umwelt sich auf mehreren Ebenen (Erschöpfung der Ressourcen, Verschmutzung, Erwärmung der Atmosphäre, usw.) verschlimmern würde und daß es sich demzufolge empfehle, schnell zu handeln. Diese Meinung wird allgemein durch jene Medien verbreitet, die sich gerne zum Fürsprecher des Katastrophismus machen. Sie widersteht jedoch nicht der methodischen und wissenschaftlichen Analyse der einzigen Elemente, die auf einem wissenschaftlichen Rahmen basieren sollten: den Daten!

Der Mythos der Ressourcen-Erschöpfung

Eins der Hauptthemen der „Umweltschützer“ ist die angebliche „Ressourcen-Erschöpfung“, die periodisch in den Medien auftaucht. Laut dieser These würden die Rohstoffe bald erschöpft sein, es empfehle sich also, sie zu recyceln bzw. zu sparen. Diese irrtümliche Auffassung hat sich in der öffentlichen Meinung und unter den Politikern weit verbreitet. Letztere sind selbstverständlich davon begeistert, unter diesem Vorwand dem Bürger neue Steuern z.B. auf Kraftstoffe und Fossilenergien (CO₂-Abgabe) aufzubürden.

Schauen wir uns die Sache näher an: Tatsächlich ist die gegebene Menge von Rohstoffen aus einem absoluten Gesichtspunkt begrenzt. Diese Tatsache ist jedoch völlig irrelevant. Denn das wirtschaftlich Bedeutende ist die Zugreifbarkeit auf die Ressourcen, die dank der pausenlosen Verbesserung der Förderungstechniken ununterbrochen gestiegen ist. Folglich sind die Preise gesunken, was eindeutig eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Menge widerspiegelt.

Dieses Phänomen ist nicht neu: So sind

die heutzutage die zehn meistverwendeten Rohstoffe seit der Existenz der Menschheit stetig preiswerter geworden (im Kaufkraftverhältnis und auf die Dauer, trotz manchmal wesentlicher Schwankungen)! Die Erde ist ein gigantischer Behälter von Milliarden Tonnen Rohstoffen, vom dem wir sozusagen nur die Oberfläche aufgekratzt haben. Es besteht demzufolge kein Grund, sich um irgendeine hypothetische, künftige Erschöpfung der Ressourcen Sorgen zu machen. Übrigens haben sich die vielen Vorhersagen der Propheten der Apokalypse, wie diejenigen des Culub of Rome, von Paul Ehrlich oder Hermann Kahn alle als definitiv falsch erwiesen. Die Tatsachen, daß die Medien Ihren Weißsagungen noch Glauben schenken und daß die Falschheit ihrer Vorhersagen sie nicht in Mißkredit gebracht hat, sind bedauernswert, aber nicht wirklich erstaunlich...

Auch im Falle einer selten werdenden Ressource gäbe es keinen Grund, sich Sorgen zu machen: Dem Menschen gelingt es nämlich immer, aus Rohstoffen, deren Verwertbarkeit man zuvor nicht ahnte, neue Ressourcen und Energien zu schaffen. Wenn eine Ressource außerdem dazu neigt, seltener zu werden, steigt ihr Preis und somit sinkt ihr Konsum entsprechend, was den Markt veranlaßt, Ersatzressourcen und -energien zu entwickeln. Diese Entwicklung genau war bei Walöl, Holz, Steinkohle, fortgesetzt durch die Entdeckung einer Energie-Anwendung des Erdöls, und letztlich der Kernenergie, zu beobachten. Es ist der Prozess, den Malthus und die Neo-Malthusianer (d.h. die falschen, oben erwähnten Propheten der Apokalypse) nie verstanden oder verstanden haben wollten, daher auch die systematische Falschheit ihrer katastrophalen Wahrsagungen.

Das Recycling

Die Leidenschaft der „Umweltschützer“ für das Recycling und der ihr Erfolg in der Öffentlichkeit, beruht einerseits auf

dem falschen Begriff der Ressourcen-Erschöpfung, andererseits auf der vernunftwidrigen Furcht, daß es an Platz fehle, den Abfall zu deponieren. Diese Aussage ist völlig unbegründet. In der Tat ist nur ein sehr begrenzter Teil des herausragenden Landes bewohnt, der Rest besteht aus riesigen unbewohnten Weiten. Sogar in der Schweiz würden es die Oberflächen ohne weiteres ermöglichen, sämtlichen Abfall zu entsorgen. Der auf diesem Gebiet existierende Mangel ist im wesentlichen eine politische Frage, die auf dem gemeinsamen Besitz der Umwelt zurückzuführen ist (siehe unten). Das Recycling von Rohstoffen ist also in den meisten Fällen eine dumme und nutzlose Bemühung, die die einzige, in dieser Hinsicht wirklich kostbare Sache verschwendet: unsere Zeit! Wenn es in Ausnahmefällen dennoch lohnt, zu recyceln, dann hat der Markt schon dafür gesorgt, sofern es rentabel ist (z.B. Gold wird in zahlreichen industriellen Verfahren verwendet und meistens auch wiedergewonnen).

Der perverse Begriffs des „Eigenwerts“ der Natur

Die Ziele der „Umweltschützer“, Energie und Rohstoffe zu recyceln oder deren Verbrauch künstlich zu verringern, da wo der Markt nicht automatisch einen solchen Mechanismus schafft, erklären offenbar ihre Stellungnahme gegen Fortschritt, Konsum oder Steigerung des materiellen Wohlbefindens. Dieser Gesichtspunkt, mehr oder weniger akut je nach Tendenz, ist in der Öko-Bewegung jederzeit deutlich wahrzunehmen. Sie ist grundsätzlich menschwidrig, weil sie sich gegen den Einfluß des Menschen auf die Umwelt stellt.

Der Mensch hat schon immer versucht, seine Umwelt zu verändern, um seine Lebensbedingungen zu verbessern. Sich diesen Veränderungen entgegenstellen, bedeutet, sich gegen ein besseres Leben des Menschen zu wider-



setzen; es impliziert einen Haß auf die Menschheit. Wir definieren diesen letzten Begriff als „den Glauben an den Eigenwert der Natur“. Eine solche Definition setzt eine Wahrnehmung des Menschen als den systematischen Zerstörer des Guten (der Natur) - und demzufolge als verkörpertes Übel - voraus. Dieses perverse Denken stammt übrigens typischerweise aus den fortgeschrittenen, hoch entwickelten Gesellschaften, die einen hohen Komfort besitzen, aber die den anderen, weniger entwickelten Völkern und Gesellschaften die Möglichkeit verweigern wollen, ihre Lebensbedingungen und ihr materielles Wohlbefinden zu verbessern.

Die angebliche „Erwärmung der Atmosphäre“

In ihrem anhaltenden Versuch, den Einfluß des Menschen auf die Umwelt einzuschränken, finden die Grünen periodisch neue Argumente. Erinnern Sie sich (für diejenigen, die dabei waren) an die 70er Jahre? Die große Furcht der damaligen Umweltschützer war die bevorstehende Mini-Eiszeit. Ihr neues Streitwort ist jetzt die „Erwärmung der Atmosphäre“, selbstverständlich immer mit den gleichen Aufforderungen: Wenn wir unseren Lebens- und Verbrauchsstandard nicht drastisch verringern, erschöpfen sich die Ressourcen unsere Planeten und wir zerstören unsere Umwelt! Der Unterschied ist, daß inzwischen ihre verschwommenen Theorien über den Treibhauseffekt der Medien mehr Kredit und einen festeren Grund bei vielen Politikern gewonnen haben.

Laut den Behauptungen mancher Umweltschützer würde sich die Erde infolge der Wirkung der Treibhausgase (hauptsächlich CO²) erwärmen. Um eine Ausdehnung des Wassers (nach anderen Thesen ein Schmelzen der Eiskapseln), die zu einer katastrophalen Erhöhung des Meeresspiegels führen würde, zu verhindern, empfehle es sich, sofort unseren Energieverbrauch erheblich zu verringern. Dies könne man durch eine massive Versteuerung der Fossil-Energien erreichen. Viele europäische Politiker versuchen, von diesen apokalyptischen Weissagungen betört und begierig, mehr Macht über den Steuerzahler auszuüben, Gesetze einzuführen, die in diese Richtung gehen. Das Problem mit diesen Vorhersagen ist, daß sie nicht auf wissenschaftlichen Daten beruhen, wie man es aus den Forschungen des berühmten amerika-

nischen Klimatologen Fred Singer (*siehe Interview auf Seite 267 in dieser Ausgabe*) lernen kann.

Die Schlüssel-Fakten

Die Atmosphäre der Erde ist seit 1979 um 0.1°C kühler geworden, gemäß den sehr präzisen, durch Satellit aufgenommenen Messungen. Als Kontrast: Laut den Prognosen der EDV-Klima-Modelle hätte sich unsere Atmosphäre um ca. 0.4°C erwärmen sollen.

Die wissenschaftlichen Daten sprechen gegen eine Treibhausgas-Krise, gegen die These, daß realistische politische Maßnahmen irgendeine spürbare klimatische Wirkung erreichen können und gegen die Behauptung, wir sollten jetzt eingreifen, wenn wir gegen die „Drohung des Treibhauseffekts“ handeln wollen. Die Atmosphäre hat sich zwischen 1881 und 1997 um 0.5°C erwärmt. 70% dieses Anteils hat sich jedoch während der ersten Hälfte des Jahrhunderts ereignet.

Korrektive politische Maßnahmen würden nur eine sehr geringe Wirkung auf das Klima haben. Dagegen würden sie vernichtende Konsequenzen auf die Preise der Fossilenergien und demzufolge aller Verbrauchsgüter haben, was zu einer erheblichen Verringerung unseres Lebensstandards führen würde.

Klimatische Schwankungen hat es zu aller Zeit gegeben, ohne daß der Mensch irgendwie daran beteiligt gewesen wäre. Die aktuellen Tendenzen ermöglichen es in keinem Falle zu schließen, daß die Wetter-Phänomene, die sich ereignen, auf dem menschlichen CO²-Ausstoß zurückzuführen sind. Manche Wissenschaftler meinen, daß der Sonnenzyklus und Schwankungen in der Intensität des Sonnenscheins diese Variationen erklären könnten. Trotz der Ungewissheit der Klima-Spezialisten sind manche Politiker dazu bereit, unsere Energie-Zukunft vorwegzubelasten, auf der Basis einfacher Wetter-Prognosen, deren Projektionen sich auf mehrere Jahrzehnte hinstrecken, wobei in Wahrheit unsere Meteorologen nicht einmal in der Lage sind, uns vorzusagen, wie das Wetter in einer Woche aussehen wird!

Selbstverständlich handelt es sich hier im wesentlichen um Vorwände - die die Umweltschützer Ihnen servieren - um verschiedene Energiesteuern zu erhöhen oder einzuführen.

Umweltverschmutzung und -sanierung

Die gleiche Art von Desinformation wie über die angebliche „Ressourcen-Erschöpfung“ wird über die Umweltverschmutzung verbreitet. Man versucht uns glaubhaft zu machen, die Lage würde sich mehr und mehr verschlimmern. Diese Behauptung verlangt eine detaillierte Analyse. In der Tat haben die unterentwickelten Länder und die kommunistischen (sogenannten „Ex-Kommunistischen“) Länder Umweltverschmutzungs-Probleme. Aber diese rühren ja gerade aus der Armut und der Abwesenheit von deutlich bestimmten Eigentumsrechten. Die Einwohner der Entwicklungsländer müssen sich zuerst um ihr Überleben kümmern und erst danach können sie für die Qualität ihrer Umwelt sorgen. Gerade deswegen haben auch die industrialisiertesten und reichsten Länder die gesündesten Wirtschaftssysteme und die sauberste Umwelt. Mit anderen Worten, Technologie und Industrialisierung ermöglichen es, sobald eine bestimmte Entwicklungsgrenze erreicht ist, die Qualität der Umwelt zu steigern.

Viele Daten bezüglich des genauen Zustands unserer Umwelt sind nicht bekannt, aber unsere Luft ist durchschnittlich definitiv sauberer als vor 20 oder 25 Jahren! Die Raten für die gefährlichsten Emissionen (vor allem NO² und SO²) sinken unentwegt seit 1975! Das gleiche gilt für das Wasser.

Umwelt-Management und Privateigentum

Die übliche Auffassung vieler Grüner wie Nicht-Grüner über den Ursprung der Umweltverschmutzung sieht wie folgt aus: Es sind endogene Probleme der Marktwirtschaft und der „habgierigen Kapitalisten“. Laut dieser Theorie würden die Menschen, wenn man sie frei läßt, ihrem eigenem Interesse zu folgen - d.h. das herzustellen und zu verbrauchen, was sie wollen und wie sie wollen - rücksichtslos die Luft und das Wasser verseuchen. Die Verschmutzung und die Beeinträchtigung der Umwelt werden als Beispiele des berüchtigten „Marktversagens“ zitiert.

Diese Auffassung, die man leider sogar in wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbüchern findet, mißverstet sowohl das Wesen einer freien Gesellschaft als auch den Kapitalismus. Die Umweltprobleme ereignen sich, weil die Privatrechte



(eine Voraussetzung der Marktwirtschaft) weder deutlich definiert noch berücksichtigt werden. Beispielsweise die Luft- und Wasserverschmutzung oder das Überfischen der Meere sind auf eine Abwesenheit bzw. einen Mangel an Schutz der Privateigentumsrechte zurückzuführen. Die Eigentumsrechte zu identifizieren und zu versichern, daß sie geltend gemacht werden, dies wäre die Funktion des Staates in unserer Gesellschaft. Demzufolge sind Umweltprobleme Beispiele des Staats-, nicht des Marktversagens. Denn Umweltprobleme erfolgen dann, wenn verschiedene Parteien versuchen, die gleiche Ressource zu entgegengesetzten Zwecken zu gebrauchen. Das kann sich nur ergeben, wenn die Privatrechte nicht deutlich definiert sind und/oder nicht durchgesetzt werden.

Ein typisches Beispiel wäre ein Fluß, in den eine Fabrik Abwasser ausschüttet - als Nebenprodukt der Produktion. In diesem Fall ist die wirtschaftliche Funktion der Fabrik dem Interesse der Einwohner, die abwärts des Flusses ein Haus besitzen und den Strom für das Fischen und Baden verwenden möchten, entgegengestellt. Es gibt unzählige andere Beispiele, die aus dem Kollektiv-Eigentum der Natur herrühren. Das Überfischen des Ozeans kann auf die gleichen Gründe zurückgeführt werden: Der Unternehmer einer kanadischen Fischerei handelt rationell, wenn er soviel wie möglich im Atlantik fischt, denn er weiß, wenn er es nicht täte, würde sein spanischer Konkurrent es tun. Die Einführung von Kontingenten, d.h. der Versuch, das Problem durch Reglementierung zu erledigen, löst das Dilemma nicht, denn die Versuchung zu mogeln ist stark. Wenn es dagegen Eigentumsrechte in diesem Bereich gäbe, würden die automatischen Anreize der Marktwirtschaft dafür sorgen, daß der Besitzer ein vernünftiges Verhalten zeigt, welches der Optimierung seiner Ressourcenverwaltung dient. Und das entspricht zum Beispiel genau dem, was die Inhaber von Meer-Farmen tun, deren Produktion seit 10 bis 15 Jahren boomt.

Die gleiche Diagnostik kann über die

Abholzung (z.B. Wälder, die „Eigentum“ des Staates sind, letzterer verleiht den Holzunternehmen zeitlich begrenzte Konzessionen, was bei Ihnen den Anreiz hemmt, den Wald langfristig zu verwalten, d.h. jeweils mäßig zu fällen und dann erneut wachsen zu lassen), über das Aussterben von bestimmten Tierarten (z.B. afrikanische Elefanten), den Überverbrauch von Wasser in Kalifornien (85% des Wassers wird von der Landwirtschaft zu stark subventionierten Preisen verwendet), usw. gemacht werden. Die Lösung zu diesen Problemen („Die Tragödie der Gemeinweiden“ - „The Tragedy of commons“, laut der berühmten Formulierung des Wirtschaftswissenschaftlers Garrett Hardin) liegt in der Erweiterung der Eigentumsrechte, also in der Privatisierung der Umwelt.

Das geläufige Postulat der Umweltschützer ist, daß die Natur (Wasser, Luft, Land) ein „Kollektiv-Eigentum“ sei und daß die Beeinträchtigungen gegen dieses „Eigentums“ gegen die Gesellschaft verübt werde. Demzufolge wäre die Lösung zu diesen Problemen eine politische, und nicht eine private Angelegenheit. Es gibt jedoch keinen sachlichen Grund, weshalb die aktuellen Eigentumsrechte nicht erweitert werden könnten. Die legalen Mechanismen, die die Privat-Erdölfelder schützen, könnten ohne Weiteres auf die Gewässer übertragen werden. In England besitzen manche Privatorganisationen wie Fischervereine lange Flußstreifen; dementsprechend haben sie zahlreiche Prozesse angestrengt, um ihre Eigentumsrechte erfolgreich gegen die Schadstoff-Beeinträchtigungen mancher Fabriken durchzusetzen.

Vor dem Beginn der „Progressiven Ära“ war die Umweltverschmutzung in den Vereinigten Staaten nicht durch Gesetzgebung, sondern aufgrund der Eigentumsrechte (common law) kontrolliert. Ironischerweise wurden diese Prinzipien aufgegeben, weil sie vom Standpunkt der amerikanischen Unternehmen zugunsten der Privatpersonen zu gut funktionierten! Am Ende des letzten Jahrhunderts gelang es ihnen, die Richter davon zu überzeugen, daß sie

für die Öffentlichkeit arbeiteten, deren Ziele den Interessen der Privatpersonen überlegen seien...

Vorgeschlagene Lösung

- Heben wir jegliche Reglementierung bezüglich Umwelt auf und lassen wir die Marktkräfte und die Durchführung der Privateigentumsrechte den Verbrauch der Ressourcen bestimmen.
- Lassen wir diese Eigentumsrechte durch Gerichten sichern.
- Schaffen wir alle Kraftstoff-Auflagen und Fossilenergie-Steuern ab.
- Schaffen wir jegliche Subventionen für sogenannte „Alternativ-Energien“ ab.
- Privatisieren wir Kern- und Wasserkraftwerke.
- Liberalisieren wir den Strommarkt.

Referenzen:

- REISMAN, George. Capitalism: a treatise on economics (chap. 3 Natural resources and the environment)
SIMON, Julian. The state of humanity
SIMON, Julian. The ultimate resource II
BAILEY, Ronald. The true state of the planet
RAY, Dixie Lou. Environmental overkill
BADEN, John A. (Ed) Environmental Gore: A Constructive Response to Earth in the Balance
SINGER, Fred S. Hot talk, cold science: Global Warming's Unfinished Debate
Diverse Rezensionen
MOORE, Thomas G. Climate of fear: why we shouldn't worry about global warming
CORDATO, Roy. Market-Based Environmentalism and the Free Market. They're Not the Same
TAYLOR, Jerry. Environmentalism and Liberty

Fußnote:

1. Dr. S. Fred Singer ist Vorsitzender des „Space & Environmental Policy Project“, und ein „Distinguished Research Fellow“, Institute for Space Science and Technology. Er war der erste Vorsitzende des U.S. Weather Satellite Service und der ehemalige Direktor des „Center for Atmospheric and Space Physics“.

Alban Schmid ist einer der Gründer von Pro Libertate und Webmaster deren Website <http://www.prolibertate.org/>. Er ist 1968 geboren und hat Archäologie und Bibliothekswesen studiert. Das Internet ist seine große berufliche Leidenschaft. Seit drei Jahren arbeitet er im Web-Bereich als Projektleiter (z.Zt. bei Netface <http://www.netface.ch/>). Er ist verheiratet und erwartet ein Kind. Hobbys: Krafttraining, schießen (Sturmgewehr, Pistolen), Computer.



Die Klima-Katastrophe findet nicht statt!

Interview mit S. Fred Singer



ef: Könnten Sie uns bitte die Theorie der globalen Erwärmung erklären?

Singer: Die Theorie ist ziemlich einfach und recht alt, über 100 Jahre alt. Sie basiert auf der Physik der Strahlungsabsorption und heißt die „Treibhaustheorie“. Sie besagt, daß gewisse Moleküle wie Kohlendioxid und andere - besonders Wasserdämpfe - infrarote Strahlung absorbieren und deshalb den Wärmeabfluß von der Erdoberfläche verlangsamen oder behindern. Und dieses führt oder sollte zu einer Erwärmung führen.

ef: Stimmen Sie der Theorie zu, daß es einen natürlichen Treibhauseffekt gibt, ohne den es kein Leben auf der Erde geben würde, ohne den das Klima 10 oder 20 Grad oder mehr kälter wäre?

Singer: Natürlich, jeder würde dem zustimmen. Es gibt natürlich auch natürliche Episoden globaler Erwärmung und globaler Abkühlung. Das Klima verändert sich in jeder denkbaren Weise auf allen Zeitskalen und viele dieser Veränderungen sind immer noch unerklärt.

ef: Sie haben Ihr erstes Buch über Klimaveränderung bereits 1970 geschrieben. Könnten Sie Ihre Position kurz erklären und auch, ob Sie Ihre Position seither revidiert haben?

Singer: 1970 hatte ich nicht wirklich eine Position. Das Buch basierte auf einer Konferenz, die ich organisiert hatte, und das Buch gibt einfach die Position verschiedener Leute wieder. Damals in den 1970ern hatten wir eine ungefähr dreißigjährige Periode allgemeiner Abkühlung und ich erinnere mich, daß 1970 die überwiegende wissenschaftliche Meinung war, daß die Abkühlung andauern wird und wir vielleicht auf eine neue Eiszeit zusteuern. Aber es gab auch Leute, die glaubten, daß das Klima sich wegen der Zunahme von Kohlendioxid erwärmen könnte. Diese waren damals in der Minderheit.

ef: Was ist Ihre Position über die Klimaveränderung im Augenblick? Glauben Sie, daß sich das Klima in den nächsten hundert Jahren um mehrere Grad erwärmen wird?

Singer: Ja, ich glaube, daß das Klima sich aufgrund der menschlichen Aktivität erwärmen wird, aber nicht um mehrere Grad, vielleicht um den Bruchteil eines Grades, d.h. vielleicht um einen Faktor zehn weniger als viele Leute annehmen. Mit anderen Worten: Ich glaube, daß die Theorie der globalen Erwärmung, die Treibhaustheorie, viel komplizierter ist, als man ursprünglich glaubte - und das liegt an den mannigfaltigen Rückkopplungseffekten, die man in Betracht ziehen muß. Aber im Ganzen muß das Anwachsen von Treibhausgasen, hauptsächlich Kohlendioxid, Methan, Stickoxide usw. zu etwas Erwärmung führen. Ob sie wünschenswert oder auch nur wahrnehmbar sein wird, das ist schwer zu sagen.

ef: Also, Sie denken, daß es eine mäßige Klimaerwärmung aufgrund menschlicher Aktivität geben wird. Glauben Sie, daß die Folgen für die Menschheit so negativ sein werden, daß politischer Handlungsbedarf besteht?

Singer: Ich glaube, daß sich mittlerweile unter den Spezialisten auf diesem Gebiet, das heißt unter Ökonomen, die Ansicht durchsetzt, daß der Gesamteinfluß der Klimaveränderung aufgrund menschlicher Aktivität nicht negativ sondern positiv ist - und dies ist eine vollständige Umkehrung der Position, die - sagen wir - vor zwei Jahren bestand. Ich glaube, dies ist richtig, ich glaube, daß Erwärmung in der Tat gut für einen ist, und daß Politiker, wenn sie in ihrem Denken konsistent wären, alles tun würden, um das Klima zu erwärmen, denn dies erhöht tatsächlich das Bruttosozialprodukt. Nun, es gibt noch andere Wirkungen der Klimaveränderung, die man untersuchen muß, zum Beispiel, was die Wirkung auf schwere Stürme, Hurrikans, usw. ist.

Diese Dinge sind nicht bekannt - im Augenblick. Die meisten Leute, die auf diesem Gebiet arbeiten, glauben, daß die Wirkungen nicht vorhanden oder nicht stark sind.

ef: Warum hört man - besonders in Europa - nur eine Seite des Klimathemas, so daß man den Eindruck hat, daß es eigentlich keine Debatte gibt, weil die Sache bereits klar sei?

Singer: Das ist eine gute Frage - und ich weiß keine Antwort darauf. Aber es ist etwas, das wir herausfinden sollten. Zunächst sollten wir eine Antwort auf die Frage finden, und dann sollten wir etwas dagegen tun. Ich versuche im Kleinen etwas dagegen zu tun, indem ich Debatten anrege. Ich denke, daß wissenschaftliche Debatten nützlich sein können, sie können zunächst anderen Wissenschaftlern zeigen, daß es Wissenschaftler gibt, die bereit sind zu argumentieren, und sie ermutigen, die Stimme zu erheben und offener über ihre Ansichten zu sein. Es ist auch wichtig für die Öffentlichkeit, denn es macht sie darauf aufmerksam, daß es keinen wissenschaftlichen Konsens gibt. Die wichtigste Erklärung, die meiner Meinung nach abgegeben wurde, ist die sogenannte „Leipziger Erklärung“, die das Ergebnis der Konferenz in Leipzig 1995 war und von über hundert Klimaforschern unterschrieben wurde.

ef: Sie sind in Deutschland, um an dem Klimagipfel teilzunehmen. Was halten sie von solchen Ereignissen und der Rolle der UN in Umweltangelegenheiten?

Singer: Tatsächlich haben Sie nur halb recht. Ich bin hier in Bonn, und der Klimagipfel findet in Bonn statt, aber einen Tag, nachdem ich abfare. Ich habe nicht vor, deswegen hier zu bleiben, denn ich halte es für eine vollständige Zeitverschwendung, zumindest für mich. Es ist eine nette Karriere für Leute aus 180 Ländern, die sich nun für den Rest ihres Lebens nicht nur



einmal im Jahr in diesen größeren Treffen, sondern auch einige Male während des Jahres an sehr schönen Orten auf der Welt treffen, um Lösungen für ein Problem zu diskutieren, das nicht existiert.

ef: Eine andere Frage in diesem Zusammenhang: Was glauben Sie, ist der Anteil an Naturwissenschaftlern in diesen Treffen?

Singer: Der Anteil an Naturwissenschaftlern ist schwer zu messen, weil wir keine negativen Werte haben. Es handelt sich nicht einfach um eine Abwesenheit der Wissenschaft sondern, um ein bewußtes Nicht-Beachten der Wissenschaft. Die Leute, die sich hier in Bonn treffen, sind sicherlich keine Wissenschaftler und sicherlich keine Leute, die sich um Wissenschaft kümmern. Sie betrachten die Wissenschaft als abgeschossen, vom gesetzlichen Standpunkt aus schreiben sie die Wissenschaft fest. Und in der Tat sagen sie nun, daß die Wissenschaft irrelevant sei. Mit anderen Worten: Wenn wir jetzt kommen würden und ihnen wohlfundierte wissenschaftliche Ergebnisse geben würden, um zu zeigen, daß globale Erwärmung nicht existiert, daß der Meeresspiegel fallen und nicht steigen wird, daß das Klima milder, besser, weniger stürmisch, sicherer wird, würden sie sich nicht darum kümmern. Was sie angeht, ist das Thema abgeschlossen. Ihre Aufgabe ist es nun, das Kyoto-Protokoll auszuführen - also die kleinen, legalen Details und Regulierungen auszuarbeiten. Es gibt Leute, die von einer Vielzahl von Zielen getrieben sind - hier meist bürokratisch, aber der Anstoß kommt von den Grünen, die Ansichten haben, die die gesamte Bandbreite von anti-technologisch über anti-menschlich, bis zu anti-religiös abdecken, fast frevelhafte Ansichten über die Rolle des Menschen in der Natur, warum Menschen aus der Natur ausgelöscht werden sollten, daß Menschen kein Teil der Natur seien. Das ist die Art von Denken, die in ihr Kalkül eingehen.

ef: Eine ideologische Grundlage der Abkommen von Rio de Janeiro und Kyoto ist die Morelia-Erklärung, die 1991 in Mexiko verfaßt wurde. Sie besagt, daß politischer Handlungsbedarf gegen eine Klimaveränderung besteht. Aber aus dem, was diese Leute schreiben, gewinnt man den Eindruck einer sehr unaufgeklärten Sichtweise, die im wesentlichen darauf hinausläuft: Wir brauchen gleiche Rechte für Menschen und Tiere ...

Singer: ... und Pflanzen ...

ef: ... und, daß die westliche Zivilisation böse ist, weil sie sich der Vernunft bedient.

Singer: Diese Erklärung wurde von einer großen Zahl von Leuten unterschrieben, von denen einige - nicht allzu viele - ernsthafte Physiker sind. Die meisten sind Anthropologen, Soziologen und keine Naturwissenschaftler. Die Tatsache, daß einige Naturwissenschaftler, darunter ein Nobelpreisträger, dies unterschreiben, ist nichtsdestoweniger schwerwiegend. Es zeigt eine Denkweise, die - wenn sie weit verbreitet wäre - unsere Zivilisation in die Steinzeit zurückführen würde.

ef: Man hört oft - beispielsweise von Clinton und anderen Politikern -, 2000 Wissenschaftler hätten sich am Schreiben des Reports der IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change, eine UN-Organisation] beteiligt. Es habe Konsens unter diesen Wissenschaftlern geherrscht. Wie hoch war der Anteil der Naturwissenschaftler unter diesen 2000 Leuten und wie hoch war der Anteil der Leute, die nicht Teil des „Konsenses“ waren?

Singer: Die 2000 oder so „Wissenschaftler“, die Anteil am Schreiben dieses Reports hatten, können kaum als solche bezeichnet werden. Von diesen 2000 Leuten waren wahrscheinlich einige Hundert Naturwissenschaftler. Der Rest besteht aus Sozialwissenschaftlern, Verwaltungsbeamten, Public Relations Ex-

perten. Sogar unter den Klimawissenschaftlern waren die meisten nur mit einem schmalen Teilgebiet vertraut und nicht dazu in der Lage, den Rest des Gebietes zu beurteilen. Was den Konsens angeht - es gibt keinen Konsens, weil sie niemals befragt wurden. Es gibt nichts Geschriebenes, das einen Konsens ausdrückt. Wenn Sie sich den IPCC Report anschauen, und das Vorwort lesen, heißt es dort, daß es abweichende Meinungen gab, die leider nicht berücksichtigt konnten. Aber sie sagen Ihnen nicht, ob die Minderheit 1 Prozent oder 49 Prozent war.

ef: Wenn man über in der Presse über Ihre Ansichten liest, vernimmt man immer eine Bemerkung der Art: „Es gibt da ein paar Typen, die von der Ölindustrie finanziert werden und andere Ansichten haben.“ Wie reagieren sie persönlich auf solche „Argumente“?

Singer: Nun, früher habe ich mich sehr darüber geärgert. Aber da wir kein Geld von der Ölindustrie - oder irgendeiner anderen Industrie - annehmen, sondern nur von Privatleuten, besteht alles, was ich tun kann darin, wann immer ich kann, auf diese Tatsache hinzuweisen, und so bin ich mittlerweile recht philosophisch darüber geworden. Meine Frau ärgert sich immer noch darüber, ich nicht.

ef: In welche politische Richtung würden Sie sich selber einordnen?

Singer: Ich versuche, kein Mitläufer in dem Sinne zu sein, daß ich eine politische Partei in den Vereinigten Staaten automatisch unterstütze. Ich neige dazu, eine kleine Regierung - weniger Regierung - und mehr Vertrauen in die persönliche Freiheit zu begrüßen. Also bin ich ein gemäßigter „Libertarian“, würde ich sagen.

Das Interview wurde von Claus Diem für ef am 23.10.1999 im Hotel Maritim in Bonn in englischer Sprache geführt, ins Deutsche übersetzt und gekürzt.

S. Fred Singer, geb. 1924, Prof. Dr., geb. Österreicher, Promotion in Kernphysik in Princeton, Experte in Geophysik, Atmosphärenphysik und Weltraumphysik, ist emeritierter Professor für Umweltwissenschaften an der Universität von Virginia, Professor an der George Mason University und Direktor sowie Präsident des „Science and Environmental Policy Project“ (SEPP), einer stiftungsbasierten unabhängigen Forschungsgruppe. Zuvor war er an verschiedenen Universitäten in den Vereinigten Staaten und in der Bundesregierung der USA tätig. Unter anderem war er Direktor des „National Weather Satellite Center“ im US-Handelsministerium.



Politisch korrekte IHK-Verweigerung



Interview mit Andreas Thüngen

ef: Herr Thüngen, wie sind Sie zum IHK-Verweigerer geworden, gab es einen konkreten Anlaß, der Sie aktiv werden ließ?

Thüngen: Ja. Im Oktober 1993, knapp 2 Jahre nach meiner Gewerbeanmeldung, erhielt ich einen Brief der IHK. Man begrüßte mich als Mitglied und hatte Verständnis dafür, wenn ich nicht wüßte, daß ich seit meiner Gewerbeanmeldung Mitglied der IHK bin. Der Gesetzgeber hätte aber ein neues Kammergesetz beschlossen, wonach nun alle Gewerbetreibenden zu Kammerfinanzierung beizutragen hätten. Dies sei gerechter und mein Beitragsbescheid käme im April 1994. Darüberhinaus hätte ich viele Vorteile von der Mitgliedschaft in einer alten demokratischen Einrichtung, deren oberstes Beschlußorgan die Vollversammlung, das sog. Parlament der Kaufleute, sei. Ich würde ab Januar 1994 die Mitgliedszeitung erhalten. Auch teilte man mir mit, ich könnte unbeschwert bei einem Lokalbesuch ausspannen, da meine Kammer schon vorher da war und den Gastwirt über das Lebensmittelrecht unterrichtet hat - zum Wohl der Gäste. Ich glaubte zu diesem Zeitpunkt noch an ein Versehen der Kammer. Immerhin hatte ich in den 2 Jahren meiner Selbstständigkeit eine Industrie- und Handelskammer nicht vermißt. Im Januar 1994 erhielt ich dann tatsächlich eine Kammerzeitschrift. In dieser Ausgabe wurde auch die neu gewählte Vollversammlung, das Parlament der Kaufleute, vorgestellt. Neu gewählt? Die Wahl konnte ja noch nicht allzu lange her sein. Hinweise müßten sich also in den letzten Ausgaben der Zeitschrift finden lassen. Also habe ich die Kammer angerufen und um Zusendung der letzten Ausgaben gebeten. Nein, das ginge nicht, war die kompetente Antwort. Man hätte keine alten Ausgaben, die würden ja alle automatisch an die Mitglieder geschickt. Also habe ich mich an den Verlag gewandt und von dort tatsächlich die Ausgaben Oktober und Dezember 1993 erhalten. In der Okto-

berausgabe wurde dann tatsächlich zur Vollversammlungswahl aufgerufen. Genau in dem Monat, in dem die Kammer mich zu einer Mitgliedschaft in einer alten demokratischen Einrichtung beglückwünschte, sind die Wahlunterlagen verschickt worden. Demokratisch wäre es in meinen Augen gewesen, diesem ersten Anschreiben auch die Wahlunterlagen beizulegen. Die weiteren Recherchen haben dann schnell ergeben, daß die Industrie- u. Handelskammer Mittlerer Niederrhein bei ihrer Vollversammlungswahl für die Amtsperiode 1994 - 1997 31.320 Mitglieder von der Wahl ausgeschlossen hat. Das entspricht 42% aller Kammerzugehörigen in diesem Kammerbezirk. Da diese Einzelheiten erst nach Ablauf der Einspruchsfrist von 2 Wochen bekannt wurden, konnte die Wahl der Vollversammlung nicht mehr angefochten werden. Die Kammer stellte sich auf den Standpunkt, es sei ausreichend gewesen, die Kammerzeitschrift in den Geschäftsstellen auszulegen. Man hätte sie sich als engagierter Unternehmer ja dort abholen können. Für mich war diese Aktion der Kammer einfach unfassbar. Zu keinem Zeitpunkt hätte ich geglaubt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland solch undemokratisches Vorgehen geben könne.

ef: Bitte erklären Sie einmal kurz, was die erzwungene Mitgliedschaft in den IHKs bedeutet?

Thüngen: Zunächst einmal einen finanziellen Nachteil, der sich nach der Höhe des Gewerbeertrages bzw. Gewinns aus Gewerbebetrieb errechnet. Durch die Reform des IHK-Gesetzes zum 01.01.1994 bedeutete dies für viele Unternehmen Beitragssteigerungen. In der Spitze wurde Erhöhungen von bis zu 4.000 Prozent ermittelt. Des weiteren nimmt die Kammer für sich in Anspruch, die Meinung der Gewerbetreibenden gegenüber dem Staat zu vertreten. Bei der heutigen Meinungsvielfalt ist dies aber in ausgleichender Weise nicht möglich. Wo ist bspw. das gemein-

same Interesse des Tante-Emma-Ladens an der Ecke und eines Global Players wie DaimlerChrysler? In fast allen Fällen bedeutet dies also eine einseitige Stellungnahme. Beispiel: Die Kammer Mittlerer Niederrhein befürwortet den Kohleabbau im Gebiet von Garzweiler. Damit ergreift sie Partei für ihre Mitgliedsfirma Rheinbraun. Auf der Strecke bleiben all die Unternehmen, die ihren Standort verlagern müssen, weil sie zufällig im Abbaugbiet ansiedelt sind. Ein weiteres Kuriosum ist die Wettbewerbstätigkeit der Kammer zu ihren eigenen Zwangsmitgliedern.

ef: Wieviele IHK-Verweigerer sind heute etwa in Deutschland organisiert?

Thüngen: Laut einer Umfrage des BVD wollen 95 Prozent aller Gewerbetreibenden aus der IHK austreten. Dies wären dann ca. 3.325.000 Unternehmer. Da die Kammer jede Zahlenangabe der IHK-Kritiker mit einem Hinweis auf die Zahl der Zwangsmitglieder antwortet, werden wir erst dann wieder Zahlenmaterial veröffentlichen, wenn wir die 100.000 Marke überschritten haben.

ef: Wann etwa begannen sich die IHK-Verweigerer zu organisieren und warum zu diesem Zeitpunkt?

Thüngen: Erster Unmut erhob sich 1994. Grund war die Reform des IHK-Gesetzes von 1954, das für viele Zwangsmitglieder horrende Beitragssteigerungen zur Folge hatte. Erste organisierte Bewegungen haben sich 1996 gebildet. Viele IHK-Mitglieder hatten zuerst alleine versucht, durch einen umfangreichen Schriftverkehr - oder in langwierigen Verfahren bei den Verwaltungsgerichten - etwas zu erreichen. Erst durch die Reaktionen der IHK, den Erfahrungsaustausch mit anderen Mitgliedern und Informationen durch andere Interessengemeinschaften von IHK-Kritikern hat sich die Überzeugung gefestigt, daß nur eine starke Interessengemeinschaft erfolgreich sein kann. Allerdings haben auch vie-



le Selbständige nicht zuletzt aus Zeitgründen resigniert.

ef: Gibt es für Sie einen Unterschied zwischen der IHK-Zwangsmitgliedschaft für Unternehmer und der Rentenversicherungs-Zwangsmitgliedschaft für Arbeitnehmer oder der AStA-Zwangsmitgliedschaft für Studenten?

Thüngen: Rentenversicherungspflicht oder AStA-Mitgliedschaft sind mit Erlaubnis nicht mit der Kammerzwangsmitgliedschaft zu vergleichen. Man mag über den AStA denken wie man will, ich habe noch nicht gehört, daß er Studenten von der Wahl ausschließt. Ähnlich bei der Rentenversicherungspflicht. Hier erhalte ich - ob angemessen oder nicht - im Gegensatz zur Kammer eine Leistung für meine Beiträge.

ef: Sie richten sich also gar nicht gegen den Zwang als solchen? Welche Gegenleistung außer den von Ihnen auch bei der Kammer erwähnten Dingen wie Beratungsangebot und Zeitschrift erhalten Studenten denn durch ihre aufgezwungene AStA-Mitgliedschaft? Und sind nicht Zeitschrift und Beratung genau solche in keinem Verhältnis stehenden „Leistungen“ wie das Rentenalmosen, welches nach Gutdünken dereinst von den Politikern zugeteilt wird, nachdem wir vorher Jahrzehntlang in eine vermeintliche Versicherung gepreßt wurden?

Thüngen: Ich richte mich schon gegen den Kammer-Zwang als solchen - nur sind Ihre Vergleiche viel zu pauschal. Zwang ist eben nicht gleich Zwang - hier gibt es feine Unterschiede. Bleiben wir bspw. bei Ihrem Beispiel AStA. Für den Semesterbeitrag von DM 193,20 fährt man an der FHN Niederrhein umsonst mit dem öffentlichen Nahverkehr. Natürlich wird sich eine Minderheit von Studenten finden, die diese Leistung nicht benötigen und deshalb den Semesterbeitrag um den Anteil des Tickets reduziert sehen wollen. Deswegen aber gleich den ganzen AStA verteufeln? Diese Studenten werden auch nicht darin gehindert - im Gegensatz dazu die Industrie - u. Handelskammern - sich im AStA zu engagieren, eine Lobby zu bilden und so einen AStA zu schaffen der Ihnen gefällt und damit wieder einigen wenigen nicht. Wenn

man seinerzeit dem AStA wegen Wahlbeteiligungen von unter 10% die demokratische Legitimation abgesprochen hat, so muß dies heute auch für die Industrie- und Handelskammern gelten. Deren Wahlbeteiligung liegt - selbst nach der von den IHK-Verweigerern erstrittenen Briefwahl - unter 10%. Der Unterschied darf nicht nur daran liegen, daß die eine Organisation politisch gewollt ist, die andere aber nicht. Weitere Leistungen beim AStA sind ja wohl kostenlos - nicht bei den Industrie- und Handelskammern. Für jeden Stempel, für jede Stellungnahme müssen Sie bei der IHK zahlen. Wenn Sie Anbieter von Weiterbildungsveranstaltungen sind, müssen Sie Ihre Kursinhalte an die Kammer melden, die dann nichts Besseres zu tun hat, als Ihr Konzept zu kopieren und unter Preis ebenfalls anzubieten. Die Zwangsmitglieder tragen ja das wirtschaftliche Risiko. Das Problem bei den Kammern ist, daß diese Aussagen im Namen ihrer Zwangsmitglieder machen, die nicht durch eine demokratische Willensbildung gebildet werden und das System der Kammern eine solche demokratische Willensbildung massiv unterdrückt.

ef: Sind Sie grundsätzlich gegen das Zunftwesen, also auch gegen Handwerksordnung und Meisterzwang?

Thüngen: Nicht solange Handwerksordnung und Meisterzwang ausschließlich der Qualitätssicherung von Leistungen dient. Sollten die Zugangsvoraussetzung aber unüberwindbar werden, so bin ich persönlich auch gegen diese Ordnungen. Bedenklich ist aber die Organisation an sich. So hat erst kürzlich das Freiburger Verwaltungsgericht die Wahlordnung der Freiburger Handwerkskammer für verfassungswidrig erklärt.

ef: Interpretiere ich sie richtig, daß Sie letztlich aus Geschmacksgründen den Meisterzwang ganz in Ordnung finden, daß Ihnen aber persönlich die Mitgliederzeitung der IHK nicht so gut gefällt, als daß Sie hier den Zwang für angemessen halten? Sind Sie dann nicht nur aus purem Egoismus IHK-Verweigerer?

Thüngen: Nein, diese Interpretation ist falsch. Wo habe ich von Geschmack gesprochen? Ich sagte, daß ich den Meisterzwang in Ordnung finde, wenn

er der Qualitätssicherung von handwerklichen Leistungen dient. Wenn durch den Meistertitel bzw. die damit verbundene Ausbildung ein Standard gewährleistet werden kann, so hat dies nichts mit Geschmack zu tun. Das hat auch nichts damit zu tun, daß im Rahmen der europäischen Harmonisierung sicherlich der eine oder andere Punkt in der Handwerksordnung überarbeitet werden muß. Solange das Zunftwesen niemanden ausschließt oder in seiner Entwicklung und Berufswahl hindert, habe ich damit kein Problem. Wo wollen Sie bei ihrer Definition von Zwang überhaupt eine Grenze ziehen? Müßten sie sich bei Ihrer meines Erachtens weiten Definition nicht auch gegen den Schulzwang stellen?

ef: Aber selbstverständlich! Zum Abschluß, da Sie offensichtlich überzeugter Demokrat sind: Welche namhaften Politiker wissen Sie bei Ihrem Anliegen auf Ihrer Seite?

Thüngen: An erster Stelle ist sicherlich Margarete Wolf von Bündnis 90/Die Grünen zu erwähnen, die einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft eingereicht hat. Auch die FDP-Landesverbände in NRW und Baden-Württemberg fordern inzwischen die Abschaffung. Die Frage muß aber meines Erachtens nicht lauten, wer gegen die Zwangsmitgliedschaft ist, sondern warum so viele namhafte Politiker für deren Erhalt eintreten. Beispiel: Paul Friedhoff (FDP), der im Präsidium des Bundesverbandes Mittelständischer Wirtschaft und Kammerpräsident der IHK Duisburg ist. Günther Rexrodt ist anerkannter Kammerzögling. Gerda Hasselfeldt (CSU) wird eine nicht geringe Einflußnahme bei der Besetzung des gut dotierten Münchener IHK-Geschäftsführerpostens mit einem langjährigen Bonner Mitarbeiter nachgesagt. Paul Egenter wurde auf Intervention von Manfred Stolpe Hauptgeschäftsführer der Kammer Postdam. Vor der Bundestagswahl wurden die Wahlkandidaten von der IHK-Kritikern nach ihrer Einstellung zur Zwangsmitgliedschaft gefragt. Von B90/Grüne war 1 für Zwang und 120 dagegen, von CDU/CSU 18 für, 7 dagegen, von der FDP 19 für und 131 dagegen, von der PDS 2 für Zwang und 23 dagegen und von der SPD 29 für Zwang und 82 dagegen.

Andreas Thüngen, 39 Jahre, seit 1992 als EDV-Dienstleister - vorwiegend im Bereich der Individualprogrammierung - tätig. Für dieses Interview stand er André F. Lichtschlag per e-mail Rede und Antwort. Er koordiniert die IHK-Verweigerer am Niederrhein und ist bei der Hilfe nach Ansprechpartnern andernorts gerne behilflich. Adresse: IHK-Verweigerer e.V. Mittlerer Niederrhein, c/o Andreas Thüngen, Breite Straße. 61, 41236 Mönchengladbach, Tel.: (02166) 920 813, Fax.: (02166) 920 814.



Ein Versuch über Monarchie

von Werner Habermehl



Historisch scheinen Monarchen so etwas gewesen zu sein wie die Eigentümer eines Stück Landes. Sie besaßen ein paar Hektar, eine kleine oder größere Insel, das Gebiet zwischen zwei Flüssen, ein Tal zwischen hohen Bergen oder auch ausgedehntere Besitzungen. Die Form des Erwerbs dieses Eigentums war häufig recht zweifelhaft und vielen Fällen muß man wohl von Usurpation sprechen. Wir können uns aber auch vorstellen, daß manche Monarchen ganz rechtmäßig an ihr Land gekommen sind, nämlich durch Kauf. Wenn wir unterstellen, daß derjenige, der sich in einem von Menschen bisher unbewohnten und auch von anderen nicht beanspruchten Gebiet niederläßt, dessen rechtmäßiger Besitzer werden kann, indem er dort Ackerbau treibt oder Viehzucht oder Fischfang oder sonst irgendetwas, dann gelangen wir zu der Idee eines Grundeigentümers, der zwar die Belange seiner Nachbarn beachten muß, aber im großen und ganzen doch sein eigener Herr ist. Die von ihm angebauten Feldfrüchte etwa sind *seine Sache*. Und es hat ihm niemand Vorschriften zu machen, was er sät und wann er erntet beziehungsweise wie er bei der Ernte vorgeht.

Durch Glück oder Geschick mag es dem einen oder anderen gelingen, sich in die Situation zu bringen, daß er seinen Nachbarn ein attraktives Angebot machen kann: Gebt mir euer Land und ich gebe euch dafür eine Leibrente oder, wenn ihr wollt, einen Klumpen Gold. So vergrößert sich sein Grundbesitz. Und eines Tages ist er soweit, daß ihm Ländereien gehören, deren Grenzen sich weit über das hinaus ausdehnen, was er für seinen eigenen Lebensunterhalt braucht. Jetzt kann er anderen ein neues attraktives Angebot machen: Ihr arbeitet bei mir, und ich gebe euch dafür alles, was ihr zum Leben braucht. Über die Einzelheiten wird ein Vertrag gemacht. Während sein Grundbesitz durch gestärkte Wirtschaftsleistung weiter wächst, wächst auch die Zahl derjenigen, die bei ihm Lohn und Brot

finden. Er erlaubt ihnen, sich Häuser zu bauen, Familienangehörige nachziehen zu lassen, eigene Felder anzulegen, Tiere zu halten, einen Markt einzurichten und so weiter.

Als Eigentümer behält er sich freilich das Recht vor, Störenfriede von seinem Grund und Boden zu verweisen. Dies nicht nur für den Fall, daß sie sich ihm gegenüber unbotmäßig verhalten, sondern auch, wenn sie untereinander hadern und er dadurch den Frieden oder einfach sein Wohlgefallen bedroht sieht. Es liegt insofern nahe, daß man sich bei allfälligen Händeln an ihn wendet, um den jeweils vermeintlich Schuldigen anzuklagen und einen Richtspruch zu erbitten. Denn keiner möchte des Landes verwiesen werden und sich etwa durch Racheakte gegen einen Missetäter selbst der Gefahr aussetzen, seine Lebensgrundlage zu verlieren. Der Grundeigentümer sieht sich dadurch genötigt, die Rolle eines Richters zu übernehmen. Vielleicht erläßt er sogar allgemeine Regeln und Vorschriften, wie die auf seinen Ländereien Lebenden sich zu verhalten haben: Gesetze.

Jeder kann jederzeit das Land verlassen. Das bleibt ihm überlassen. Und wenn eine nicht erfüllte Schuld zurückbleibt, steht er seinem ehemaligen Grundherrn gleichberechtigt gegenüber, als Gleicher gegen einen Gleichen. Aber wenn er bleiben will, muß er sich unterwerfen.

Nun ist freilich bekannt, daß zwei der Bedingungen unserer Ikone in der historischen Vergangenheit fast nie erfüllt waren. Ich meine einmal den rechtmäßigen Erwerb des Grundeigentums und zweitens den freiwilligen Zugang der „Landeskinder“. Der Erwerb erfolgte vielmehr meistens durch Eroberung und die „Landeskinder“ kamen nicht von irgendwoher, um Lohn und Brot bei dem Grundherrn zu finden, sondern sie wurden im Zuge der Eroberung mit Waffengewalt zu Untertanen

gemacht, denen es keineswegs freistand, sich eine andere Heimstatt zu suchen. Speziell in der Neuen Welt war es bald nach deren Entdeckung vielfach sogar so, daß die Eroberer regelrecht Jagd auf Arbeitskräfte machten, um diese als Sklaven zu halten.

Dem wollen wir jedoch keine weitere Beachtung schenken, weil wir wissen, daß die Rechtmäßigkeit des Grundbesitzes in vielen Fällen außer Frage steht und daß es weltweit immer wieder zu Wanderungen kommt, um auf so einem - auch von den Wanderern als rechtmäßig erworbenen angesehenen Besitz - zu leben. Zwar ist uns spätestens seit Rousseau eine Theorie geläufig, die Eigentumsrechte, insbesondere solche an Grund und Boden, in Zweifel zieht, aber zugleich dürfen wir darauf vertrauen, daß niemand guten Gewissens Grenzsteine verrückt und erntet, wo andere gesät haben.

Grundherrlichkeit besteht also in der legitimen Ausübung der Hausrechte des Eigentümers. Der Eigentümer allein trifft, sofern nicht etwas anderes ausdrücklich vereinbart ist, sämtliche Entscheidungen über die wirtschaftliche und soziale Organisation seines Besitzes. Und seine Entscheidungen sind unanfechtbar. Sie mögen unbedacht, voreilig, zerstörerisch oder einfach lächerlich sein. Es ist sein Besitz, und er kann damit machen, was er will. Es gibt nur eine einzige Einschränkung: Er muß die Belange seiner Nachbarn beachten. Aber sofern er diese nicht mit Lärm, Gestank, Gift oder andere Gefährdungen beeinträchtigt, obliegen ihm keinerlei Pflichten. Insbesondere kann er denjenigen, die auf seinem Grund und Boden leben wollen, die absonderlichsten Vorschriften machen, zum Beispiel für Kleidung, Freizeitgestaltung, Ernährungsweise, religiöse Betätigung, Berufsausübung oder Sexualleben. Wem solche Absonderlichkeiten gegen den Strich gehen, der muß sehen, daß er „Land gewinnt“ - auf eigenem Grund und Boden oder bei einem anderen



Grundherrn.

Die Entstehung der monarchischen Regierungsform können wir uns also zwanglos vorstellen als Ausübung der Eigentumsrechte über ein Stück Land durch den jeweiligen Grundherrn. Wir brauchen dabei keine besonderen Zusatzannahmen zu machen. Der Monarch *herrscht* in seiner Eigenschaft als rechtmäßiger und alleiniger Besitzer seines Herrschaftsgebietes. Und wenn er sich als Scheich, als Fürst oder als Basileus bezeichnet, dann fügt das der zugrundeliegenden Tatsache, dem Grundbesitz, nichts hinzu, ist allenfalls eine kleine Eitelkeit, die ihm als Eigentümer größerer Ländereien wohl ansteht. Dies um so mehr, als er von allen, die bei ihm Unterschlupf suchen, einen gewissen Respekt dafür erwarten kann, daß er sie in seinem Reich wohnen, leben und arbeiten läßt. Ohne ihn wüßten sie nicht wohin.

Aristoteles geht in seiner Politik auf diese Form der Monarchie leider nicht näher ein. Er interessiert sich mehr für das Wahlkönigtum und dergleichen. Der herrschende Grundbesitzer ist für ihn neben vier anderen Varianten des Königtums eine unbeachtliche fünfte Form, der er gerade mal einen Seitenblick schenkt (1285b29-1285b33). Dafür hat er seine Gründe. Umgekehrt brauchen wir hier die vier für ihn im Vordergrund stehenden Spielarten nicht näher zu betrachten, weil sie ihrem systematischen Ort nach auf zwei andere - ebenfalls seit der Antike bekannte - Regierungsformen zurückgehen: Aristokratie und Demokratie.

Beide stellen zunächst nichts wesentlich anderes dar, als durch vertragliche Regelungen modifizierte Formen der ursprünglichen und natürlichen Monarchie des Grundherrn. Im einen Fall handelt es sich um die Unterwerfung mehrerer Grundherren unter einen gemeinsam gebildeten Rat. Dieser Rat trifft Mehrheitsentscheidungen, die von allen Grundherren als verbindlich anerkannt werden, auch wenn der eine oder andere mit einzelnen Entscheidungen nicht einverstanden ist. Aber darin liegt das Risiko für alle, die von den Vorteilen der Aufgabe ihrer Autonomie profitieren wollen. Die Demokratie greift das formale Prinzip der Aristokratie auf (die Mehrheitsentscheidung), aber sie formt es zugleich so um, daß auch der Besitzlose ein Mitspracherecht erhält. Es gelten nicht mehr nur die Anord-

nungen seines jeweiligen Grundherrn, auch nicht die von diesem mit anderen Grundherren getroffenen Vereinbarungen über eine gemeinsame Politik, sondern die Willensbezeugungen des Volkes. Es spielt keine Rolle mehr, ob das, worüber Ratsbeschlüsse gefaßt werden, den an der Ratsfindung Beteiligten auch gehört. Jeder kann eine *zählende* Stimme abgeben, und unter Umständen müssen die Grundeigentümer damit rechnen, daß ihr Grundeigentum von denjenigen enteignet wird, denen sie auf dem ursprünglich ihnen gehörendem Grund und Boden die Chance nicht nur zum Überleben, sondern zu einem guten Leben geboten haben.

Die konkreten historischen Entstehungsbedingungen von Aristokratien sind uns kaum bekannt. Aber wir dürfen annehmen, daß wohl häufig ein einzelner übermächtiger Monarch, der für andere eine (militärische) Bedrohung darstellte, den Anlaß zum (vielleicht zunächst nur zwecks gemeinsamer Verteidigung initiierten und auch nicht auf längere Sicht gedachten) Zusammenschluß gebildet hat. Eine andere Variante kennen wir als Auflösungserscheinung eines monarchischen Herrschaftsgebietes, in dem der Monarch Teile seines Grundbesitzes Verwaltern überlassen hat, die allmählich erstarken und dadurch und auf Grund der gemeinsamen Interessenlage in die Lage versetzt werden, gegen den Monarchen eine mehr oder weniger geschlossene Front zu bilden. In vielen Fällen lassen sie dann den Monarchen weiter als obersten Gerichtsherrn für Streitigkeiten walten, die zwischen ihnen untereinander entstehen. Aber sie binden ihn zugleich in jeder anderen Hinsicht an ihre nach variierenden Regeln getroffenen Willensbezeugungen.

Die Entstehung von Demokratien entspricht vermutlich durchgängig dem eben beschriebenen zweiten Modell für das Zustandekommen von Aristokratien. Wir müssen uns Monarchen oder Aristokraten vorstellen, die abhängig von den Menschen geworden sind, die ihr Land bevölkern. Das Bewußtsein dieser Abhängigkeit kann bei der Bevölkerung zu Forderungen nach einem Mitspracherecht bei anstehenden Entscheidungen führen. Die Durchsetzungsfähigkeit der Bevölkerung scheint dabei fast naturgesetzlich mit der Zeit zu wachsen. Aus der Revolutionstheorie wissen wir, daß es zu Umstürzen dann kommt, wenn die Herrschenden ihre

autochthone Macht verlieren. Und darin liegt wenig Überraschendes. Doch die Revolutionstheorie sagt uns noch mehr: Die Macht verringert sich gewissermaßen automatisch. Spätestens sobald ein Herrschaftsgebiet sich nicht mehr erweitert, zum Beispiel durch Zusammenschlüsse oder Eroberungen, nimmt die Macht der Herrschenden ab. Sie müssen einen stetig wachsenden Aufwand treiben, um ihren Besitz zusammenzuhalten. Es gibt dafür zwar keinen Terminkalender. Doch über kurz oder lang sind sie auf die Zustimmung der Bevölkerung angewiesen. Sie müssen Rücksprache nehmen. Und ob sie das erkennen oder nicht erkennen: Sie werden entweder hinweggefegt, oder sie können in Reminiszenz an frühere Zeiten einen Teil ihrer Glorie, nie aber ihrer Macht bewahren.

Uns sind zwar Reiche bekannt, bei denen wir über entsprechende Demokratisierungstendenzen nichts wissen. Der paradigmatische Fall ist das Alte Ägypten. Um so mehr jedoch interessiert es, warum *in der Regel* ein Machtverfall eintreten muß.

Zunächst wissen wir, daß nicht alle Menschen gleich qualifiziert sind, Grundbesitz zu schaffen und zu erhalten. Es ist also damit zu rechnen, daß die Erbfolger selbst eines sehr tüchtigen Grundbesitzers irgendwann den gestellten Aufgaben nicht mehr gewachsen sind. Wenn sie ihr Land dennoch behalten (und nicht verkaufen) wollen, müssen sie es - wie oben bereits skizziert - zur Verwaltung in kompetente Hände geben. Diese Delegation von Entscheidungsgewalt wiederholt sich jedoch auf allen Ebenen, also vom Majordomus bis zum letzten Pächter. Zwar können wir uns gut vorstellen, daß es auf allen Ebenen dem einen oder anderen immer wieder gelingt, die ihm zugeordneten Teile der ursprünglichen Domäne einem einheitlichen Willen zu unterwerfen. Aber ein gewisser Schwund dürfte insgesamt betrachtet unausweichlich sein. Das heißt, selbst die größten Herrschaftsgebiete werden nach und nach zerstückelt, und die Erben des einstigen Grundherrn sehen sich einer wachsenden Zahl Besitzrechte beanspruchender Verwalter, Unterwalter und Pächter gegenüber.

Je komplexer das Gebilde wird, um so aufwendiger werden die Maßnahmen, die erforderlich sind, es zusammenzuhalten. Die Zentralgewalt muß also



Anzeige Doleys



versuchen, sich Einnahmen zu verschaffen, die es ihr erlauben, solche Maßnahmen zu finanzieren. Da sie jedoch einerseits bereits viele Rechte abgetreten hat, andererseits einer wachsenden Zahl von Inhabern solcher Rechte gegenübersteht, kann sie sich die benötigten Mittel bald nur noch über die Abtretung weiterer Rechte verschaffen. Genau diejenigen, die sie in Schach halten will, müssen ihre Einwilligung geben - was sie nur tun werden, solange sie ihre Position verbessern können.

Das Phänomen läßt sich besonders anschaulich am Fall bereits demokratisierter Gesellschaften illustrieren. Um die Macht über ein Land zu erlangen, müssen die Machthaber *in spe* zunächst genügend Wählerstimmen mobilisieren, die ihnen den Machtantritt ermöglichen. Formal geschieht dies durch unverbindliche Absichtserklärungen, die von den Wählern - auch im Rückblick auf die Vergangenheit - sondiert werden. Hier kommen nun psychologische Faktoren zum Tragen. Wenn wir die Hypothese zulassen, daß die meisten Menschen lieber unter einigermaßen erträglichen Bedingungen weiterleben, als sich dem Risiko radikal geänderter Bedingungen auszusetzen, dann ist es für diejenigen, die nach Macht streben, konsequent, sich mit ihren Absichtserklärungen (und auch ihrem tatsächlichen Verhalten) auf jene zu konzentrieren, von denen am ehesten zu erwarten ist, daß sie auch eines geringen Vorteils wegen wankelmütig werden. Mit anderen Worten: Man kauft ihre Stimmen mit Versprechungen (und Taten!), durch die die Mehrheit nur wenig belastet wird, durch die jedoch die Minderheiten, die das Zünglein an der Waage sind, gewichtige Vorteile erlangen.

Problematisch ist das Verfahren dadurch, daß die Belastungen insgesamt immer größer werden und daß dadurch die Zahl der Wankelmütigen zunimmt. Es kommt zu einem *circulus vitiosus*, der laufend den Kaufpreis für die Wählerstimmen erhöht und zugleich die Vorhersehbarkeit der Wahlentscheidungen verringert. Die Herrschaft wird zu einem reinen Zufallsprodukt, dessen Zustandekommen die Herrschenden, *ohne es zu wissen*, der richtigen Aussage im passenden Moment verdanken. Sie herrschen nicht dank Fleiß, Tüchtigkeit, Voraussicht und so weiter. Sie herrschen dank einer glücklichen Kombination von Umständen.

Amüsanterweise hat es bekanntlich in der griechischen Antike hier und dort den Versuch gegeben, diese an sich unerfreuliche Aleatorik sogar zum Verfassungsprinzip zu machen, indem man bestimmte Ämter *ex ante* aus dem Spiel wechselnder Koalitionen löste, um sie einfach durch Losentscheid zu vergeben. Mit anderen Worten: Man machte die unvermeidliche Aleatorik zum System. Dies, soweit wir wissen, nicht aufgrund der hier erörterten Mißlichkeiten von Mehrheitsentscheidungen, sondern eher zur Herstellung einer Art Chancengleichheit. Doch man kann die Idee der Verlosung von wichtigen Positionen durchaus als naheliegende Umsetzung der Einsicht rekonstruieren, daß das Ergebnis von Mehrheitsentscheidungen häufig ein Zufallsprodukt ist, das zu einem anderen Zeitpunkt *ohne* Veränderung wichtiger Bedingungen anders ausfallen würde.

Aber das nur am Rande. Das Problem von Mehrheitsentscheidungen liegt eigentlich gar nicht so sehr in deren Zufälligkeit. Es ist etwas anderes, was sie grundsätzlich zu einem heiklen Entscheidungsverfahren macht: Die Frage der Freiwilligkeit, sich den jeweils getroffenen Entscheidungen zu unterwerfen. Wenn eine Gruppe junger Leute gemeinsam einen Ausflug unternehmen will und sich nicht über das Ausflugsziel einigen kann, mag einer der Vorschlag unterbreiten, darüber abzustimmen. Sofern alle den Vorschlag akzeptieren, sind auch diejenigen, die sich mit ihrem Wunschziel nicht durchsetzen, an den Mehrheitsbeschluß gebunden. Nun sagen aber vielleicht einige, daß für sie eine Mehrheitsentscheidung nicht in Betracht kommt: Entweder wir fahren zu den Externsteinen oder wir kommen nicht. Sie schließen sich von der Abstimmung aus, die dann doch durchgeführt wird, oder sie nehmen unter Vorbehalt daran teil. Dies wirft keinerlei Schwierigkeiten auf. Denn wenn die Mehrheit ein anderes Ausflugsziel bestimmt, bleiben sie einfach zuhause. Unter Umständen fällt dadurch der gesamte Ausflug ins Wasser, weil zum Beispiel der von dem Ausflug erwartete Spaß für die Mehrheit als kaum noch realisierbar erscheint. Das finden dann womöglich alle bedauerlich. Doch niemand wird in seinen Rechten beeinträchtigt.

Anders sieht es aus, wenn die Mehrheitsentscheidung kein Vorschlag ist,

dem man sich einfach dadurch entziehen kann, daß man sagt: Ohne mich! In diesem Fall unterscheidet sich die Mehrheitsentscheidung nicht mehr von dem Raubzug einer Plündererbande, die den Hof eines Bauern heimsucht und ihm erklärt: Wir teilen dein Vieh unter uns auf. Damit alles demokratisch zugeht, stimmen wir jetzt darüber ab. Du hast auch eine Stimme!

Fraglich ist also letztendlich, ob Staaten überhaupt jemals in Freiheit entstehen oder ob sie immer auf Zwang und Gewalt beruhen. Bei Monarchien können wir uns eine freiheitliche Entstehung relativ leicht vorstellen. Zwar mögen alle uns bekannten Monarchien aus Eroberung, Usurpation oder Betrug hervorgegangen sein. Aber das Beispiel eines seßhaft werdenden Nomaden, der ein bislang unbewohntes und auch von niemand sonst genutztes Stück Land in Besitz nimmt, lehrt uns, daß die Möglichkeit immerhin besteht. Schwerer vorstellbar ist die freiheitliche Genese von Aristokratien und speziell Demokratien. Warum sollte einer Entscheidungen, die jede Facette seiner Lebensführung berühren können, pauschal den Beschlüssen von Versammlungen unterwerfen, an denen er zunächst freiwillig teilnimmt?

In sturmflutgefährdeten Regionen mag die Notwendigkeit des Deichens von allen erkannt werden und sie unter der Prämisse zusammenführen, daß ein Mehrheitsbeschluß über Art und Umfang der erforderlichen Arbeiten herbeigeführt wird. Dann ist jeder an diesen Beschluß gebunden. Das Ergebnis der Abstimmung mag manche in ihrer Existenz bedrohen, so daß sie hinterher bedauern, sich auf diesen Lösungsweg eingelassen zu haben. Aber selbst wenn sie dieses Risiko nicht übersehen haben, ist es keineswegs absurd anzunehmen, daß sie es angesichts des anderen Risikos dennoch eingehen.

Was wäre aber, wenn einer für die gesamte Lebensführung jedes einzelnen das Mehrheitsprinzip statuieren wollte? Würden alle da noch mitmachen? Oder würden nicht viele doch lieber gegen das Procedere (Mehrheitsentscheidung) votieren, um weiter durchgängig ihre eigenen Entscheidungen treffen zu können?

Hobbes hat die Problemlage in dem Sinne interpretiert, daß jeder bereit sein



muß, sich einem Richtspruch zu unterwerfen. Er zieht aus dieser ihm zugestandenen Annahme aber zu weitreichende Schlüsse. Natürlich muß ich, wenn ich im Streit mit einem Nachbarn liege, zur friedlichen Lösung des Konfliktes unter Umständen einen neutralen Dritten, einen Richter hinzuziehen. Doch heißt dies nicht, daß dieser Richter nun von Stund' an auch über alle meine anderen Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden hat und insbesondere nicht, daß er womöglich für alle Zukunft als eine Art Gesetzgeber fungieren darf. Mit der Wahl eines Richters überlasse ich die Entscheidung des Streits einem Unparteiischen, dessen Urteil ich damit als verbindlich akzeptiere. Aber dies nur für den konkreten Fall. Beim nächsten Rechtsstreit darf ich mir einen anderen Richter suchen. Natürlich muß dabei zwischen mir und meinem Gegner Einvernehmen herrschen (ansonsten entscheidet das Los). Aber wer einmal gerichtet hat, erwirbt dadurch weder eine Dauerstellung als Richter noch gar als Gesetzgeber.

Hobbes' Irrtum ist die Unterstellung, daß friedliches Zusammenleben nicht nur die Unterwerfung unter ein abstraktes Prinzip verlangt (Gerichte), sondern zugleich auch die zeitlich und der Sache nach unbeschränkte Anerkennung des einmal gewählten Richters. Unbefristet ist aber nur die Gültigkeit des einmal gefällten Urteils. Der Sache nach hat das Urteil des Richters keinerlei bindende Kraft. Jeder andere Richter kann anders entscheiden.

Es ist insofern kein Wunder, daß Hobbes' Versuch einer Rechtfertigung des Absolutismus wenig Zustimmung gefunden hat. Eine Staatsgewalt ohne Grenzen verstößt ja genau gegen den Grundgedanken, auf dem seine Argumentation aufbaut. Zur Erhaltung des Friedens brauchen wir Richter. Aber einmal Richter zu sein, bedeutet weder eine Lebensstellung noch Allgültigkeit der jeweiligen Vorstellungen des Richters von Recht und Ordnung. Das gleich gilt für entsprechende Einrichtungen. Ein Gerichtshof (mit wechselnden Richtern) ist darauf angewiesen, daß er angerufen wird. Er kann sich durch fragwürdige Entscheidungen unbeliebt ma-

chen mit der Folge, daß er nicht mehr angerufen wird. Die allgemeinen Regeln, nach denen er bis dahin verfährt, haben nur intern Gültigkeit. Wird er nicht mehr angerufen, verlieren auch diese ihre Bedeutung. Sie sind nur noch verbindlich für Richter, die nichts mehr zu entscheiden haben.

Moderne Demokratien sind normalerweise nach dem zuerst von Montesquieu durchdachten Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut. Der Machthaber ist nicht zugleich oberster Richter und Gesetzgeber. Die Vorteile, die das hat, sind unstrittig. Diese verhindern jedoch nicht, daß es auch über den Einzelfall hinaus zu gravierenden Rechtsverstößen kommen kann. Jeder, der in einer Demokratie lebt, weiß, daß ein neues Parlament alle Rechte, auf die er vertraut, suspendieren kann: sogar sein Recht auf Leben, Eigentum und Freizügigkeit. Es genügt ein Mehrheitsbeschluß.

Ich mache die Annahme, daß keine Verfassung, die entsprechende Mehrheitsbeschlüsse zuläßt, von allen Einwohnern eines Landes oder Landstriches gebilligt wird. Es müssen stets bestimmte Grundrechte gewahrt bleiben. Ansonsten wird der eine oder andere der Verfassung seine Zustimmung versagen. Ich denke dabei nicht an Gauner oder Schurken, die in wohlüberlegter Absicht gegen Regelungen votieren, durch die ihre Raubzüge inkriminiert werden, sondern an friedliche Bauern, Handwerker oder Industrielle, die ihr Leben und ihr Eigentum nicht anderen zur Disposition stellen wollen. Einzelne mögen bereit sein, ihr Besitzrecht an einem Acker, einem Haus oder einem Weg in Erwartung anderer Vorteile der Verfügungsmasse einer Gemeinschaft zuzuschlagen. Aber es ist undenkbar, daß alle Grundbesitzer sich ihres gesamten Grundbesitzes in dieser Weise begeben. Sie können also nicht unisono einer Verfassung zustimmen, die es erlaubt, sie (per Mehrheitsbeschluß) zu enteignen.

Jeder demokratische Staat ist deshalb ein Unrechtsregime. Seine Gründung nimmt genau das vorweg, was durch ihn erst geschaffen werden kann: Das

Mehrheitsprinzip. Rechtfertigen kann er sich also - im Vergleich zu anderen Staatsformen - nur als das kleinere Übel. Eben dieser ohnehin nicht besonders eindrucksvolle und bislang noch nicht belegte Vorsprung gerät zusätzlich dadurch ins Zwielficht, daß es immerhin eine Staatsform gibt, deren Entstehung wir uns zumindest prinzipiell als rechtmäßig vorstellen können: die Monarchie.

Die Tatsache, daß die meisten uns bekannten Monarchien längst aus den Fugen geraten sind, kann uns nur am Rande interessieren, solange es um den ethischen Status von Staatsformen geht. Aber wenden wir uns ruhig der Frage nach der Bestandsfähigkeit von Staaten zu. Auch hier ist vorderhand nicht erkennbar, daß Demokratien Monarchien überlegen sind. In der Antike sowieso nicht.

In der Moderne verfügen wir über zu wenige Beispiele. Da ist zwar der beeindruckende Fall der Vereinigten Staaten von Amerika, aber dem steht auf nicht weniger beeindruckende Weise das Scheitern der Weimarer Republik in Deutschland gegenüber. Die jungen europäischen Demokratien haben sich bislang relativ gut behauptet, die Bilanz der afrikanischen ist geradezu niederschmetternd. Nun könnte man natürlich auch noch Indien, Südamerika und den Nahen sowie den Fernen Osten betrachten wollen. Aber wozu? Das wenige, was eigentlich jeder weiß, reicht aus, um der Hypothese einer besonderen Bestandsfähigkeit von Demokratien mit Skepsis zu begegnen.

Die Annahme also, daß die Demokratie insbesondere gegenüber der rechtlich ohnehin überlegenen Monarchie das kleinere Übel darstellt, ist jedenfalls nicht unmittelbar plausibel. Ihre Vorzüge wären noch darzulegen. Ich bezweifle, daß dieses Unterfangen gelingen kann. Denn wie sollte sich zeigen lassen, daß es jedem Dahergelaufenen zusteht, darüber zu befinden, wie ich leben und arbeiten darf, was mir gehört und was nicht? Und was nützt es mir, wenn ich diejenigen mitwählen darf, die dazu abgeordnet werden, mir das Fell über die Ohren zu ziehen?

Werner Habermehl, geb. 1949, Studium der Philosophie und Soziologie in Hamburg (bei Klaus Oehler und Karl-Dieter Opp), Lehre an diversen Universitäten (Hamburg, Bielefeld, RWTH Aachen, Sorbonne, Emile Durkheim Institute for Advanced Study), Forschung mit Schwerpunkt Methoden und Ethik, letzte größere Veröffentlichung: Überarbeitung der Übersetzung von „Atlas Shrugged“ (1997).



10 Jahre Fall der Mauer - aus libertärer Sicht

von André F. Lichtschlag

In diesem Monat jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum zehnten Mal und mit ihm der Beginn der Auflösung eines Staates namens DDR. Welche Bilanz ist aus radikal-freiheitlicher Perspektive zu ziehen?

Zunächst, so stellen Libertäre - mit Berufung auf den großen Ökonomen Ludwig von Mises und auf dessen fundamentaler Erkenntnis über die mangelnde Möglichkeit der Feststellung von Knappheiten und Bedarf im staatssozialistischen System - fest, ist die DDR an ihrem maroden Wirtschaftssystem gescheitert. Denn tatsächlich war es ein Kennzeichen der DDR-Wirtschaft, daß es dort - genau wie von Mises vorhergesagt - entweder zu viel gab (wie Brot, das dann an die Schweine verfüttert wurde) oder zu wenig (wie sogenannte Autos, auf die man 10 Jahre warten mußte). Darunter mußte letztlich die Qualität vieler Produkte leiden - und dadurch dann auch die Lebensqualität der Bevölkerung.

Nur: Ist wegen dieses Wirtschaftsbankrotts wirklich die Mauer gefallen und ein Staat implodiert? Müßte dann nicht auch Nordkorea längst als Staat der Vergangenheit angehören? Ist es nicht vielmehr leider so, daß sich die übelsten Staaten kurz vor dem totalen Bankrott immer noch von Staaten mit etwas mehr Marktwirtschaft helfen lassen, wie die Milliardenkredite an die DDR oder die Milliardenhilfen an Nordkorea beweisen? Und ist es nicht so, daß etwas klügere Staaten sich ohnehin kurz vor dem Zusammenbruch lieber eine Seite aus dem libertären Drehbuch ausleihen, um ihre zerstörerischen Aktivitäten etwas einzuschränken - um damit das Unterfangen als solches zu retten?

Warum konnte dennoch ein im Vergleich besonders verbrecherischer Staat wie die DDR überwunden werden?

Von unseren etatistischen Kollegen hören wir heute, daß wir all dies den

ach so selbstlosen Bürgerrechtlern des Herbstes 1989 zu verdanken hätten. Jenen also, von denen viele heute in allen Staatsparteien der BRD ihren reformistischen Anspruch weiter ausleben. Sie waren vor 10 Jahren mit kollektivistischen Parolen („Wir sind das Volk“, später noch schlimmer: „Wir sind ein Volk“) durch die Straßen marschiert, um „das Land verändern“ zu können. Jeder wollte ein wenig etwas anderes, weshalb sie heute auch unter allen BRD-Parteifarben verstreut wiederzufinden sind. Aber sie alle einte der Wille nach einem Staat, in dem endlich sie **mitbestimmen** dürfen. **Selbstbestimmung** dagegen lag ihnen fern.

Aber war da nicht noch etwas anderes? Gegen wen schwenkten denn die Rädelsführer von damals ihre neuen Forums-Fahnen? Gegen den Sozialismus? Nein? Gegen die Demokratie? Nein? Gegen das damalige Politbüro? Ja - denn sie selbst durften dort ja nicht mitbestimmen. Und gegen wen noch? War da nicht noch etwas?

Ja, die Demo-Initiatoren von damals gingen auch auf die Straße gegen die von ihnen oft verschmähten Republikflüchtlinge. Denn diese Ausreisewilligen scherten sich einen Dreck um die doch bitte so ehrenwerten Ziele der Demokratie-Jetzt-Heroen. Nein, diese bösen Ignoranten - wie es der ZEIT-Redakteur Richard Herzinger so richtig erkannte - handelten einfach, direkt und offen: aus purem Egoismus. Der Gedanke daran, daß ausgerechnet diese geldgierigen Wirtschaftsflüchtlinge die wahren Auslöser der Revolution von 1989 gewesen waren, muß jeden Bürgerselbstgerechtlern verzweifeln lassen: Da wollten tatsächlich einige nicht wie die Damen und Herren vom Demokratischen Aufbruch selbst im Staat mitbestimmen - sondern von diesem elenden Gebilde einfach nur in Ruhe gelassen werden, um andernorts ihr Glück zu finden. Und ausgerechnet diese verachtenswerten Egomane sollten die Welt verändert haben?

Was in der Geschichtsschreibung der Sieger nicht sein darf, entspricht dennoch mehr der Wahrheit als deren Legende. Es waren die Republikflüchtlinge, gegen welche die Staatsführung der DDR nach der Grenzöffnung durch Ungarn kein Mittel mehr fand. Nicht die wenigen engagierten und bewegten Bürgerrechtler bedrohten das System in seinen Grundfesten, sondern erst die immanente Drohung der Millionen, auch die Republik zu verlassen. Unter den offiziellen Fahnen der Initiative Demokratie und Menschenrechte schwebte immanent auch immer die Alternative mit: Sonst gehen wir! Mit einigen Pfarrern und Sozialarbeitern wäre die Stasi auch weiterhin fertig geworden, mit Millionen drohender Republikflüchtlinge nicht.

Für die geschichtsschreibenden Sieger, die Eppelmanns und Thierses (sowie ihre väterlichen Helfer, die Schröders und Schäubles), war es ihr ureigener Erfolg. Sie wollten die Bananen für die Massen nicht, aber die Massen haben gefälligst ihnen die Bananen zu verdanken! In Wahrheit war es umgekehrt: Weil die Massen die Bananen wollten und die Republikflüchtlinge sich die Bananen einfach nahmen, bekamen Eppelmann und Thierse ihre so heiß ersehnte politische Mitbestimmung.

Wenn nun also Staatsimplosionen durch Republikflucht (erst) möglich werden, warum entfällt dann diese Lösung des Staatsproblems an jedem anderen Ort der Welt? Weil alle anderen Staaten genau dies wissen und deshalb eine restriktive Einwanderungsbegrenzungs politik betreiben. So ist etwa die Einwanderungsgrenze in die USA mit Stacheldraht und Zaun kaum weniger martialisch gesichert als die ehemalige Auswanderungsgrenze der DDR mit Stacheldraht und Mauer. Nur besteht heute zwischen Mexiko und den USA kein Transitdurchreicher wie Ungarn 1989, welcher die Grenze druchlöchert.

Im Herbst 1989 hatten wir tatsächlich



die einzigartige Ausnahmesituation, daß ALLE Ausreisewilligen auch tatsächlich andernorts - in der BRD - unbegrenzt Aufnahme finden würden. Die offene Einwanderungsgrenze hier ermöglichte also erst die Revolution dort.

Was bleibt - aus libertärer Sicht? Weniger die (trotz aller hier geäußerter Relativierung sehr mutigen) prominenten

Kollektivistischen und vermeintlichen Altruisten aus der Bürgerbewegung gilt es zu feiern. Nein, die vielen (übrigens nicht weniger mutigen) unbekanntenen Individualisten und bekennenden Egoisten, die einfach ein bisschen besser leben wollten und die auch - jawohl - einmal eine nicht gar so faule Banane essen wollten, sind die wahren Helden der Revolution! Sie wollen wir feiern!

Schade nur, daß sie lediglich aus einem 80%-Sozialismus namens DDR fortgingen, um dann in einen 60%-Sozialismus namens BRD anzukommen. Hier trafen sie dann sehr bald die Kollegen wieder, vor denen sie geflüchtet waren, jene, die jetzt auch hier am 80%-Sozialismus basteln. Vielleicht wird es Zeit für eine neue Republikflucht. Nur wohin?

André F. Lichtschlag, geb. 1968 (echter Alt-68er), ausgeb. Verlagskaufmann, z.Zt. kaufm. Angestellter, selbständig und Student (Politische Wissenschaft, VWL, Soziologie; Magisterarbeit soeben beendet über „Libertarianism - eine (anti-) politische Bewegung aus den USA und ihre Rezeption in Deutschland“). Nach politischen Versuchen in möchtegerliberalen deutschen Kleinparteien nun publizistisch und antipolitisch für die Freiheit tätig (zunächst die Internetseite „Anarchie Freiheit Liberalismus - AFL“, jetzt Herausgeber von *eigentlich frei*).

Lambsdorff ist gut

Betr. Rothbard-Rezension von André F. Lichtschlag in ef Nr. 7.

Die vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung herausgegebene deutsche Erstausgabe von Murray Rothbards „Ethik der Freiheit“ wird von André F. Lichtschlag in harten Worten kritisiert, weil darin statt „libertär“ das Wort „liberal“ verwendet wird. Dabei wird ständig angedeutet, daß der Übersetzer, Guido Hülsmann, dies gemacht habe, weil die Friedrich-Naumann-Stiftung der Heraus- und Geldgeber sei. Dazu ist folgendes anzumerken: 1.) Die Friedrich-Naumann-Stiftung hat ihre - wie ich finde: verdienstvolle - Geldgeberschaft an keiner Stelle auch nur andeutungsweise dazu benutzt, Konzessionen bei Terminologie und Übersetzung zu verlangen. 2.) Die Übersetzung ist auch nicht zu einem bloßen „liberalen Programm degeneriert“, wie Lichtschlag behauptet. 3.) Der Übersetzer - meines Wissens kein F.D.P.-Mitglied - war völlig unabhängig und hat seine eigene Einschätzung zu terminologischen Grundfragen unverfälscht einbringen können. Im übrigen ist der Begriff „libertär“ in meinem Vorwort auch eingeführt. 4.) Die Verwendung des Begriffes „liberal“ scheint mir im europäischen Kontext durchaus sinnvoll, weil der Kampf um die Interpretationshoheit dieses „Markenzeichens“ hier keineswegs verloren ist - im Gegensatz zu der Situation in den USA. Man muß ihn nicht zwangsläufig an Stelle des Begriffes „libertär“ verwenden,

kann es aber, um dem Leser Anknüpfungspunkte zu liefern. Das ist durchaus legitim. 5.) Was den „Geldgeber“ Graf Lambsdorff angeht, so hat er sogar schon vor längerer Zeit Rothbard in einer Rede zitiert, ist also nicht so ahnungslos wie ihn der Rezensent darstellt. 6.) Alle diese Informationen wären dem Rezensenten zugänglich gewesen. Er hätte also nicht auf düsternebulöse Formulierungen zurückgreifen müssen, die fälschlich eine Verschwörung wider den libertären Geist seitens F.D.P.-naher Institutionen suggerieren. 7.) Ansonsten hat mir auch die Nr.7 von ef wieder einmal gut gefallen.

Detmar Doering
Königswinter

Kriegserklärung

Betr. Artikel zum Kosovo-Krieg von André F. Lichtschlag in ef Nr. 7.

Das war mal wieder ein Artikel nach meinem Geschmack. Nüchtern, zum Denken anregend, ohne Übertreibungen und klar. Weiter so! Historisch will ich noch etwas ergänzen: Deutschland hat 1941 den USA den Krieg erklärt, nicht umgekehrt. Die eigentlichen Initiatoren des Weltkrieges waren England und Frankreich, denen Deutschland wohl zu mächtig wurde. Daher wurde am 3. September 1939 der Krieg erklärt. Der deutsche Überfall auf Polen vom 1. September 1939 war ein willkommener Vorwand, um den frechen Nachbarn zu züchtigen. Beweis: Hätten England

und Frankreich sich wirklich durch einen Vertrag mit Polen gebunden gefühlt, hätten Sie der UdSSR auch den Krieg erklären müssen, als diese am 17.9.1939 ebenfalls nach Polen einmarschierte. Aber zwei Wochen später war das schon vergessen. Und da sind wir wieder an dem Punkt, daß Staaten sich eben nicht um die Rechte der Individuen kümmern, sondern es nur um die Ausdehnung der Macht der Herrschenden geht, geographisch, innenpolitisch einfach durch „kriegsnotwendige“ höhere Steuern.

Benedikt Jaeger
Düsseldorf

Belehrung

Betr. Stirner-Artikel von Halil Ibrahim Türkdogan und Fragebogen von Ulrich Wille in ef Nr. 7.

In der Ausgabe Nr. 7 von ef tun zwei Autoren (Halil Ibrahim Türkdogan und Ulrich Wille) so, als ob das Motto am Beginn von Stirners „Der Einzige und sein Eigentum“ von ihm selber stamme. Dies ist nicht der Fall. Ein einfacher Blick in ein Zitatlexikon (z.B. das von Mackensen) hätte jeden schnell belehren können, daß die Zeile „Ich hab' mein' Sach' auf nichts gestellt“ aus einem Trinklied (1806) von Goethe stammt, das selber eine Parodie des Chorals „Ich hab' mein' Sach' Gott heimgestellt“ (J. Pappus, 1549-1610) ist.

Reinhard Stiebler
Nürnberg



US-Libertäre gegen Nazis, Revisionismus, Pazifismus und Isolationismus

Betr. Artikel zum Kosovo-Krieg von André F. Lichtschlag in ef Nr. 7.

Ich habe gerade eigentümlich frei Nr. 7 zugesandt bekommen, eine Zeitschrift, von der ich mir immer erhofft habe, daß sie eines Tages in Deutschland erscheinen wird. Erwartet habe ich letztlich aber nicht, noch zu meinen Lebzeiten so etwas abonnieren zu dürfen. Als jemand, der in Berlin geboren wurde, Jahrgang 1932, der seit 16 Jahren ein Mitglied der Libertarian Party ist (ich kandidierte für den Kongreß 1988, 90 und 92), und der Sponsor des Cato-Instituts ist und früherer Unterstützer des Ludwig von Mises Institutes war (ich nahm davon Abstand, als das LMI dem Erzherzog von Österreich mit einem „Royal Weekend“ im August 1997 huldigte), also jemand, der als radikaler Libertärer die Abwesenheit der libertären Idee in Deutschland immer bedauert hat, kann ich es eigentlich immer noch nicht fassen, daß dort doch jetzt einige ECHTE Libertäre existieren. Genau deshalb bin ich aber auch so enttäuscht, daß einer von ihnen, der Herausgeber, so sehr irrt in seinem Kosovo-Artikel. Lassen sie mich diese Stellen zitieren. Zunächst: „... gehen ... leider auch einige Libertäre so weit, daß sie keine Trennlinie mehr zu Neonazis offenbaren“. Dann: „Auf diesem Wege leugnen auch einige amerikanische Libertäre den Holocaust und verbreiten Bücher und Filme aus dem Goebbels-Propagandaapparat.“ Und schließlich drittens: „... libertäre Revisionisten mit Nähe zu Nazi-Propaganda oder jüngst zu Milosevic-Propaganda schießen über das Ziel hinaus.“ Falsch, falsch, falsch - dreimal falsch! Lassen sie mich nur sagen, daß ich in all den Jahren, in denen ich Versammlungen, Veranstaltungen, Kongresse oder Wahlen der Libertären besuchte, ich niemals unter diesen auch nur einen Neonazi, Holocaustverleugner oder Nazi-Propaganda-Revisionisten getroffen habe. Deutsche mögen Erfahrung mit diesen Typen haben - für amerikanische LIBERTÄRE stehen sie außerhalb jeglicher Diskussion. Später

schreiben Sie: „Die libertäre und individualistische Ideologie lehrt tatsächlich so etwas wie Pazifismus und Isolationismus“. Nein, das lehrt sie nicht! Bezüglich Pazifismus: Wer immer den Frieden durch die Initiierung von Gewalt in einer libertären Gesellschaft stört, muß mit den harten Konsequenzen der Selbstverteidigung rechnen. Das ist kein Pazifismus! Bezüglich Isolationismus: Libertäre suchen die maximale Interaktion mit dem Rest der Welt durch 1. Geschäftsleute, die der Welt das verkaufen, was wir produzieren, 2. Geschäftsleute, die von der Welt das kaufen, was sie produziert, und 3. Touristen (in diesem Falle Amerikaner), die den Yankee-Dollar in aller Welt ausgeben. Das ist nicht Isolationismus! Abschließend möchte ich Ihnen gratulieren für die wirklich großartige Arbeit, die Sie mit Ihrer Zeitschrift machen - und ich möchte viel Erfolg für die Zukunft wünschen.

Gebhard Sommer
Lexington, South Carolina (USA)

Moses, Jesus und Wilhelm Reich

Betr. Pantheismus-Artikel von Hermann Kraus in ef Nr. 7.

Das 19. Jahrhundert war wieder eines der großen Märchenonkel. Seit dem Nazarener und dem Mekkaner hatten die Epigonen geherrscht. Aber dann kam bei Hegel und Marx wieder Stimmung auf, und danach erschien, er fühlte sich nach eigenem Bekunden als neuer Moses, sogar noch Freud. Schielten Hegel und Marx noch auf die Realität, wenn auch nur aus den Augenwinkeln, so ließ Freud seinem unerreichten Fabuliertalent freien Lauf und baute flugs aus einem einzigen (Berta von) Pappenheimer-Fall eine neue Kirche, die heute sogar ersatz-kassen-in-kasso-berechtigt ist - eine Weltspitzenleistung, die den Baghwan blaß aussehen läßt (vgl. u.v.a., auch zu Reich, D.E. Zimmer, Tiefenschwindel; A. Grünbaum, Psychoanalyse aus wissenschaftstheoretischer Sicht). Wilhelm Reich imponierte das, da er aber selbst unbedingt auch ein Moses sein wollte, warf er Freud Supermose den Bettel hin und

bastelte eine Mega-Lösung: Marx + Freud + Orgon = Himmelreich. Das war nunmehr seine MegaMoses-Orgon-Formel, mit der er missionarisch durch die Welt lief und Jünger sammelte. Orgon (von Orgasmus), das er überall, in Aufgebühkulturen ebenso wie im Weltraum, sah, war ihm die Weltenergie zur Heilung sämtlicher Krankheiten und Übel des Universums. Das verstand er sehr konkret, indem er Kranke in seinen Orgon-Akkumulator setzte, um sie mit seiner kosmischen Lebensenergie zu heilen. Reich erlebte 1968 eine Renaissance als Sex-Guru in der Antiautoritären Bewegung, die ihn in zahlreichen Raubdrucken verbreitete. Insbesondere die (Berliner) Kommune I als Liebling der Medien machte seinen Namen bekannt und gab 1967 in einem Interview der Zeitschrift Pardon ein Beispiel sublimer Reich-Lektüre: „Es ist wie bei der Pferdedressur. Erst muß einer das Tier einreiten, dann steht es allen zur Verfügung. Erst ist es Liebe oder so etwas ähnliches, nachher nur noch Lust. Der Trick ist schrecklich einfach: Man macht ein Mädchen verliebt, schläft mit ihr und markiert nach einer Weile den Enttäuschten oder Desinteressierten. Dann überläßt man sie der Aufmerksamkeit der anderen, und das Ding ist gelaufen. So ist sie vollwertiges Mitglied.“ (Pardon Nr. 8, 1967, S. 22; zit. n. Reimut Reiche, Sexualität u. Klassenkampf, Verlag Neue Kritik 1968, S. 156.) Man kann sich vorstellen, was im Rahmen der breiten Kinderladenbewegung Programm war und welche Pferde-Tricks sich die Ideologen und die Lüstlinge dort einfallen ließen, wenn sich Kinder nicht gleich sexuell befreien lassen wollten (vgl. u.a. auch Klaus Rainer Röhl, 5 Finger sind keine Faust). Hochproblematisch ist es, um es euphemistisch auszudrücken, wenn Erwachsene sexuelle Übergriffe auf Kinder mit abstrusen Ideologien legitimieren wollen (vgl. u.a. B. Hassenstein, Verhaltensbiologie des Kindes; Wickler/Seibt, Männlich-weiblich; N. Bischof, Rätsel Ödipus; zum Thema ERLÖSUNG DURCH SEX auch Derek Freeman, Margaret Mead and Samoa, The Making and Unmaking of an Anthropological Myth (dt. Liebe ohne Aggression)). Die Reich-Geschichte sollte man 1999 nur noch als Scherz-Anekdote erzählen unter dem Titel: das bisher skurrilste Beispiel aus der Sektengeschichte der Größen-, Erweckungs- und Erlösungsphantasien.

Wolf Doleys
Odenthal



Die Krankheit zum Tode

Kleines Lexikon des Staatlichen Gesundheitswesens

von Roland Baader



Was ist ein **Punkte-Honorarsystem** oder ein sog. **EBM** („Einheitlicher Bewertungsmaßstab“)?

Eine unsinnige Zerlegung zusammenhängender ärztlicher Leistungen in Tausende von Einzelpositionen. Sie dient dazu, den Medizinern die kalkulatorische Kontrolle über den Preis ihrer Leistungen aus der Hand zu nehmen, denn was die Punkte in Mark und Pfennigen wert sind, wird sporadisch zwischen den Krankenkassen und den Kassenärztlichen Vereinigungen - also von Funktionären - ausgehandelt (in den letzten Jahren meistens „nach unten“). Außerdem lassen sich in dieses System Knebelungsmechanismen einbauen (So gibt es z.B. Kassen, die ein EKG nur bei jedem zehnten Patienten „bewerten“. Macht der Arzt mehr EKGs, so bekommt er dafür keine Punkte - also auch kein Geld).

Was ist das **Sachleistungsprinzip**?

Eine Methode, um den Patienten über die Preise der an ihm vollbrachten Arztleistungen vollständig im Dunkeln zu lassen. Das treibt - nicht anders als bei allen anderen Gütern und Diensten, die scheinbar „kostenlos“ angeboten werden - die Nachfrage (hier nach medizinischen Diensten) ins Uferlose. Der Arzt, dessen Honorare gemäß einer Patientenumfrage um das fünf- bis zwanzigfache höher geschätzt werden als sie in Wirklichkeit sind, läßt sich auf diese Weise bestens als Prügelnabe für die finanziellen Desaster des untauglichen Gesundheitssystems mißbrauchen. Hauptsächlich aber ist das Sachleistungsprinzip das Lebenselixier und die saftige Einkommensweide der Kassenfunktionäre. Bei der einzig sinnvollen Alternative, dem **Erstattungsprinzip**, bei dem der Patient die Arztrechnung bekäme und sie dann der Kasse zur Erstattung einreichen müßte, wäre der Patient selber der Kontrolleur; und zwar der einzig taugliche, denn nur er kann wissen, welche ärztlichen Leistungen an ihm vollbracht worden sind - und nicht etwa ferne Funktionäre, die sich anmaßen, Zehn-

und Hunderttausende anonymer „Fälle“ auf sachliche und fachliche Richtigkeit kontrollieren zu können. Zudem wäre die Kontrolle durch den Patienten kostenlos und würde Preistransparenz in den Markt der medizinischen Leistungen bringen. Das aber wäre das Aus für mehr als 90% der Schmarotzerkaste in den Kassen- und Verbandsorganisationen des Gesundheitswesens.

Was ist ein **Globalbudget**?

Der Mißbrauch eines kaufmännisch-solide klingenden Ausdrucks für eine versteckte Rationierung medizinischer Leistungen und für eine raffinierte Methode, die Ärzte um ihr Honorar zu betrügen. Überschreitet die Summe der Abrechnungen aller Ärzte in einer Abrechnungsperiode den Gesamtbetrag X, so wird die X überschreitende Summe gestrichen und nach einem bestimmten Schlüssel „solidarisch“ auf alle Arztpraxen „umgelegt“ (das heißt: unterschlagen). Als Folge tritt das Gegenteil des beabsichtigten Zieles (Kosteneinsparung) ein. Dafür ein Beispiel: Nach der „Honorardeckelung“ ab dem 1. Januar 1996 rechneten die Kassenärzte im ersten Quartal 1996 insgesamt 30 bis 40% mehr Leistungen ab als im entsprechenden Vorjahresquartal. Weil alle Ärzte durch die Deckelung Einkommenseinbußen unbekanntem Ausmaßes erwarteten, wurden die Leistungen „prophylaktisch“ entsprechend hochgeschraubt.

Was ist ein **Praxisbudget** (als vorgesehene Neuerung bei der „Gesundheitsreform 2000“)?

Dasselbe im Kleinen; mit dem Unterschied, daß es hierbei nicht zu einer Leistungsausweitung, sondern zu einer stillen Therapieverweigerung am Patienten kommt. Logischerweise wollen und können die Ärzte nicht die Arbeit, die sie leisten, auch noch aus der eigenen Tasche bezahlen. Schließlich laufen die Praxiskosten auch dann weiter, wenn kein Honorar fließt. Auch eine Arztpraxis ist ein Unternehmen und kann somit zu Konkurs gehen wie je-

des andere Unternehmen. Also fährt der Doktor lieber seine Arbeit und seine Praxis zurück als unabsehbare Einkommenseinbußen in Kauf zu nehmen.

Was ist ein **Medikamentenbudget**?

Dasselbe wie ein Globalbudget, hier jedoch auf dem Nebengeleis der Medikamenten-Verschreibungen. Die Folgen, in den kurzen Worten von Dr. Thomas Kajdi: „Oma bekommt kein teures Blutdruckmittel mehr, dafür aber einen Schlaganfall mit teureren Krankenhaus, Altersheim- und Dauerpflegekosten.“ (s. die Kajdi-Informationen im Internet unter www.neuropsychiater.org/aerztevNeu.htm)

Was ist ein **Hausarzt-Abonnement**?

Eine mit dem wohlklingend-nostalgischen Namen 'Hausarzt' verbrämte Strategie der politischen Systemklempler zur schleichenden Abschaffung der freien Arztwahl und zur fortschreitenden Angebotsdrosselung (längerfristig Ruin und Ausmerzungen der Spezialisten und Spezialpraxen mit der Folge eines rapiden Qualitätszerfalls der Medizin zu Lasten der Kranken).

Was ist eine **Zulassungsbeschränkung** oder **Niederlassungsbeschränkung**?

Ein schlagender Beweis dafür, wie sich die staatssozialistische Tollwut selber in den Schwanz beißt: Erst werden durch ein scheinbar „kostenloses“ (steuerzahlerfinanziertes) Studium Ärzte am Fließband produziert, und dann soll der Schaden durch ein faktisches Berufsverbot „geheilt“ - in Wirklichkeit und letztlich aber durch Sozialhilfe und Arbeitslosengeld für Mediziner noch verschlimmert werden.

Was ist eine **Fall-Pauschale** (wie sie für Krankenhäuser im Gespräch ist)?

Ein Funktionärsspiel auf Leben und Tod. Liegen die Pauschalvergütungen (z.B. für das Legen eines Herzkatheters) zu hoch, so wächst die Gefahr unnötiger Mehrleistungen - bis hin zu Operationen an Gesunden; liegen sie zu niedrig, so besteht die Gefahr unzureichen-



der oder gar unterlassener Behandlung. Auch Ärzte reagieren, wie alle anderen Menschen und Berufsgruppen auch, auf ökonomische Anreize der positiven wie der negativen Art. Außerdem kann die Vorstellung, daß sich Millionen von verschiedenen Krankheitsbildern und Therapievarianten zu ein paar Dutzend „Einheits-Fällen“ rastern lassen, nur kranken Funktionsgehirnen entstammen.

Was ist die **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall**?

Ein genialer Trick der politischen Kaste, die wahren Kosten ihres falschen Gesundheitssystems zu verschleiern, und eine ebenso findige List der Gewerkschaften, ihren Mitgliederfang vermittelt Tarifgeschenken auf Kosten aller Bürger zu betreiben. 1995 beliefen sich die Kosten der deutschen Unternehmen für Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Mutterschaft und Kuren auf rund 70 Milliarden DM. Als Konsumenten tragen die Bürger diese (in den Güterpreisen kalkulatorisch enthaltenen) Kosten zu nahezu hundert Prozent. Zudem fordert diese Regelung den Mißbrauch geradezu heraus, denn auch Arbeitnehmer sind - entgegen der Marx'schen Theorie - keine Heilige. Wie gewaltig die Dimension des „Krankfeierns“ ist, hat das schwedische Beispiel belegt: Als 1993 ein einziger Karenztag eingeführt wurde, stieg die Volksgesundheit über Nacht um fast 25%. Als dann 1994 ab dem zweiten Krankheits-tag nur noch 75% des Lohnes bezahlt werden mußten, trat eine Art Wunderheilung der schwedischen Bürger ein: Die Zahl derjenigen, die „krankheitsbedingt“ nur einen Tag am Arbeitsplatz fehlten, sank von über 1,9 Millionen auf rund 34.600, die gemeldeten zweitägigen Krankheiten gingen von mehr als 1,7 Millionen auf etwa 38.300 zurück - und die dreitägigen von fast 13,2 Millionen auf nur noch 30.400.

Was ist die **GKV** (Gesetzliche Krankenversicherung) in Deutschland?

Eine Umverteilungsmaschinerie und ein politisches Herrschaftsinstrument erster Güte, das den Begriff 'Versicherung' mißbräuchlich verwendet. Sie weist keines der wesentlichen Elemente einer echten Versicherung auf: weder das Äquivalenzprinzip (den stringenten Zusammenhang zwischen persönlichem Beitrag und persönlichem Nutzen), noch die freie Wahl zwischen verschiedenen Versicherungsarten und Versicherungshöhen, noch die Wahl unterschiedlicher

Selbstbeteiligungen, noch die Wahl der Eigenvorsorge, noch die notwendige Preis- und Kostentransparenz eines jeden ordentlichen Versicherungsvertrages.

Was ist ein **Arzt**?

In den Augen der Funktionäre des staatlichen Gesundheitswesens eine besonders niederträchtige, raffgierige und vertrauensunwürdige Menschenrasse, die - anders als alle anderen Gewerbetreibenden - nur darauf aus ist, die Kassen und Beitragszahler zu schröpfen, und die man deshalb bis in die kleinsten Details ihrer Tätigkeit hinein kontrollieren muß. Wie es wirklich um diesen geschundenen Berufsstand steht, hat der große Nationalökonom Wilhelm Röpke schon 1958 mit den Worten dargelegt: „Wie steht es z.B. heute mit den Ärzten? Ihr Dasein - am meisten in den... Wohlfahrtsstaaten - ist deshalb so aufreibend geworden, weil sie nun.. in einer doppelten Abhängigkeit verstrickt sind: in die alte horizontale Marktabhängigkeit (im Verhältnis zu ihren Patienten) und in die neue vertikale Organisationsabhängigkeit (im Verhältnis zu den Krankenkassen). Daß in diesen Schraubstock just derjenige Stand eingespannt ist, von dessen überlegener Ruhe und seelischer Ausgeglichenheit Gesundheit und Leben abhängen, ist eine der größeren Tragödien unserer Zeit.“ [W. Röpke: *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 1956, S.321f.]

Was ist ein **Kassenpatient**?

In den Augen der Partei- und Kassenstrategen ein Wesen mit drei hervorstechenden Eigenschaften: dumm, dreist und überflüssig. Dumm, weil er (angeblich) nicht in der Lage ist, sein Vertrags- und Vertrauensverhältnis zum Arzt genauso zu handhaben wie er es mit seinem Kfz-Mechaniker, seinem Software-Spezialisten oder seinem Rechtsanwalt tut; dreist, weil er glaubt, wenn er ständig mehr bezahlen müsse, dann dürfe er auch ständig mehr und bessere Leistungen fordern; und überflüssig, weil die Kassen- und Verbandsbürokratie hauptsächlich mit sich selber und ihren eigenen Vorschriften - sowie mit der Verwaltung und Verteilung ihrer reichen Pfründe beschäftigt ist, und weil der Patient hierbei nur stört.

Was ist eine **Gesundheitsreform**?

Ein politisches Scheinmanöver, das sporadisch wiederkehrt (die aktuelle „Ge-

sundheitsreform 2000“ ist die zehnte seit 1977), um (angeblich) die schlimmsten Fehlwirkungen der vorangegangenen Reformen zu heilen. Im falschen staatlichen System kann jedoch die Reform von Unsinn nur neuen und noch größeren Unsinn schaffen.

Was ist das **staatliche Gesundheitswesen**?

Ein Bankrottsystem, ein Machtinstrument zur totalen Politisierung des Lebens der Bürger, und - wie jeder andere sozialistische Weltverbesserungsversuch auch - ein System des Todes. Ruth Richardson, neuseeländische Finanzministerin von 1990 bis 1994, hat es kurz und präzise formuliert: „Wir wissen, daß der Staat als Unternehmer ein Bankrotteur ist, aber dennoch glauben die meisten Menschen, er könne hochwertige Gesundheits- und Bildungsdienste erzeugen.“ [Policy, vol. 12/3, 1996]. Die versteckten Umverteilungssummen dieses Systems sind atemberaubend. Schon die hohen Versicherungspflichtgrenzen bedeuten eine Art zweiter progressiver Einkommensteuer, und die versicherungsfremden Leistungen (z.B. beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen und der sog. Solidarbeitrag für die Rentner) lagen bereits 1994 bei weit über hundert Milliarden DM.

Fazit: Wer dem Staat (der Politik, der Regierung und der Bürokratie) die Zuständigkeit für die Gesundheit der Bürger zuweist, der weist ihm letztlich die Zuständigkeit über Leben und Tod zu. Die politische Kaste und ihre willigen Schergen in den Syndikaten und Interessenverbänden des Wohlfahrtsstaates werden sich - als Wächter über die Volksgesundheit und deren Kosten - alsbald um Alkohol- und Tabakverbote „kümmern“, sodann um Sanktionen für Übergewichtige, um Sondersteuern auf Luxusgüter und „gefährliche“ Güter aller Art (wie z.B. Autos), um das Verbot gefährlicher Sportarten, um die Zulassung und Zurückweisung von Medikamenten - und schließlich auch um Geburtenkontrolle und Euthanasie, um Leben und Tod.

Bedenke, Sozialmensch im sozialsozialistischen Sozialstaat, daß jede Entscheidung in deinem Leben, die deiner freien Wahl auf freien Märkten entzogen wird, im selben Atemzug zum politischen Befehl mutiert. Und wer den Umgang mit der knappsten aller Ressourcen, nämlich der Lebenszeit und dem gesundheitlichen Wohlbefinden der



Menschen, dem untauglichsten aller Unternehmer, nämlich dem Staat zuweist, der handelt in unentschuldbarer Weise verantwortungslos und selbstentmündigend. Es kann und darf im Gesundheitswesen nur eine einzige sinnvolle, effiziente und menschenwürdige Reform geben: Zurück zum Markt, zurück zum uralten Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient. Der Arzt muß wieder Unternehmer werden - und der Patient wieder König Kunde.

Der Innovations-, Beschäftigungs-, Kostensenkungs- und Qualitätsverbesserungsschub, den die Deregulierung des staatlichen Telefonmonopols ausgelöst hat, wäre nur ein Klacks gegen das, was eine Entstaatlichung des Gesundheitswesens bewirken würde. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß jeder Mensch sich selbst gehört - und nicht dem Staat. Auch der kranke Mensch. Die schwerste Krankheit des homo sapiens im 20. Jahrhundert war und ist seine Staatshörigkeit. Sie ist die eigentliche 'Krankheit zum Tode' einer jeden Zivilisation.

Roland Baader, Dipl. Volkswirt, geb. 1940. Studium der Nationalökonomie und der Soziologie in Freiburg und München. Diplomarbeit bei Friedrich A. von Hayek. Langjähriger Industriemanager und Unternehmensleiter. Seit 1987 freier Autor. Zahlreiche Veröffentlichungen, u.a.: „Kreide für den Wolf. Die tödliche Illusion vom besiegten Sozialismus, Böblingen 1991“, „Fauler Zauber. Schein und Wirklichkeit des Sozialstaats, Gräfeling 1997“. Aktuell: „Die belogene Generation, Gräfeling 1999“. Herausgeber der Reihe "Freiheitsdenker der Gegenwart" im Resch Verlag, Gräfeling. Mitglied der Mont Pelerin Society.

**Einladung zum
Libertären Forum '99**
vom 19.-21.11.1999

Liebe Interessierte,
die zahlreichen Namen und Nachrichten von Libertären aus dem englischsprachigen Kreis lassen häufig vergessen, daß wesentliche Gedanken und Arbeiten zum Thema der Freiheit zuerst auf deutsch formuliert wurden. Die Liberale Akademie Berlin stellt daher das Thema des diesjährigen Libertären Forums unter das Thema

Freiheit - eine deutsche Idee

und möchte damit an hervorragende Denker und Kämpfer wie W. v. Humboldt, M. Stirner, Eugen Richter und L. v. Mises erinnern. Zu diesem spannenden Thema konnten wir wieder einige der bekanntesten heutigen Vertreter radikalliberaler Ideen gewinnen.

Das Programm:

Freitag 19.11.

19.00-20.00

Robert Nef: DEUTSCHE FREIHEIT - EIN OPFER WECHSELNDER KOALITIONEN

Sonnabend 20.11.

8.30-9.45 Hardy Bouillon: Libertäre Ansätze in Deutschland (Wilhelm v. Humboldt, die Freihändler, die österreichische Schule)“

9.45-11.00 Roland Baader: SOZIALISMUS - EINE DEUTSCHE IDEE

11.15-12.30 Gerd Habermann: Eugen Richter (Thema noch nicht bestätigt)

Mittag

14.00-15.15 Reinhard Deutsch: GELD UND FREIHEIT IN DEUTSCHLAND - VOM MITTELALTER ZUR GEGENWART

- Geschichte des Geldes in Deutschland

- Das Geldsystem als staatliches Betrugsinstrument

- Wie hat es sich entwickelt?

- Der aktuelle Stand der Entwicklung

16.00-18.00 Panel

Sonntag 21.11.

9.00-10.15 Detmar Doering: Das genossenschaftliche System in der deutschen Tradition: Althusius, Bluntschli, Gierke

10.15-11.30 Gerard Radnitzky: IN DUBIO PRO REO - ARGUMENT IN FAVOUR OF LIBERTY

Tagungsort:

Haus der Jugend, Frankfurt

Deutschherrnufer 12

60594 Frankfurt

Tel. 069/610 015-0, Fax -99

Preise:

DM 295,- zum Standardpreis beinhaltet Übernachtung im Doppelbettzimmer und Verpflegung im Haus der Jugend.

DM 170,- zum ermäßigten Preis für Auszubildende, Studenten beinhaltet Übernachtung im Doppelbettzimmer und Verpflegung im Haus der Jugend.

DM 225,- Standardpreis ohne Übernachtung (mit Verpflegung im Haus der Jugend)

DM 120,- zum ermäßigten Preis für Auszubildende, Studenten ohne Übernachtung (mit Verpflegung im Haus der Jugend)

Der Veranstalter behält sich Änderungen am Tagungsprogramm vor. Die Teilnahmegebühr muß spätestens bei Tagungsbeginn beim Veranstalter in bar oder per Barscheck bezahlt oder vorher überwiesen werden auf

Kontonummer: 06 004 635 00

Bankleitzahl: 100 800 00

Dresdner Bank Berlin

Für die **Anmeldung** benötigen wir: Name, Anschrift, Telefon/Telefax/E-Mail, gewünschte Zahlungsart

Kontakt:

Reinhard Stiebler, Kopernikusplatz 36, 90459 Nürnberg

Tel: 0911/430 5008, Fax: 0911/430 5058, e-mail: rstiebler@der-markt.com



Julian L. Simon

1932-1998

von Claus Diem



„I have never before written a fan letter to a professional colleague, but to discover that you have in your Economics of Population Growth provided the empirical evidence for what with me is the result of a life-time of theoretical speculation, is too exiting an experience not to share with you.“ (F.A. v. Hayek, 1981, aus einem Brief an Simon)

Julian L. Simon schwamm gegen den Strom. In einer Zeit, in der diskutiert wurde, ob die „Grenzen des Wachstums“ im Jahre 1995 oder erst 2000 erreicht sein werden, vertritt er, dass es überhaupt keine Grenze des Wachstum gibt.

Als bevölkerungswissenschaftlicher Ökonom wird Simon durch sein 1977 erschienenes Buch *The Economics of Population Growth* [1] bekannt. In diesem Buch vertritt er seine Theorie über einen positiven Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Wohlstandsmehrung gegenüber der Fachwelt. Vier Jahre später stellt er seine Theorie allgemeinverständlich und in größerem Kontext in *The Ultimate Resource* dar. Es folgen zahlreiche wissenschaftliche und populärwissenschaftliche Artikel und Bücher über Bevölkerungsökonomie und Umweltthemen. Unter ihnen ist auch das von ihm editierte Buch *The State of Humanity* [2], eine Sammlung von Aufsätzen verschiedener Autoren über die positive Entwicklung des Wohlstandes, der Verfügbarkeit der natürlichen Ressourcen und der Umweltverschmutzung, und eine Neubearbeitung von *The Ultimate Resource*, das nun den Titel *The Ultimate Resource 2* [3] trägt.

Simon faßt seine Position folgendermaßen zusammen: *„Kurzfristig sind alle Ressourcen beschränkt. [...] Langfristig aber ist die Sache anders. Der Lebensstandart ist seit Beginn der aufgezeichneten Zeit mit der Größe der Bevölkerung gestiegen. Es gibt kein überzeugendes ökonomisches Argument, warum diese Trends hin zu einem besseren Leben nicht*

für immer weitergehen sollten.“ [4] Dies erklärt er dadurch, daß *„größerer Konsum infolge von Bevölkerungszunahme und Einkommenszunahme Knappheit [erhöht] und [steigende] Preise verursacht. Ein höherer Preis bedeutet eine Gelegenheit die, Erfinder und Geschäftsleute dazu leitet, nach neuen Wege zu suchen, um diese Mängel zu beheben. Einige scheitern, zum eigenen Schaden. Einige wenige schaffen es, und das endgültige Ergebnis ist, daß wir am Ende besser dran sind, als wenn die ursprünglichen Mangelprobleme nie aufgekommen wären.“* [5] *„Der entscheidende Rohstoff, um unseren Fortschritt anzutreiben, ist unser Bestand an Wissen, und das Hemmnis ist unsere Phantasielosigkeit. Die ultimative Ressource sind Menschen - ausgebildete, beherzte, hoffnungsvolle Menschen, die ihre Wünsche und Vorstellungen zum eigenen Gewinn umsetzen, und zwangsläufig werden sie nicht nur sich selber nutzen, sondern auch dem Rest von uns.“* [6]

Beständiger Fortschritt

Die Stärke von Simons Argumentation liegt im ausgedehnten und gut aufbereiteten Datenmaterial, das er präsentiert. In der Tat waren es die Fakten, die Simon zu seiner Theorie führten. [7] Die präsentierten Daten, insbesondere in *The State of Humanity*, zeigen: Buchstäblich jeder Indikator, der menschlichen Wohlstand (den materiellen Wohlstand, aber auch beispielsweise das Bildungsniveau, die Bekämpfung von Krankheiten und vieles mehr) mißt, ist im Moment auf dem Höchststand - weltweit.

Sehr beeindruckend ist beispielsweise die Entwicklung des Indikators, der mehr als jeder andere den Stand der menschlichen Entwicklung und des Wohlstands charakterisiert: Der Lebenserwartung. Man schätzt, daß die Lebenserwartung im Mittelalter in Europa bei unter 30 Jahren lag, um 1800 lag sie bei 40 Jahren, um 1900 bei 50 Jahren und heute beträgt sie über 70 Jah-

re. Noch beeindruckender ist die Entwicklung in den Entwicklungsländern. Am Anfang des Jahrhunderts betrug die Lebenserwartung in Indien 25 Jahre, genau wie um China 1930. Heute beträgt die Lebenserwartung in China 70 Jahre und in Indien 57 Jahre. Auch die mit 50 Jahren relativ geringe Lebenserwartung in den ärmsten Ländern Afrikas ist ein großer Fortschritt. [8]

Aber was ist mit natürlichen Ressourcen? Müssen uns die Ressourcen nicht ausgehen, wenn immer mehr Menschen im Wohlstand leben? Die Daten zeigen ein anderes Bild: Obwohl die Produktion ständig gesteigert wird, fallen die Preise der Rohstoffe beständig, sowohl gemessen am durchschnittlichen Einkommen als auch am Preisindex. Dies deutet daraufhin, daß Rohstoffe mit der Zeit weniger knapp werden. Dieses Ergebnis ist konsistent mit der Entwicklung der technischen Prognosen über die Menge der verfügbaren Rohstoffe. Offensichtlich ist weniger die Menge der Rohstoffe in der Erde der limitierende Faktor als das menschliche Wissen. Und was ist, wenn doch (fast) alle Rohstoffe auf der Erde aufgebraucht sind? Zurecht weist Simon darauf hin, daß alle Rohstoffprobleme durch Energieeinsatz gelöst werden können, und Energie gibt es aufgrund der Sonneneinstrahlung im Prinzip genug.

Und was ist mit der Umweltverschmutzung? Zuerst einmal führt Simon aus, daß die Umwelt in vielerlei Hinsicht „sauberer“ geworden ist. So waren im Mittelalter die Straßen voll von Müll und noch vor relativ kurzer Zeit verursachten Fäkaleinleitungen in Flüsse schlimme Krankheiten. Sicherlich kamen mit der Industrialisierung neue Probleme auf. Simon zeigt aber, daß diese Probleme wieder abnehmen, wenn ein Land ein gewisses Wohlstandsniveau erreicht hat.

Nachdem nun die großen menschenbedrohenden Umweltprobleme gelöst worden sind, ist es in letzter Zeit popu-



lär geworden, auf angebliche globale Umweltprobleme hinzuweisen und den baldigen Untergang der menschlichen Zivilisation vorauszusagen. Stichworte sind Artensterben, saurer Regen, Ozonlon oder der Treibhauseffekt. Jedes dieser Probleme erfordert eine detailliertere Auseinandersetzung. Hier sei nur angemerkt, daß für Simon diese Probleme wissenschaftlich gesehen so gut wie tot sind.

Anmerkungen zu Simons Theorie

So vielversprechend der aktuelle technische Fortschritt auch ist - Simon stellt seine Theorie, daß Bevölkerungsvermehrung und Knappheit stets langfristig zu Wohlstandsmehrung führt, zu sehr als ökonomisches Gesetz dar. Es gibt keinen theoretischen Grund, daß jede Gesellschaft hierzu in der Lage sein sollte. Vielmehr setzt Simons theoretische Argumentation (s.o.) schon voraus, daß es rationales, naturwissenschaftliches Denken, Marktwirtschaft und Arbeitsteilung gibt. Wenn dies nicht gegeben ist, führt Bevölkerungswachstum und verschärfte Not eher zu aus-

geprägterem Aberglauben und Krieg. Außerdem ist seine Erklärung für den technischen Fortschritt, selbst wenn man ökonomische Freiheit voraussetzt, unvollständig. Die heutige Anhäufung des Wissens kann nicht allein durch Knappheit und den Preismechanismus erklärt werden. Es zeichnet die moderne wissenschaftliche Entwicklung aus, daß es Menschen gibt, die wissen wollen, „was die Welt im Innersten zusammenhält“. Ökonomisch gesehen handelt es sich bei der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung weniger um Investition als um Konsum. Beispielsweise waren sicherlich Newtons Forschungen über die Mechanik und seine Entwicklung der Infinitesimalrechnung nicht knappheitsinduziert. Sie waren aber die Basis für weitere Forschungen, auf welchen später die Industrialisierung beruhte.

Vielleicht hat Simon doch zu sehr auf die letzten 200 Jahre und insbesondere auf Amerika geschaut. Eine andere Perspektive bietet das Buch *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Deutschland* des Göttinger Profes-

sors Wilhelm Abel (1904-1985). Hier wird gezeigt, daß von 1350 bis 1850 die Löhne in Deutschland (gemessen anhand eines Warenkorb) sanken, wenn die Bevölkerung anstieg und umgekehrt. (Obwohl es in diesem Zeitraum Fortschritte in Naturwissenschaft und Technik gegeben hat.) Dies änderte sich erst mit Einführung moderner technischer und wirtschaftlicher Methoden in der Landwirtschaft und der Industrialisierung. Daß in den letzten 2 bis 3

Generationen in den Entwicklungsländern sowohl die Bevölkerung als auch der individuelle Wohlstand und die Lebenserwartung zugenommen haben, bedeutet gerade, daß heute nahezu kein Land ein geringeres technisches und wirtschaftliches Niveau aufweist als Europa am Ende des 19. Jahrhunderts.

Noch problematischer wird Simons Argumentation, wenn er sich metaphysischen Spekulationen über die Zukunft der Menschheit ergibt. Dabei sieht sich Simon selbst wohl als kritischer Rationalist [9] und müßte sich daher davor hüten, metaphysische Aussagen zu machen. Beispielsweise diskutiert er ein ganzes Kapital lang, ob Ressourcen „endlich“ sind.[10] Er definiert „Ressourcen“ „eher als die Leistungen, die man aus ihnen gewinnen kann, als Vorkommen von Mineralien“. [11] Dann zeigt er, daß „natürliche Ressourcen, richtig definiert, nicht gemessen werden können.“ Hieraus schließt er: „Natürliche Ressourcen sind nicht endlich.“ [12] Dieser Schluß ist falsch. Vielmehr müßte der Schluß lauten, daß man keine Aussage darüber machen kann, ob natürliche Ressourcen endlich (beschränkt) sind. Zu jedem Zeitpunkt beschränkt das menschliche Wissen die natürlichen Ressourcen. (Nach Simons Definition von Ressourcen eine Tautologie). Damit Ressourcen tatsächlich „unendlich“ sind, müßten in der Zukunft unendlich viele Menschen leben, und diese Menschen müßten beständig mit zusätzlichem Wissen schwindende Rohstoffvorkommen ausgleichen. Eine Spekulation! Trotzdem fasziniert die Idee der „unendlichen Ressourcen“ Simon so sehr, daß er sogar über das Fortbestehen der Menschheit nach Zusammenbruch des Sonnensystems nachdenkt. Mit diesen und ähnlichen Spekulationen tut er sich keinen Gefallen, er öffnet nur eine Breitseite gegenüber denen, die ihn als Gründer einer neuen Fortschrittsreligion abtun wollen.

In *The Ultimate Resource 2* wird nicht bewiesen, daß es immer einen positiven Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Wohlstand gibt. Ist die Analyse in *The Economics of Population Growth* tiefergehend? Hier erlebt der Leser eine herbe Enttäuschung. Im Mittelpunkt des Buches stehen arithmetische Modelle über das „Volkseinkommen“ von Entwicklungs- und Industrieländern bei wachsender Bevölkerung. Dabei postuliert Simon insbesondere: Falls das pro Person eingesetzte



Bild: Julian L. Simon



Kapital konstant ist, dann ist im Falle von Entwicklungsländern die (prozentuale) Steigerung des *durchschnittlichen* Einkommens der arbeitenden Bevölkerung proportional zum (prozentualen) Wachstum der arbeitenden Bevölkerung. Im Falle von Industrieländern ist die (prozentuale) Steigerung des *durchschnittlichen* Einkommens der arbeitenden Bevölkerung proportional zur arbeitenden Bevölkerung. Ersteres begründet er mit positiven Auswirkungen höherer Bevölkerungsdichte, letzteres mit wissenschaftlichem Fortschritt. (Mit anderen Worten: Er macht genau die Annahmen, die es eigentlich zu beweisen gilt.) Unter diesen und weiteren Annahmen (beispielsweise über die Kapitalentwicklung) kommt er mit Hilfe ausgedehnter Computersimulationen zu dem nicht sehr überraschenden Schluß, daß unter einer einigermaßen sinnvollen Wahl von Parametern Bevölkerungszunahme nach anderthalb bis vier Generationen dauerhafte positive Auswirkungen auf den Wohlstand hat.

Simon und seine Kritiker

Auffällig in *The Ultimate Resource 2* ist der verbindliche und offene Stil Simons. Er spricht den Leser direkt an und erzählt viel über sich selbst, seine Gefühle, die Art und Weise, wie er zu seinen Schlüssen gekommen ist und welche Auswirkungen diese auf sein Leben hatten. So erfährt der Leser, daß Simon aufgrund der positiven Ergebnisse seiner Untersuchungen eine „*Depression von ungewöhnlicher Dauer*“ überwinden konnte. [13]

Sehr persönlich ist auch Simons Umgang mit seinen Kritikern. Er widmet ihnen ein ganzes Kapitel. [14] Besonders geht er auf seinen Hauptkritiker, den amerikanischen Bevölkerungswissenschaftler Paul Ehrlich (nicht zu verwechseln mit dem deutschen Mediziner) ein. Ein ums andere Mal widerlegt Simon Ehrlichs pessimistische Aussichten über die Menschheit und die Erde. Dabei bleibt er stets sachlich, ohne allerdings seine humanistische Grundeinstellung zu verbergen. Im Gegensatz dazu greift Ehrlich Simon ausschließlich in überheblicher Weise und auf persönlicher Ebene an. Als Ehrlich nach seiner Meinung über Simon gefragt wird, antwortet er „*das ist, als ob man einen Nuklearphysiker über Horoskope befragen würde*“ [15]

Die Auseinandersetzung zwischen Si-

mon und Ehrlich gipfelt schließlich in einer Wette. Simon fordert die Öffentlichkeit auf, \$ 10.000 auf Mineralien, Essen oder sonstige Waren zu setzen und einen beliebigen Zeitraum zu wählen. Wenn der Preis in dem Zeitraum stiege, würde er die Preisdifferenz zahlen. Ansonsten verlange er die Preisdifferenz. Im Jahr 1980 geht Ehrlich auf die Wette ein. Er wählt 5 Rohstoffe - Kupfer, Chrom, Nickel, Zinn und Wolfram und einen Zeitraum von 10 Jahren. Ehrlich verliert: Die Preise aller 5 Metalle sind gefallen, Ehrlich muß Simon einen Check über \$ 576 ausstellen. Erwartungsgemäß führt dies nicht dazu, daß Ehrlich seine Theorie überdenkt. Vielmehr nehmen nur seine Ausfälle gegenüber Simon zu.

Simon hat es schwer mit seinen Kritikern. Besonders trifft ihn wohl der Vorwurf, er verstehe sowieso nichts von Bevölkerungsökonomie und verwandten Gebieten, weil er selber Professor für Marketing ist und - schlimmer noch - zwei Jahre lang einen Versandhandel besessen hat. Diese Art Kritik, die mehr auf die Qualifikation des Autors als auf seine Argumente abzielt, ist per se unredlich und unwissenschaftlich. In diesem Fall ist sie darüberhinaus eine bewußte Halbinformation. Simon hat sich 30 Jahre lang mit diesen Themen beschäftigt, und das kommt in jeder Zeile seiner Bücher zum Ausdruck.

Simons politische Vorstellungen

Wie stets bei Denkern, die wahrhaft „alternative“ Vorstellungen haben, fällt es Simons Gegnern auch schwer, ihn politisch einzuklassifizieren. Von rechts wird er aufgrund seiner fortschrittsorientierten Einstellung als Marxist bezeichnet, obwohl er argumentiert, daß der Fortschritt in einer freiheitlichen Gesellschaft stets höher sei als in einer unfreien Gesellschaft. Für Linke ist er ein Konservativer, obwohl er für freie Einwanderung in die Vereinigten Staaten eintritt und sogar ein Buch über die positiven Effekte der Einwanderung schreibt. [16] Er selber ordnet sich nahe F.A. v. Hayek und M. Friedman ein. [17] Indirekt distanziert er sich davon, ein „Libertarian“ zu sein. [18] Seine politischen Ansichten sind eher neo-liberal als klassisch liberal oder gar libertär. So schreibt er wiederholt, er habe nichts gegen direkte Umverteilung von Reich zu Arm [19] oder dagegen, Menschen durch staatliche Förderung Möglichkeiten zu eröffnen. Mit der Zeit

scheint er allerdings unter dem Einfluss von Friedmans und insbesondere Hayeks Schriften staatskritischer zu werden.

Grundsätzlich ist seine Argumentation utilitaristisch. In den 70 Jahren vertritt er, man könne durchaus mit Hilfe von Indikatoren zwischenmenschliche Vergleiche über Wohlstand durchführen und als Basis für Umverteilung nutzen. [20] Der Maßstab solle „das größte Glück der größten Zahl“ sein. Unter dem Einfluß von Hayeks Schriften wendet er sich später von diesem Konzept ab und vertritt ein „*erweitertes Pareto Optimum*“: „*Wenn es niemandem schlechter geht und mehr Menschen das Leben genießen, ist dies ein vorzuziehender Zustand.*“ Langfristig sei Bevölkerungswachstum mit einem größeren erweiterten Pareto Optimum konsistent. [21] Das Problem an dieser Aussage ist allerdings, daß der Zeitraum nicht allzu lang sein darf, da ansonsten andere Menschen leben und doch wieder interpersonelle Vergleiche angestellt werden müssen.

Etwas merkwürdig wird Simons Argumentation oder zumindest seine Sprachwahl manchmal, wenn er über potentielle Menschen redet, die aufgrund von Propaganda vielleicht oder vielleicht nicht gezeugt werden. Ausgehend von der Tatsache, daß jeder seinem eigenen Leben einen Wert zumißt, fragt Simon, warum man nicht auch die Ansprüche von „zusätzlichen“ Menschen betrachten sollte. Wohlgermerkt geht es hier aber um „Ansprüche“ von Menschen, die gar nicht existieren. [22]

Simon und seine Zeit

Simons Arbeiten fallen in eine Zeit, in der Erdschützern jedes Mittel recht ist, um die Erde von den menschlichen „Parasiten“ zu befreien. Auch wenn ihnen dies nicht gelingt, zumindest haben sie die öffentliche Meinung in den Industriestaaten für sich gewonnen. Paul Ehrlich bekam 1990 für seine menschenverachtenden Thesen den „alternativen Nobelpreis“, fast täglich kann man in den Medien neue Horrornachrichten über ökologische Katastrophen hören. Diese Nachrichten werden zwar meist ebenso schnell widerlegt, wie sie angekommen sind, aber das ist dann keine Meldung mehr wert.

Dagegen hielt Simon die Fahne der Wissenschaftlichkeit und Integrität



hoch. Noch lange wird sein Name mit seiner Forschung und seiner optimistischen Einstellung in Bezug auf menschliche Kreativität und Willen verbunden bleiben. Aber ist der Glaube an Wachstum nicht genauso einseitig wie die Position seiner Gegner? Dazu schreibt Simon: „Menschen, die die Botschaft dieses Buches [The State of Humanity] lesen, fragen oft, 'Aber was ist mit den Daten der anderen Seite?'. Es gibt keine anderen Daten.“ [23]

Fußnoten

- [1] Julian L. Simon: The Economics of Population Growth, Princeton University Press (1977)
- [2] Julian L. Simon (ed): The State of Humanity, Blackwell (1995), 2. Auflage 1997
- [3] Julian L. Simon: The Ultimate Resource 2, Princeton University Press (1996)
- [4] „In the short run, all resources are limited. [...] The longer run, however, is a different story. The standard of living has risen along with the size of the world's population since the beginning of recorded time. There is no convincing economic reason why these trends towards a better life should not continue indefinitely.“ (The Ultimate Resource 2, Introduction, The State of the Argument, Seite 12)
- [5] „Greater consumption due to an increase in population and growth of income heightens scarcity and induces price run-ups. A higher price represents an opportunity that leads investors and business-people to seek new ways to satisfy these shortages. Some fail, at cost to themselves. A few succeed, and the final result is that we end better off than if the original shortage problems had never arisen.“ (ebenda)
- [6] „The main fuel to speed our progress is our stock of knowledge, and the brake is our lack of imagination. The ultimate resource is people - skilled, spirited, and hopeful people who will exert their wills and imaginations for their benefit, and inevitably they will benefit not only themselves but the rest of us as well.“ (The Ultimate Resource 2, Conclusion, What does the Future Hold?, Seite 589)
- [7] „It was the facts that changed my mind about population growth away from the conventional belief. It was not some wider, preexisting set of beliefs that brought me to the point I am now at.“ (The Ultimate Resource 2, Preface, Seite xxxi)
- [8] Samuel H. Preston: Human Mortality Throughout History and Prehistory in „The State of Humanity“, Kapitel 2
- [9] „If no data could falsify your belief, then your position is a matter of metaphysical belief, on the same intellectual footing as theology rather than science.“ (The Ultimate Resource 2, Introduction, Seite 10)
- [10] The Ultimate Resource 2, Kapitel 3, Can natural Resources be Infinite?
- [11] „... definition of resources as the services they provide rather than as stocks of materials ...“ (The Ultimate Resource 2, Kapitel 1, Raw-Material Scarcity, Summary,

Seite 37)

- [12] „Chapter 2 showed that natural resources, properly defined, cannot be measured. Here I draw the logical conclusion: Natural resources are not finite.“ (The Ultimate Resource, Kapitel 3, Can natural Resources be infinite?, Seite 54)
- [13] „When I began my population in the 1960s, I was in the midst of a depression of unusual duration [...] As I studied the economics of population and worked my way to the views I now hold [...] my outlook for myself, for my family, and for the future of humanity became increasingly optimistic. Eventually I was able to pull myself out of my depression, and it has never recurred.“ (The Ultimate Resource 2, Preface, Message to Future Generations, Seite xxxvii)
- [14] The Ultimate Resource 2, Epilogue - My critics and I
- [15] „And when asked his [Ehrlichs, CD] opinion of Simon, he said 'that's like asking a nuclear physicist about horoscopes'“ (The Ultimate Resource 2, Epilogue - My critics and I, Seite 605)
- [16] Julian L. Simon: The Economic Consequences of Immigration (1989)
- [17] „... if the reader insists on placing me in some niche, the closest is that of Hayek and Friedman [...], and more generally, the niche of David Hume and Adam Smith.“ (The Ultimate Resource 2, Kapitel 39 - The Key Values, Values about Population in Relation to Other Values, Seite 577)
- [18] „I have been attacked by people [...] as a Marxist and a Red, and by still others as a libertarian.“ (The Ultimate Resource 2, Epilogue - My critics and I, Politicized Criticism, Attacks from the Far Right and Far Left, Seite 607, Hervorhebung CD)
- [19] „... And nothing that I write is inconsistent with, or antagonistic to, direct tax transfers from the rich to the poor of a large proportion of the society (as a democracy deems appropriate).“ (The Ultimate Resource 2, Preface, What's New in the Second Edition?, Seitexxxvi)
- [20] Interpersonal Comparisons Can Be Made - and Used for Redistribution Decisions (Kykkos, vol. XXVII, No.1, Seiten 63 - 98, 1974)
- [21] „Under the influence of Hayek's writings, however, I no longer rely on this value [the greatest good for the greatest number] because the idea of adding people's happiness is fraught with difficulties so great that it is unworkable. Instead, I now use what I call the 'expanded Pareto optimum' - that is, that if no one is made worse off, and there are more people to enjoy life, that is a preferable state of affairs. And in the long run, population growth is consistent with a larger expanded Pareto optimum.“ (The Ultimate Resource 2, Kapitel 39- The Key Values, The Value of Per Capita Income in the Short Run, Seite 563)
- [22] „... the lives of additional people will be of value to those people themselves. Why should we not honor their claims too?“ (The Ultimate Resource 2, Preface, About this Author and his Values, Seite xxxii, Hervorhebung CD)
- [23] „Hearers of the message of this book often ask, 'but what about the other side's data?' There are no other data.“ (The State of Humanity, Introduction, Can all this Good News be True?, Seite 23)

Anzeige

Zum guten Schluss: den KALENDA 2000

Alles hat ein Ende, nur die W...ende hat zwei. Fuer die einen ist Silvester 99/2000, fuer die anderen Silvester 00/2001 das ENDE des zweiten Milleniums christlicher Zweitrechnung. ChinesInnen, AraberInnen, JuedInnen, InderInnen, Mayas ... mit einem Wort, die halbe Welt sieht das anders. Unbeeindruckt davon kriegt ihr den 18. schwarzroten KALENDA zum Jahr 00 mit einer deftigen Portion ANARCHIE geliefert - druckfrisch frei Haus, versteht sich! Auf 288 fadengebundenen Seiten (rund 50 davon @dressen!) im Paperback findet ihr das beruehmt-beruechtigte KALENDARium (wiedermal gestaltet von @ndi) mit vielen Cartoons, Grafiken, Spruechen und Daten zur libertaeren Weltsicht und dazwischen A-Geschichte, A-Projekte, Stories und Erwaegungen was abgeht und wie. Diesmal: Der Elchtest - Anarchie in Schweden, Nation_A_lismus?, C.I.R.A., Pieing - Torten statt Bomben, WWWie jehts billja?, CAB - Anarch@kuriere, Authentizitaet, Die Graswurzelbewegung, u.v.a.m..

Ansonsten „the same procedure as every millenium“: preisstabile 15 DM Vorauskasse (!) an das Nordsuedgefaelle-Konto 508 48 801, Ralf G. Landmesser, Postbank Muenchen, BLZ 700 100 80, oder cash/ec an R.G.Landmesser / SCHWARZROTBUCH VERLAG, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin. Wichtig: Eure Adresse !!! Massenrabatt ab 5 Stk. 11 DM, ab 20 Stk. je 10 DM incl. Versandkosten, ab 250 Stk. nur 7,50 DM + Porto/Verp.. Natuerlich gibts den KALENDA 2000 auch im echt g u t e n Buchh@ndel. PI@nziel: ab Mitte Oktober/November 99.

Claus Diem, Diplom-Mathematiker, geb. 1972, Studium an den Universitäten Karlsruhe, Waterloo, Bonn, Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung, zur Zeit Promotion in Mathematik.



Eigentümlich frei in Costa Rica



von Stefan Metzeler

Ja, eigentümlich, das war sie schon, die diesjährige Konferenz in Costa Rica. Aber das ist wohl immer so, wenn sich freiheitsliebende Menschen aus aller Welt treffen, um Gedanken auszutauschen. Das kleine Land Costa Rica in Zentral-Amerika, zwischen Karibik und Pazifik gelegen, mit Vulkanen übersät und von gelegentlichen Erdbeben erschüttert (wie vom Autor erlebt, aber gut überstanden), war eine ausgezeichnete Wahl für das diesjährige Treffen der International Society for Individual Liberty (ISIL). Besonders hervorgehoben sei die Tatsache, daß Costa Rica schon vor 50 Jahren seine Armee demokratisch abgeschafft hat und trotz gar nicht so friedlicher Nachbarn deswegen bislang keine Probleme hatte.

Die Landschaft und das Klima von Costa Rica sind ganz eindeutig eine Reise wert. Ich möchte hier zwar keine Tourismus-Werbung machen, aber gesagt sei es doch: Es ist ein ideales Feriendland zum ausspannen. Auch die Bevölkerung ist sehr nett und zuvorkommend. Natürlich fehlt es hier und da auch mal an Komfort, die Straßen sind oft etwas holprig, aber man reist ja nicht in die Tropen, um über Autobahnen zu brausen. Andererseits muß man anfügen, daß es auch Hotels der gehobenen Klasse gibt, wie z.B. das „Herradura“ oder das „Bougainvillier“, welche selbst für große Konferenzen bestens ausgerüstet sind.

Die Hauptstadt San José ist dicht bevölkert, leidet am typischen chronischen Verkehrschaos der Drittwelt-Städte und ist nicht ganz sicher. Jedenfalls sollte man nachts immer Vorsicht walten und kein Gepäck unbeaufsichtigt lassen. Aber bereits ein paar Kilometer außerhalb ist das ganze Gerangel vergessen und niemand verriegelt seine Haustür, falls es eine solche überhaupt gibt.

Man könnte gar versucht sein, sich in dem charmanten Land niederzulassen. Und genau daran dachte Joseph Overton, der Senior Vice President vom „Mackinac Center for Public Policy“, einem liberalen Think Tank in Michigan.

Mit Overton habe ich zwei herrliche Tage damit zugebracht, Farm- und Wohnland zu besichtigen. Man kann tatsächlich unglaublich große Domänen für wenig Geld erwerben. Es wurden uns Grundstücke von 75 bis 500 Hektar angeboten, zu etwa \$ 1.500 bis \$ 3.000 pro Hektar.

Nun zum eigentlichen Zweck meiner Reise, der ISIL-Konferenz: Nach Rom anno 1997 und Berlin im letzten Jahr war dies meine dritte Teilnahme an einer solchen. Wenn man noch die anderen Treffen dazurechnet, wie z.B. das jährliche Euro-Meeting in Kopenhagen, so lernt man schnell den harten Kern der Libertarianer kennen und die Konferenzen könnten beinahe zum Familientreffen verkommen. Doch diesmal fanden sich viele neue Gesichter, nebst all den wohlbekannten und geschätzten Persönlichkeiten wie Ken Schoolland (Autor von „Jonathan Gullible“), Mary Ruwart („Healing our World“, „Short Answers to tough Questions“), Hubert & Rita Jongen (die die „Libertarian International“ wieder zum Leben erweckten und ganz klammheimlich in Costa Rica noch geheiratet haben), Barun Mitra („Liberty Institute New Delhi“) und so viele andere mehr, daß ich sie unmöglich aufzählen kann.

Neu waren natürlich viele Teilnehmer aus der lateinamerikanischen Welt, für die die Reise nach Nord-Amerika oder Europa sonst meist zu lang und teuer ist. Neu waren vor allem auch all die jungen Leute des „Movimiento Libertario“, die fleißig und mit Begeisterung für die Konferenz gearbeitet haben. Otto Guevara, einer unserer Gastgeber und im letzten Jahr als radikaler Libertarianer in den costaricanischen Kongreß gewählt, sorgt also fleißig dafür, daß die libertären Ideen vor allem bei den Jugendlichen Fuß fassen – wohl die beste Strategie überhaupt. Otto Guevara ist so aktiv, daß er ständig in der Zeitung erwähnt wird: als einziger systematischer Gegner der Machtgier seiner „Kollegen“ im Kongreß.

Wo wir schon bei den Gastgebern sind, muß ich noch den wunderbaren Rigo-

berto Stewart erwähnen, ohne den es diese Konferenz nicht gegeben hätte, sowie den fleißigen und humorvollen Greg Woods. Uebrigens wurde die Konferenz doch tatsächlich vom Präsidenten Costa Ricas persönlich eröffnet. Er hatte wohl nicht richtig verstanden, worum es dabei ging (die Abschaffung seines Amtes), noch daß er seine Rede eigentlich auf Englisch hätte halten sollen. Dadurch wurde das Ganze etwas peinlich, lieferte aber immerhin Stoff für die Medien am folgenden Tag. Bezüglich Teilnehmer hat diese Konferenz aber noch weiter ausgeholt und gar einige aus Somalia angezogen. Wie wir es aus erster Hand erfahren konnten, ist Somalia tatsächlich seit 1993 das erste Land ohne Regierung. Trotz fortgesetzter Feindseeligkeiten in Mogadishu ist der Rest des Landes inzwischen friedlich und freiheitlich, vor allem seitdem die US- und UN-Truppen endgültig rausgeworfen wurden. Statt der angeblichen „humanitären Mission“ ging es nämlich darum, der Bevölkerung eine neue Regierung (z.B. mit einem der War-Lords als Präsidenten) vorzusetzen. Da aber in Somalia so ziemlich jeder Mann eine AK-47 besitzt, ist dieser Versuch kläglich gescheitert, nach einer massiven Landschlacht, von der wir in unseren Medien kaum etwas mitbekommen haben.

Die anderen Themen der Konferenz drehten sich natürlich intensiv um lateinamerikanische Probleme, allen voran um die Inflation und den Protektionismus, welche dort seit langem großen Schaden anrichten; so sehr, daß selbst der Euro verhältnismäßig attraktiv erscheint, mit einer erwarteten realen Inflationsrate von ca. 5%. Nebenbei: Bei steigender Produktivität, wie wir sie über die letzten Jahre beobachten konnten, würde eine 0%-Inflation eine tatsächliche Inflation von ca. 2-3% darstellen.

Viele reden über das Verschwinden von Regenwäldern, aber wenige kennen die wirklichen Ursachen. In Costa Rica wurde die Absurdität von Regierungsmanipulationen sehr schön demon-



Bild: v.l.n.r. Otto Guevara, Prof. Ken Schoolland, Autor Stefan Metzeler

striert. Dort begann das große Abholzen nämlich in der Folge von zwei idiotischen Maßnahmen von „oben“: Erstens baute die Regierung für viel Geld ein Holzverarbeitungswerk und verpflichtete alle Produzenten im Lande dazu, Holz nur noch an dieses Werk zu liefern, welches natürlich viel geringere Preise zahlte als ausländische Käufer. Dadurch wurde die Produktion von Tropenholz unrentabel. Gleichzeitig entschied die Zentralbank, daß Costa Rica Fleisch selbst produzieren sollte, statt solches billig aus Argentinien zu importieren, und erteilte günstige Kredite für die Viehzucht. Zu diesem Zweck wurden dann die nun unrentablen Regenwälder gerodet, um Raum für die subventionierte Viehzucht zu schaffen... Was in aller Welt bringt die Grünen bei uns zu der Annahme, daß man über eben diese Regierungen die Umwelt verbessern könnte?

Einer der ganz großen Momente der Konferenz war natürlich der Video-Auftritt von Nobelpreisträger Prof. Milton Friedman. Obwohl er „nur“ ein klassischer Liberaler ist, nicht ein Anarcho-Kapitalist wie sein Sohn David (oder der Autor dieses Artikels), war sein Beitrag äußerst wertvoll. Wie er selber sagt: „Die heutige Welt ist so weit von meinem wie auch Davids Ideal entfernt, daß wir noch lange am selben Strang ziehen können, bevor unsere Differenzen auch nur im geringsten in Erscheinung treten würden“.

Stefan Metzeler, geb. 1963, seit 1986 selbständiger IT-Consultant, tätig für multinationale Firmen und Banken, mit Schwerpunkt Software-Entwicklung sowie Consulting in den Bereichen Software, Sicherheit und Kryptographie. Autor des Programm-Entwicklungstools Amadeus (ähnlich Delphi oder Visual Basic, aber für Oberon-2). Gründungsmitglied von Pro Libertate (www.prolibertate.org).

Ein guter Rat, den sich die Liberalen aller Schattierungen zu Herzen nehmen sollten, denn nichts scheint im Moment schlimmer zu sein als der Häretiker, der es wagt, Murray Rothbard über Ayn Rand zu stellen (oder umgekehrt). Legen wir doch mal alle solchen Meinungsunterschiede zur Seite und arbeiten wir geschlossen für eine bessere, freiere Welt!

Also bis nächstes Jahr! Dann findet die Konferenz in London (Ontario, Canada) statt und wird von Mary Lou Goutscher organisiert. Das ist zwar nicht so exotisch, aber so wie ich Mary Lou kenne, wird es auf keinen Fall langweilig werden.

Epilog: Auf meiner Rückreise habe ich noch einen Halt bei E-Gold (www.e-gold.com) eingelegt, um mehr über das geplante DigiGold-System zu erfahren. Ich kann im Moment nur sagen: absolute Klasse. Was da auf uns zukommt, wird die Festen der weltweiten Finanzwelt erschüttern. Kleines Trostwort an alle, die geglaubt haben, Gold sei wirklich nichts mehr wert: Ihr könnt Euch nur selber beschimpfen dafür, daß Ihr nicht mehr Ersparnisse bei E-Gold gelagert habt. Bei 30% Kursgewinn hat Gold in den letzten Wochen alle anderen Anlagen geschlagen. Fazit: Der Markt ist immer unvorhersehbar und Gold wird auf lange Frist immer mehr wert sein als Papiergeld, was auch immer unsere Zentralbanker behaupten.

eigentümlich frei exklusiv...

Der, die, das Gemeinwohl

von Wolf Doleys

Schrieb doch einer unserer leichtfüßigsten und humorvollsten Autoren, der zugleich ein großer Mystiker war und auch immer einmal eigentümlich an die Freiheit dachte: 'Der Staat ist als die Wirklichkeit des substantiellen Willens, die er in dem zu seiner Allgemeinheit erhobenen besonderen Selbstbewußtsein hat, das an und für sich Vernünftige. Diese substantielle Einheit ist absoluter, unbewegter Selbstzweck, in welchem die Freiheit zu ihrem höchsten Recht kommt, sowie dieser Endzweck das höchste Recht gegen die Einzelnen hat, deren höchste Pflicht es ist, Mitglieder des Staats zu sein.' (Hegel, Rechtsphilosophie, § 258.) Vielleicht haben wir hier den modernen Kern des beliebten Verunklarungs-Begriffes GEMEINWOHL. Der basiert tatsächlich auf der Stammesgeschichte der Menschheit. Nur als Teil des Rudels konnte der homo hoffen zu überleben. Daher seine starke erbliche Disposition zur Rudelgemeinschaft. Was der nützte, nannte man Gemeinwohl. Was das genau war, bestimmte der Rudel-Kanzler. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Nun verdanken wir Hayek die plausible Vermutung, daß der Marktprozeß wahrscheinlich von Menschen begonnen wurde, die den Schutz und die Verpflichtungen ihres Stammes hinter sich gelassen hatten, um Gewinn daraus zu ziehen, daß sie die Bedürfnisse anderer befriedigten, die sie persönlich nicht kannten. Als die frühen neolithischen Händler Bootsladungen von Steinäxten von Britannien nach Frankreich brachten (...), war ihr Ziel nicht mehr, die Bedürfnisse ihnen bekannter Menschen zu befriedigen, sondern den größten Gewinn zu machen.' (Hayek, Anmaßung von Wissen, S. 185.) Inzwischen hat sich die Menschheit versechsmilliardefacht und den Wohlstand in den kapitalistischen Ländern (nur dort) verbillionenfacht. Staunend stehen wir vor der vielfältigen Frucht des Egoismus und können es nicht begreifen, wie aus dem Verfolg des Eigennutzes unter der Hand der Reichtum der Nationen wurde, während aus der Orientierung am sogenannten Gemeinwohl der völlige Ruin resultierte, wie wir nicht nur aus der Geschichte des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates wissen. Daher hat es seine Berechtigung, wenn 'die Deutschen den Unternehmern wenig Interesse am Gemeinwohl zutrauen' (Vaterlandslose Gesellen, Köcher/Allensbach, FAZ 13.10.99), denn das sogenannte Gemeinwohl als Handlungsziel führt in den Konkurs, die Verarmung und die Unfreiheit. Das müßte man den Deutschen eigentlich mal sagen. Damit sie den Hegel, anders als Marx, richtig herum auf die Beine stellen können. Vielleicht sollte man ihn auch ganz vergessen. Nicht aber, daß die Verwendung des Verunklarungs-Begriffes GEMEINWOHL auf zweierlei beruht: auf Staatsaberglauben bei den einen, auf Vernebelung bei den anderen, um besser an die Steuergelder der ersteren heranzukommen.



Radikale Erkenntnisse aus der Parteienforschung

von André F. Lichtschlag

Libertäre Parteigründungen sinnvoll?

Immer wieder wird auch in libertären Kreisen über die Sinnhaftigkeit einer libertären Parteigründung nachgedacht. Abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen, nach denen eine politische Partei als Mittel einer antipolitischen Ideologie zumindest problematisch erscheinen muß, bieten zwei - nicht prononciert libertäre - Buchveröffentlichungen jetzt einiges an praktischer Argumentation.

Ermittlungsfelder

Während ef-Autor Dirk van den Boom der weitgehenden Erfolglosigkeit der meisten Kleinparteien auf den Grund zu gehen versucht, ermittelt der eher links-emanzipatorisch zu verortende Paul Tiefenbach im Werdegang der Grünen, also jener einzigen Kleinpartei, die in der Geschichte der Bundesrepublik den Durchbruch hin zu einer etablierten Partei vollzogen hat. Beide sehr interessanten Studien sollten Libertäre von Parteigründungen oder -beitritten letztlich eher abhalten.

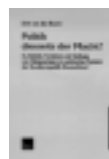
Illusionen im realen Biotop

Denn Dirk van den Boom räumt kräftig auf mit vielen Illusionen. Kleinparteien bilden einen Hort für interessante soziologische Millieustudien. Sie erwei-

sen sich gar zu schnell als Magnet für Spinner und Außenseiter aller Art. Ist erst einmal ein solches Biotop geschaffen, dann wird es sehr schwer, jemals herauszuberechnen. Selbst in den kleinsten Gruppierungen wird sich oft mehr mit dem Pöstchenverteilen oder mit einem Punkt oder Komma im Parteiprogramm beschäftigt, als mit irgendeiner Aktivität nach außen. Ohnehin werden Kleinstparteien von weiten Teilen der Bevölkerung nicht wirklich ernst genommen. Sehr schnell richten sich Miniparteien in ihrem Schicksal bequem ein, was nicht nur der Verfasser Dirk van den Boom, sondern auch der Autor dieser Zeilen, aus eigener - übrigens was die Partei anbelangt, aus einer gleichen - Erfahrung zu berichten wissen.

Etablierungsfaktoren

Aber was ist, wenn der Ausbruch aus dem Kleinparteien-Ghetto wider Erwarten und entgegen beinahe aller Erfahrung dennoch gelingen sollte? Nötig wäre dazu nach Dirk van den Booms Annahme die Erfüllung möglichst vieler von 16 einzelnen Faktoren. Deren Auswahl allerdings und erst recht deren Anwendung auf konkrete Beispiele werden leider nicht näher begründet. In Einzelfällen können sie auch durchaus angezweifelt werden, wenn z.B. ein „regionaler Schwerpunkt“ von van den



van den Boom, Dirk:
Politik diesseits der Macht? Zu Einfluß, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Leske + Budrich Verlag, Opladen 1999, DM 59,-,-.



Tiefenbach, Paul:
Die Grünen.
Verstaatlichung einer Partei, Papy-Rossa-Verlag, Köln 1998, DM 28,-,-.

Boom als positives Zeichen gewertet wird. Denn die Etablierung der Republikaner scheiterte zuletzt unter anderem genau daran, bzw. an dem dazugehörigen regionalen Schwachpunkt in Norddeutschland. Zusammengefaßt allerdings machen die Kriterien durchaus Sinn, summieren sie sich doch in einer gewissen organisatorischen, finanziellen und personellen Stärke der Partei im Innern sowie einer Image- und Medienwirkung nach außen. 13 der 16 vanden-Boomschen Kriterien erfüllten denn auch die Grünen (der „regionale Schwerpunkt“ war bei Ihnen übrigens eher nicht zu verzeichnen). Zusammengekommen stand im Innern eine breite aktivistische Beteiligung aus einer Bewegung heraus zu Buche und von außen wurde das Grüne Umweltschutzpostulat plötzlich allgemein als wichtiges Ziel empfunden und von den Medien propagiert.

Die Grünen als „Anti-Parteien-Partei“

Plötzlich saßen also die Grünen als radikale Oppositionspartei in den Parlamenten. Paul Tiefenbach analysiert nun, wie aus einer „Anti-Parteien-Partei“ der frühen 80er Jahre eine Staatspartei der späten 90er Jahre geworden ist, Stück für Stück, letztlich ohne Option auf einen Stopp in dieser Entwicklung oder gar auf eine Umkehr.

Das Grüne Basis-Bollwerk

Die Grünen verstanden sich zunächst als Bollwerk auch gegen das Berufspolitikertum. Dennoch, irgendwann mußte in den Parlamenten Platz nehmen, zunächst noch kritisch von der „Basis“ beäugt. Schnell gewannen die Parlamentarier zwangsläufig einen Informationsvorsprung gegenüber der „Basis“ und ein nicht nur finanzielles Eigeninteresse daran, die eigene Position entgegen dem zunächst beschlossenen Rotationsprinzip zu behaupten. Geradezu zwangsläufig entwickelte sich dabei ein gemeinsamer Corpsgeist mit anderen Parlamentariern, mit denen ebenso



Bild: ehemalige Kleinpartei



zwangsläufig sehr bald Kompromisse gesucht wurden.

Alte „Parteien neuen Typs“

Tiefenbach zitiert schließlich den Parteienforscher Klaus von Beyme: „Sozialisten, Anarchisten, Christdemokraten, Bauernparteien, Kommunisten, Faschisten, Neopopulisten, ethnische und regionale Gruppen und Linkssozialisten sind im Laufe der letzten hundert Jahre in den meisten westlichen Systemen in die politische Arena eingetreten. Sie haben nicht selten als Bewegung begonnen, sich schließlich zur ‚Partei neuen Typs‘ deklariert und haben am Schluß als Partei unter anderen geendet.“ Die Entwicklung finde



Bild: neue Kleinpartei

ihren Abschluß mit der Koalitionsfähigkeit und schließlich mit der Regierungsverantwortung. Tiefenbach weist genau diese Entwicklung für die Grünen Schritt für Schritt nach.

Vom Politischen zum Persönlichen

Am Ende folgert er kompromißlos: Wer sich in Parteipolitik wirklich arrangiert „sollte sich darüber klar sein, daß seine persönliche Veränderung weit größer sein wird als sein Beitrag zu einer qualitativen Veränderung der Politik.“ Demnach ist es nach Tiefenbachs Studie letztlich unmöglich, innerhalb des Systems zu agieren, ohne dessen Spielregeln anzunehmen. Am Ende des Spiels stehen die allzu bekannten politischen Oligopole, gegen die Grüne einst angetreten waren und gegen die auch eine libertäre Partei zunächst antreten würde. Das Programm verliert Ecken und Kanten, immer wieder angetrieben von Berufspolitikern, die irgendwann existenziell nach Wählern dürsten und dabei Prinzipien hintanstellen müssen.

Libertäre Lehren

Libertäre können aus beiden Büchern zwei wichtige Lehren ziehen: Erstens: Eine weitgehend prinzipienfeste libertäre Kleinpartei wird sich vor allem mit sich selbst beschäftigen und darüber hinaus aller Wahrscheinlichkeit nach erfolglos sein und bleiben. Und zweitens: Gelingt dennoch die Etablierung einer libertären Partei, dann wird sie sehr schnell inhaltlich keine solche mehr sein. Denn potentielle Macht zieht die Feinde der Freiheit an wie das Licht die Motten. Und Lord Acton ist leider nie widerlegt worden, als er feststellte, daß Macht korrumpiere und absolute Macht absolut korrumpiert. Am Ende auch einer libertären Parteientwicklung würde ein kriegsführender Außenminister oder ein staatstragender Innenminister stehen - als Vorzeigefigur einer den Namen verraten habenden „libertären“ Partei. Die Entwicklung der Partei-„Liberalen“ und jüngst der Grünen war eben kein Betriebsunfall - sondern der Normalfall!

Die liberale Tradition in Deutschland

von Jens P. Meiners

Aus klassisch liberaler Sicht scheint Deutschland zuweilen ein hoffnungsloser Fall zu sein. Seit Bismarck hat dieses Land nahezu alle Spielarten des Kollektivismus ausprobiert - bis hin zum heutigen sozial-demokratischen Wohlfahrtsstaat, der den öffentlichen Sektor in konkurrenzlosem Maße ausgedehnt hat. Ein wenig Luft holen konnte Deutschland allenfalls in den '50er- und '60er-Jahren, als die ordoliberalen Politik Ludwig Erhards (und nicht etwa der „Marshall-Plan“) die Bahn für das Wirtschaftswunder ebnete.

Tatsächlich gibt es in Deutschland eine lange und einflußreiche anti-etatistische Tradition, die in der Geschichtsschreibung allerdings bislang stark vernachlässigt wurde. Der amerikanische

Historiker Ralph Raico befaßt sich in der vorliegenden Untersuchung eingehend mit den Ideen und Vorkämpfern des deutschen Liberalismus im späten 19. Jahrhundert. Sie widerspricht der über ein Jahrhundert lang gepflegten Annahme, der Wohlfahrtsstaat sei das deutsche Befindlichkeit einzig angemessene gesellschaftliche Organisationsmodell.

Raico unterzieht die dominierende Geschichtsschreibung über den deutschen Liberalismus einer fundamentalen Kritik. Er beklagt die Feindseligkeit deutscher Historiker gegenüber dem Liberalismus, den sie als bloße Ideologie der „Besitzenden“ deuten. In diesem Zusammenhang wird auch gerne und häufig das sozialistische Märchen einer



Raico, Ralph:
Die Partei der Freiheit. Studien zur Geschichte des deutschen Liberalismus. Schriften zur Wirtschaftspolitik, Band 7, herausgegeben von Jürgen B. Donges und Johann Eekhoff, Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart 1999, DM 68,-.

„Verelendung“ der Unterklasse, an der die Industrialisierung schuld sei, als historisches Faktum vorgetragen. Die Verleumdung der liberalen Denker des 19. Jahrhunderts und ihre abwertend gemeinte Bezeichnung als „Manchesterländer“ versperren häufig den unbefangenen Blick auf ihren tatsächlichen, nicht unbeachtlichen Einfluß und ihre Antworten auf Kernfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die heute so gültig sind wie vor über 100 Jahren.

Eingehend beleuchtet wird von Raico die Rolle der von Gustav Schmoller geführten und im 1872 gegründeten „Verein für Socialpolitik“ organisierten Kathedersozialisten, die jahrzehntelang das geistige Klima der deutschen Wirt-



schaftswissenschaft vergifteten. Ihr „historischer Ansatz“ verwarf die deduktive Methode und verzichtete auf die Formulierung einer konsistenten ökonomischen Theorie. Bar eines solchen Instrumentariums mündete die Empörung der Kathedersozialisten über tatsächliche oder vermeintliche soziale Probleme regelmäßig in der Forderung nach staatlichem Eingreifen. Neben ihrer Geringschätzung des freien Unternehmertums setzten sich die Kathedersozialisten mit solchem Elan für eine aggressive Aufrüstungspolitik des Reiches ein, daß ihnen Friedrich Naumann anerkennend den Titel „Flottenprofessoren“ verlieh.

Dem eisernen Kanzler kam die antiliberale Attitüde an den deutschen Universitäten, die sich mit vielen seiner Absichten deckte, sehr zupaß. Sie verschaffte ihm Rückendeckung bei der Verfolgung seiner Ziele. Von der Festsetzung von Zöllen bis hin zur Sozialpolitik förderte Bismarck die Abhängigkeit des Bürgers vom Staat und ersetzte das Ideal einer gemeinwohlorientierten Volksvertretung durch einen Kampf von Sonder- und Klasseninteressen. Bei ihrem Kampf gegen den Liberalismus entblödeten sich weite Teile der Konservativen nicht, die marxistische Terminologie zu übernehmen und ihr damit besondere Dignität zu verleihen. Dies und die Transformation des unabhängigen, freien Bürgers zum Untertanen mag mitverantwortlich sein für die von Deutschland ausgehende politische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Es hätte durchaus anders kommen können. Bereits seit 1840 existierte unter John Prince-Smith eine bedeutende Freihandelsbewegung in Deutschland. Die großen Gegenspieler Bismarcks wie Eugen Richter und Ludwig Bamberger kämpften unbeugsam für die Prinzipien des Freihandels und des klassischen Liberalismus. Ihre parlamentarischen Reden, in denen sie sich gegen die anmaßende Staatsgewalt verwahren, sind zum Teil noch heute von beklemmender Aktualität.

Eine Rückbesinnung auf die Ideen dieser Liberalen könnte dem organisierten Liberalismus wertvolle Impulse geben und ist auf jeden Fall einer Berufung auf den deutschen Vorzeige-Liberalen Friedrich Naumann vorzuziehen, dem Raico das abschließende Kapitel seines Buches widmet. Naumann, politischer Ziehvater Theodor Heuss', hat Zeit seines Lebens eine große Zahl politischer Ansichten vertreten, zu denen der stringente Liberalismus allerdings nicht erkennbar gehört. Naumann war hingegen für modische Strömungen wie beispielsweise die Theorie des Klassenkampfes oder den Rassismus außerordentlich empfänglich. Daß er heute weithin als großer Liberaler verehrt wird, ist angesichts seines zwischen den Polen Nationalismus und Sozialismus oszillierenden Denkens und Wirkens erstaunlich.

Insgesamt weist Raico den deutschen Liberalen des 19. Jahrhunderts eine neue, ihnen angemessene Rolle im Rahmen der Entwicklungen des späten 19. und des 20. Jahrhunderts zu. Ihr Beitrag zur Fortentwicklung des Liberalismus, ihre Opposition zu imperialistischer Kriegstreiberei und ihr Plädoyer für gesellschaftliches Zusammenleben auf Basis von Freiwilligkeit lassen den von Ferdinand Lassalle erfundenen Schmähbegriff „Manchestertum“ in einem ausnehmend günstigen Licht erscheinen. Es bleibt zu hoffen, daß die von Raico vorgenommene Revision der vorherrschenden Geschichtsschreibung eine Neuorientierung des deutschen Liberalismus begleiten wird, die geprägt ist von einer auf die Problemstellungen der heutigen Zeit übertragenen Rückbesinnung auf grundlegende Prinzipien. Vielleicht wird sich dann auch in Deutschland wieder einmal eine „Partei der Freiheit“ entwickeln.

eigentümlich frei zitiert...

Kapitalistisches Manifest der deutschen Arbeiter

1. Politiker, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre haben uns gesagt, daß wir und unser Land nur durch unsere fleißige und gute Arbeit wohlhabend geworden seien.
Diese Behauptung ist falsch, denn arbeiten müssen alle Völker, die ärmeren noch viel mehr als die wohlhabenden; und auch die lebenslängliche Maloche der „Helden der Arbeit“ im vormaligen Ostblock und in der Ex-DDR konnten den Bankrott ihrer Länder nicht verhindern und haben an der Vergeblichkeit ihrer Lebensarbeit nichts geändert.
2. Man hat uns gesagt, daß unsere Löhne nur dank der aggressiven Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften zu den höchsten der Welt gehören.
Diese Behauptung ist falsch, denn daß die Löhne ohne sie niedriger seien, sagen die Gewerkschaften auch in den Ländern, wo die Löhne am niedrigsten sind. Keine wissenschaftliche Lohntheorie der Welt kann den Gewerkschaften auf längere Sicht einen Einfluß auf die Lohnhöhe bestätigen. Unter den Ökonomen ist es unstrittig, daß die Höhe des Reallohns von der Grenzproduktivität der Arbeit bestimmt wird; und genau dieser Lohn setzt sich am Markt durch. Was darüber hinausgeht, erzeugt Arbeitslosigkeit, erhöht somit unsere Steuern und Sozialabgaben und macht uns per Saldo und längerfristig ärmer.
3. Man hat uns gesagt, es sei - getreu nach Karl Marx - der „innere Wert“ unserer Arbeit, der zu den heutigen Löhnen und zu unserem Wohlstand geführt habe.
Diese Behauptung ist falsch, denn wenn irgendein noch so qualifizierter deutscher Arbeiter beispielsweise nach Ägypten oder nach Indien geht, so wird er dort nicht mehr verdienen können als sein ägyptischer oder indischer Kollege; wenn aber ein Arbeiter von dort zu uns kommt, so wird er bald auch unseren Lohn verdienen. Der Arbeitslohn wird also von etwas anderem bestimmt als von seinem „inneren Wert“.
4. Man hat uns gesagt, „das Kapital“ sei unser Gegner, das in ständigem Kampf mit „dem Lohn“ liege.
Diese Behauptung ist falsch, denn nur durch Kapital (Maschinen, Werkzeuge, Fabriken, technische Anlagen usw.) kann die Produktivität der Arbeit gesteigert werden. Das reale Lohnniveau je Kopf der Bevölkerung eines Landes kann sich nur in dem Maße erhöhen wie sich die Menge des investierten Kapitals je Kopf der Bevölkerung erhöht. Das ist so sicher wie ein Naturgesetz.
5. Man hat uns gesagt, die Arbeiter könnten umso reicher werden, je mehr Reichtum von den Kapitalisten weggenommen und den Arbeitern gegeben werde.
Diese Behauptung ist falsch, denn niedrigere Einkommen werden ganz oder überwiegend konsumiert - und nur aus hohen Einkommen wird Kapital gebildet, je höher desto mehr. Je mehr Reiche es in unserem Land gibt und je reicher die Reichen werden, desto höher und besser wird der Kapitalstock, das heißt: desto höher wird die Produktivität - und desto höher werden somit unsere Reallöhne und der Wohlstand der Arbeitnehmer.
6. Man hat uns gesagt, die Politiker, Parteien und Funktionäre, die für Umverteilung und für hohe Steuern auf große Einkommen und Vermögen eintreten, würden damit die Interessen der Arbeiter und der Wenigerbegüterten vertreten.
Diese Behauptung ist falsch. Diese Demagogen vertreten nur ihre eigenen Machtinteressen und ihre eigenen Funktionsprüfunde. Wer das Kapital hoch belastet, vernichtet damit Teile des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks und verringert somit das Steigerungspotential der Löhne. Wer das Kapital diskriminiert, bestraft in Wirklichkeit die Arbeit um ein Vielfaches. Wer den Reichen eine einzige Teigmaschine wegsteuert, macht alle Anderen um Tausende von künftigen Broten ärmer, die sie backen und essen könnten.

ef-Autor Roland Baader in „Der Selbständige. Politische Zeitschrift für mittelständische Unternehmer, Nr. 5/1999“.



Übergeschnappt

„Aufgeschnapptes“ aus der Politik

Knapp vor PBC

Dresden, 19.09.1999 (Lichtschatz): Bei der Landtagswahl in Sachsen erreicht die „F“.D.P. nach CDU (56,9 %), PDS (22,2 %), SPD (10,7 %), GRÜNEN (2,6 %), Pro DM (2,1 %), REP (1,5 %) und NPD (1,4 %) mit gerade noch 1,1 % den achten Platz unter den 15 angetretenen Parteien, knapp vor der Partei Bibeltreuer Christen.

afl: Offensichtlich wählen wirkliche Liberale dieses im wahrsten Sinne des Wortes kleinste Übel nicht mehr. Warum auch? Wer das Zukunftswesen retten will oder den Ladenschluß am Sonntag oder die „öffentlich-rechtlichen“

Zwangsgebühren oder den Wehrzwang oder den Schulzwang oder die Regulierungsbehörde(n) oder ..., der wählt doch besser gleich das etatistische Original - und nicht die vermeintlich „liberale“ Kopie!

Im Namen des Tigers

Johannesburg, 06.10.1999 (Lichtschatz): Nirgends auf der Welt werden so viele Gewaltverbrechen begangen wie in Südafrika. Frauen werden am Kap der guten Hoffnung mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent einmal im Leben vergewaltigt. Die Mordquote liegt sieben Mal höher als in den USA.

Als Reaktion nehmen immer mehr Südafrikaner das Recht zur Bestrafung in die eigenen Hände. Bürgerwehren haben Hochkonjunktur: Die bei weitem größte Bürgerwehr des Landes findet sich im Norden Südafrikas: „Mapogo a Mathamaga“ („Ein in die Enge getriebener Leopard verwandelt sich in einen Tiger“). Der nach alten Stammesriten bestrafenden Organisation gehören inzwischen über 40.000 Mitglieder an, davon auch etwa 10.000 Weiße. Der Jahresbeitrag staffelt sich nach Sicherheitsbedürfnis von 50 Rand (15 DM) für ärmere Farmer bis hin zu 10.000 Rand für Großunternehmen. Gefängnisstrafen werden von Mapogo als unproduktiv abgelehnt. Von der ANC-Regierung wird Mapogo verfolgt und kriminalisiert.

afl: Wie tröstlich, daß der Schwarzmarkt auch im Rechtsbereich vieles lindert, wenn das Übel der staatlichen Monopolvergewalt überhand nimmt.

Sympathisant aus der FDP...

Detmar Doering, Dr.phil., geb. 1957, studierte Philosophie und Geschichte in Köln und London. Promotion 1989 über die Philosophie Edmund Burkes. F.D.P.-Mitglied und Gründungsvorsitzender der Jungen Liberalen in Nordrhein-Westfalen (1980-82). Heute Stellvertretender Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung. Zahlreiche Buchveröffentlichungen (darunter „Kleines Lesebuch über den Liberalismus“, 4.Aufl. 1999) und Artikel in Fachjournalen und Tageszeitungen. Verheiratet und Vater einer Tochter. Wohnhaft in Köln (ab 2000 Berlin).



Meine persönlichen Stärken:

Toleranz gegenüber menschlichen Eigenheiten, Zähigkeit, Umgänglichkeit, Skeptizismus, Humor.

Meine persönlichen Schwächen:

Antriebsschwäche, mangelnder Durchsetzungswillen.

Mein Motto:

Leben und leben lassen.

Meine Hobbies:

Familienleben, Reisen, Bücher sammeln.

Meine Vorbilder:

Richard Cobden, John Wilkes, Frédéric Bastiat.

Meine Lieblingsautoren:

Carl Barks, David Hume, Frédéric Bastiat, Samuel Johnson/James Boswell, Gilbert Keith Chesterton und P.J. O'Rourke u.v.a.

Mein Lieblingsbuch:

Es gibt so viele wunderbare Bücher, daß jede Festlegung auf ein Buch der Diskriminierung eines anderen gleichkäme. Trotzdem: Chesterton „The Napoleon of Notting-Hill“, Boswell „Life of Johnson“, u.v.a.

Wen ich gerne einmal kennenlernen möchte:

Viele Leute, die ich immer schon mal treffen wollte (z.B. Milton Friedman), habe ich bereits getroffen. Das ist der Vorteil meines Berufes. Die Liste der Leute, die ich NICHT treffen möchte, ist länger und verdient nicht, daß ich sie hier wiedergebe.

Was ich liebe:

Meine Familie.

Was ich hasse:

Ständig kontrolliert und bevormundet zu werden.

Was ich mit Staat und Politik verbinde:

Ständige Kontrolle und Bevormundung.

Was ich mit Liberalismus verbinde:

Weniger Kontrolle und Bevormundung: Laissez Faire.

Was ich mit Anarchismus verbinde:

Radikaler Liberalismus. Ich sympathisiere damit.

Was ich mit Kapitalismus verbinde:

Wohlergehen.